Der Balkan – Schauplatz chronifizierter Konflikte

Aus Wikipedia-Artikel zusammengestellt von Peter Godzik

2020

Inhalt

1.0 Der Balkan 5
1.1 Die Halbinsel 5
1.2 Die Balkanstaaten 5
1.3 Völkerwanderungen 5
1.4 Ethnien und Konfessionen 6
1.5 Abgeschnittenheit vom Rest Europas 6
1.6 Staatenbildung 6
1.7 Politische Zerrissenheit 6
1.8 Pluralität 7
2.0 Die Völker des Balkans 7
2.1 Kroaten 7
2.1.1 Oströmisches bzw. Byzantinisches Reich (550–1270) 7
2.1.2 Kroatisches Königreich (925–1102) 8
2.1.3 Kroatien in Personalunion mit Ungarn (1102–1526) 8
2.1.4 Osmanisches Reich (1451–1699) und Habsburger (1527–1918) 8
2.1.5 Entstehung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen (1918–1941) 9
2.1.6 Kroatien im Zweiten Weltkrieg 9
2.1.7 Kroatien als Teilrepublik Jugoslawiens (1945–1991) 10
2.1.8 Kroatien als unabhängiger Staat (seit 1991) 10
2.2 Serben 11
2.2.1 Anfänge des Christentums in Serbien 11
2.2.2 Geschichte Serbiens 12
2.2.3 Schlacht auf dem Amselfeld 12
2.2.4 Unabhängigkeit, Fürstentum und Königreich Serbien 12
2.2.5 Serbien im Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit 13
2.2.6 Zweiter Weltkrieg 14
2.2.7 Serbien in der Sozialistischen Ära 14
2.2.8 Jugoslawienkriege 1991–1995 und Kosovokrieg 1998–1999 17
2.2.9 Demokratisierung und Auflösung des Bundes mit Montenegro 18
2.3 Bosnier 19
2.3.1 Bosnische Kirche 19
2.3.2 Bosnische Muslime 20
2.3.3 Bosnien und Herzegowina 20
2.4 Albaner 20
2.5 Kosovaren 21
2.6 Montenegriner 22

2.7 Nordmazedonen 22
2.8 Osmanen 22
3.0 Vergangenheit 23
3.1 Osmanenkriege (1389–1699) 23
3.1.1 Schlacht auf dem Amselfeld (1389) 23
3.1.2 Schlacht bei Nikopolis (1396) 24
3.1.3 Eroberung Konstantinopels (1453) 24
3.1.4 Kaiser Friedrichs III. Untätigkeit bei der Türkenabwehr 24
3.1.5 Vordingen der Osmanen unter Süleyman I. 25
3.1.6 Schlacht bei Mohács (1526) 25
Exkurs: Martin Luther und die Türken 25
3.1.7 Erste Wiener Türkenbelagerung (1529) 26
3.1.8 Zweite Wiener Türkenbelagerung (1683) 26
3.1.9 Großer Türkenkrieg (1683–1699) 26
3.2 Knabenlese 27
3.2.1 Sokollu Mehmed Pascha 27
3.2.2 Die Brücke über die Drina 28
3.3 Balkankrise (1875–1878) 28
3.3.1 Vorgeschichte 28
3.3.2 Ausbruch 28
3.3.3 Beilegung 29
3.4 Berliner Kongress (1878) 29
3.4.1 Ergebnisse für das Deutsche Reich 29
3.4.2 Für Österreich-Ungarn 29
3.4.3 Für Serbien und Bulgarien 30
3.4.4 Für das Osmanische Reich 30
3.4.5 Für Großbritannien 30
3.4.6 Wertung 30
3.5 Balkankriege (1912-1913) 31
3.5.1 Erster Balkankrieg (1912) 31
3.5.2 Zweiter Balkankrieg (1913) 32
3.5.3 Folgen und Bewertung 32
3.6 Jugoslawienkriege (1991-2001) 33
3.6.1 Zehn-Tage-Krieg in Slowenien (1991) 33
3.6.2 Kroatienkrieg (1991–1995) 33
3.6.3 Bosnienkrieg (1992–1995) 34

3.6.4 Kroatisch-bosniakischen Krieg (1992–1994) 35
3.6.5 Kosovokrieg (1998–1999) 35
3.6.6 Albanischen Aufstand in Mazedonien (2001). 35
4.0 Gegenwart 36
4.1. Angeklagt 36
4.1.1 Slobodan Milošević 36
4.1.2 Radovan Karadžić 36
4.2 Ausgezeichnet 37
4.2.1 Ivo Andrić 37
4.2.2 Peter Handke 37
4.3 Flüchtlingskrise 41
4.3.1 Balkanroute 42
4.3.2 Visegrád-Gruppe 42
4.3.3 Orbán-Rede 42
5.0 Zukunft 46
5.1 Beitrittsverhandlungen mit der EU 46
5.2 Beitrittskandidaten mit laufenden Verhandlungen 46
5.2.1 Montenegro 46
5.2.2 Serbien 47
5.2.3 Türkei 47
5.3 Beitrittskandidaten ohne laufende Verhandlungen 48
5.3.1 Albanien 48
5.3.2 Nordmazedonien 49
5.4 Potenzielle Beitrittskandidaten 49
5.4.1 Bosnien und Herzegowina 49
5.4.2 Kosovo 49

Beilage: Christliche Symbole in den Flaggen und Wappen der europäischen Länder.

1.0 Der Balkan

1.1 Die Halbinsel

Die Balkanhalbinsel (auch kurz Balkan, oft synonym mit *Südosteuropa* verwendet) ist eine geographisch nicht eindeutig definierte Halbinsel im Südosten Europas. Sie ragt in das Mittelmeer und ist nach dem Balkangebirge benannt. Der größte Staat auf der Halbinsel ist Griechenland, gefolgt von Bulgarien (in dem sich der Großteil des Balkangebirges befindet), Serbien, Bosnien und Herzegowina, Albanien, Nordmazedonien, Montenegro und dem Kosovo. Die Staatsgebiete von Serbien, Kroatien, Rumänien, Slowenien und der Türkei, die durch ihre thrakischen Provinzen Anteil am Balkan hat, reichen über die Grenzen der Balkanhalbinsel hinaus.

Ungeachtet der Herleitung des geographischen Namens sind das dominierende Gebirge des Balkans die Dinariden im westlichen Teil der Halbinsel; ihr höchster Gipfel Jezerca (2694 m) liegt in Albanien. Die höchste Erhebung des Balkans ist der Gipfel Musala (2925 m) im Rila-Gebirge. Das Balkangebirge erreicht 2376 m maximale Gipfelhöhe.

Dieser Teil Europas ist kulturell und sprachlich stark gegliedert. Im Kern umfasst der Begriff „Balkan“ diejenigen europäischen Staaten, die von der Zugehörigkeit zu Byzanz und später zum Osmanischen Reich geprägt wurden.

1.2 Die Balkanstaaten

- Albanien
- Bosnien und Herzegowina
- Bulgarien
- Griechenland
- Kroatien
- Montenegro
- Nordmazedonien
- Rumänien
- Serbien
- Slowenien
- Türkei (europäischer Teil)

Im Folgenden werden Bulgarien, Griechenland, Rumänien und Slowenien (bis auf den 10-Tage-Krieg) nicht weiter betrachtet.

1.3 Völkerwanderungen

Im Unterschied zu den beiden anderen historischen Teilregionen Osteuropas weist Südosteuropa antike Kulturgrundlagen auf, die allerdings im Verlauf des Mittelalters und der Neuzeit durch neue Einwanderer und Großmachtbildungen weitgehend verdrängt, umgestaltet und überformt wurden. Mit der auf byzantinischem Reichsboden Ende des 6. Jahrhunderts einsetzenden slawischen Landnahme sind die ethnischen Strukturen des Raumes grundlegend verändert worden und über ein Jahrtausend nicht mehr zur Ruhe gekommen. Die Reste der vor-slawischen Bevölkerung in Südosteuropa (Griechen, Albaner und Rumänen, beziehungsweise deren Vorfahren) lebten zeitweilig weit gestreut und befanden sich gegenüber den Slawen in der Defensive. Mit dem Eindringen weiterer Reiternomaden und mit der ungarischen Landnahme Ende des 9. Jahrhunderts wurde die ethnografische Karte der Region erneut umgestaltet.

1.4 Ethnien und Konfessionen

Mitte des 14. Jahrhunderts erfolgte von Kleinasien her die Expansion des Osmanischen Reiches. Zwei Jahrhunderte später drang die Habsburgermonarchie in umgekehrter Richtung in den Raum vor. Beide Vorgänge haben die ethnische Instabilität begünstigt (Migrationen). „Nationale“ Autochthonität und ethnische Kontinuität, die seit der Nationsbildung zum obersten Credo erhoben wurden, erweisen sich zumeist als reine Fiktionen.

Heute leben in Südosteuropa mindestens zwölf „staatstragende“ Nationen: Albaner, Bosniaken, Bulgaren, Griechen, Kroaten, Magyaren, Mazedonier, Montenegriner, Rumänen, Serben, Slowenen und Türken, dazu eventuell die Moldauer, die zwischen eigener Nation und Zugehörigkeit zum Rumänentum schwanken. Die meisten „Staatsvölker“ bilden außerhalb ihres staatlichen Territoriums zugleich nationale Minderheiten. Darüber hinaus existiert eine Vielzahl anderer ethnischer Gruppen, die innerhalb der Region keinen eigenen Staat besitzen. Die meisten Nationen reklamieren eine eigenständige Schriftsprache, wobei die Unterschiede zwischen den einzelnen Standardsprachen teilweise gering sind.

Konfessionell gliedert sich Südosteuropa in einen christlichen (im Westen und Norden römisch-katholisch, sonst orthodox) und einen islamischen Teilraum.

1.5 Abgeschnittenheit vom Rest Europas

Über fast ein halbes Jahrtausend hinweg war ein Großteil Südosteuropas von den Entwicklungen im abendländischen Europa abgeschnitten. Je nach geographischer Lage befanden sich die einzelnen Teilregionen anderthalb bis fünf Jahrhunderte unter direkter oder (wie im Falle Siebenbürgens und der Fürstentümer Walachei und Moldau) unter indirekter osmanischer Herrschaft. Während dieser langen Periode wurde die spätmittelalterliche byzantinisch-orthodoxe Kultur des Balkanraums konserviert oder stellenweise (vor allem im albanischen Siedlungsraum, in Bosnien-Herzegowina und Südwest-Bulgarien) islamisch überformt. Diese altbalkanischen, patriarchalisch geprägten Zonen mit ihren islamisierten Teilregionen unterscheiden sich nicht nur scharf von der ostalpinen Kulturzone mit ihrem mitteleuropäischen Charakter, sondern auch von der pannonischen Kulturzone und der adriatischen Küstenzone mit ihrer romanisch-slawischen Kultursymbiose.

1.6 Staatenbildung

Die Anfänge der heutigen Staaten reichen in das 19. Jahrhundert zurück, als der innere und äußere Machtzerfall des Osmanisch Reiches in die Endphase trat. Infolge von Aufständen, Kriegen und Interventionen der rivalisierenden europäischen Großmächte wurde der Herrschaftsbereich der Osmanen in Europa schrittweise zurückgedrängt.

Als gegen Ende des Ersten Weltkriegs auch der österreichisch-ungarische Vielvölkerstaat zerfiel, war der Weg zu einer grundlegenden Neugestaltung der politischen Landkarte Südosteuropas frei. Die politischen Führungsschichten der Region warteten alle mit territorialen Maximalforderungen auf, die sich wechselseitig überschnitten und teils mit ethnischen, teils mit historischen, von Fall zu Fall auch mit wirtschaftlichen und strategischen Argumenten „legitimiert“ wurden. Eine Grenzziehung, die den Prinzipien des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“ entsprochen hätte, war angesichts der zahlreichen ethnischen Gemengelagen weder möglich (zumindest nicht auf der Grundlage des Territorialprinzips), noch wurde sie angestrebt.

Aus den Balkankriegen und dem Ersten Weltkrieg gingen vor allem Serbien, Rumänien und Griechenland gestärkt hervor.

1.7 Politische Zerrissenheit

Das Ergebnis der politischen Neugliederung war die Entstehung zweier heterogener Großstaaten (Jugoslawien und Rumänien), eine anhaltende politische Spaltung des Donau-Balkan-Raums und der Fortbestand zahlreicher außen- und innenpolitischer Konfliktherde, die eine Stabilisierung und Konsolidierung der jungen Staaten aufs äußerste erschwerten. Die politische Zerrissenheit Südosteuropas hat die

Etablierung zunächst der nationalsozialistischen, dann der sowjetischen Hegemonie in weiten Teilen der Region erleichtert.

Die rund vier Jahrzehnte währende Teilung von Südosteuropa in einen westlichen (Griechenland, Türkei) und einen sozialistischen Teilraum (Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und Albanien mit unterschiedlichen Sozialismusmodellen) hat die Gesamtregion freilich weitaus weniger geprägt als die jahrhundertelang gewachsenen historischen Strukturen. Letztere sind Anfang der 1990er Jahre beim Zerfall Jugoslawiens – und damit desjenigen Staates, der die Vielfalt Südosteuropa geradezu exemplarisch widerspiegelte – politisch wirksam instrumentalisiert worden. *(Siehe auch Jugoslawienkriege)*

1.8 Pluralität

Wer immer den Versuch unternahm, das Verbindende und Besondere Südosteuropas als historische Region zu formulieren, verwies an erster Stelle auf die Vielfalt in der Einheit beziehungsweise darauf, dass „gerade die für Südosteuropa typische Pluralität in Hinsicht der landschaftlichen Verklammerung, der sprachlichen und ethnischen Auffächerung, des kulturellen und sozialen Formenreichtums eine unverwechselbare südost-europäische Physiognomie herausmodelliert“ habe (Bernath).

Konstitutives Element des Regionalverständnisses ist somit die sich wechselseitig überlappende und durchdringende Vielfalt mit ethnisch und kulturell „fließenden“ Grenzräumen, deren Existenz Nationalisten oft ein Dorn im Auge ist.

2.0 Die Völker des Balkans

2.1 Kroaten

2.1.1 Oströmisches bzw. Byzantinisches Reich (550–1270)

Nach Auflösung des Römischen Reiches gehörte das Gebiet des heutigen Kroatiens größtenteils (Dalmatien, Istrien und Slawonien) von 550 bis 1270 mit mehrfachen Unterbrechungen (zeitweilige kroatische Unabhängigkeit – siehe unten) dem Oströmischen bzw. Byzantinischen Reich an. Im 6. Jahrhundert wanderte das zentralasiatische Reitervolk der Awaren in das von den Langobarden zusätzlich besiedelte Pannonien ein.

Die Kroaten wurden im 7. Jahrhundert vom byzantinischen Kaiser Herakleios in ihr heutiges Siedlungsgebiet gerufen, um ihm beim Kampf gegen die Awaren zu helfen. Nach dem Bericht des byzantinischen Kaisers Konstantin VII. Porphyrogennetos stammten die Kroaten aus dem Gebiet des heutigen Kleinpolens. Während dieser Zeit der Zugehörigkeit zu Konstantinopel wurden die südslawischen Stämme größtenteils von den Byzantinern im 7. Jahrhundert bis 9. Jahrhundert im Zuge der Slawenmission christianisiert, nördliche Teile Kroatiens und auch Slowenien wurden von Salzburg aus missioniert.

Der Machtverlust der Byzantiner nach den Frankenkriegen, das zeitweilig autonome kroatische Königreich und die darauffolgende Zugehörigkeit eines Großteils des heutigen Kroatien zu westeuropäischen Herrschaften wie dem Frankenreich und dem Königreich Ungarn markieren die allmähliche Entfernung von der byzantinisch-orthodoxen Kultur. Kroatien geriet in die Einflusssphäre der römisch-katholischen Kirche und somit in den westeuropäischen Kulturraum.

Der Name der Kroaten ist erstmals in einer Quelle aus dem 9. Jahrhundert belegt. Der Name „Hrvat“ selbst hat keine slawischen Wurzeln, sondern entstand mit größter Wahrscheinlichkeit als Fremdbezeichnung eines iranischen Volkes für Slawen. Man geht davon aus, dass das Volk der „Hrvati“ aus der Gegend des persischen Flusses (in der sarmatischen Sprache) „Harahvaiti“ stammen, welcher heute durch die Lautverschiebung („h“ zu „s“) „Sarasvati“ genannt wird.

Im Jahr 879 wird Fürst Branimir von Papst Johannes VIII. mit „dux Croatorum“ angeschrieben und angesprochen, was seinerzeit einer Anerkennung des mittelalterlichen kroatischen Staates gleichkommt.

2.1.2 Kroatisches Königreich (925–1102)

Um 925 wurde Tomislav der erste König Kroatiens. Gleichzeitig war dies auch der erste Königstitel in der Geschichte der Südslawen. Papst Johannes X. erkannte diesen Titel sofort an. Im Jahr 925 sprach ihn Johannes X. in einem Brief mit dem Titel *rex croatorum* (König der Kroaten) an. Während seiner Herrschaft fielen die Magyaren im pannonischen Becken ein. Tomislav verteidigte sein Königreich, das aus Zentralkroatien, Slawonien und Teilen Dalmatiens und Bosniens bestand, erfolgreich gegen die Ungarn.

Seine Blütezeit erreichte das Königreich unter der Regentschaft von König Petar Krešimir IV. Unter seiner Herrschaft wurde im Jahr 1059 die Kirche in Anlehnung an den Römischen Ritus reformiert. Dies war hinsichtlich des Schismas von 1054 und der Treue zu Rom von Bedeutung. Das Königreich existierte bis ins Jahr 1102 weiter.

2.1.3 Kroatien in Personalunion mit Ungarn (1102–1526)

Im Jahr 1102 erfolgte die Krönung des ungarischen Königs Koloman zum kroatischen König in Biograd bei Zadar und Kroatien kam in Personalunion zu Ungarn. Kroatien behielt dabei eine eigene Verwaltung unter einem kroatischen Ban (Vizekönig bzw. dessen Stellvertreter). Die Pacta conventa, die die Beziehungen des kroatischen Adels zum König regelt, wurde traditionell ebenfalls ins Jahr 1102 datiert, hierfür gibt es aber keine Belege.

Die Personalunion mit dem Königreich Ungarn blieb, mit Ausnahme der Türkenkriege im 16., 17. und frühen 18. Jahrhundert, und einiger anderer Unterbrechungen, in unterschiedlicher Form bis 1918 bestehen.

Kroatien im Staatsverband mit Ungarn (rosa) innerhalb der Österreichisch-Ungarischen Monarchie im Jahr 1914

2.1.4 Osmanisches Reich (1451–1699) und Habsburger (1527–1918)

Seit Mitte des 15. Jahrhunderts waren Ungarn und Kroatien Angriffen des Osmanischen Reiches ausgesetzt. Nach der Niederlage der Ungarn und Kroaten gegen die Osmanen in der Schlacht bei Mohács (1526) wurde vom kroatischen Adel bei der Versammlung von Cetingrad Ferdinand I. (HRR)* zum kroatischen König gewählt.

Die historischen kroatischen Landschaften Dalmatien und Teile Istriens standen seit dem Spätmittelalter unter der Herrschaft der Republik Venedig. Die Republik Dubrovnik konnte als einziges der Gebiete des heutigen Kroatien vom 14. Jahrhundert bis zum Jahr 1808 ihre staatliche Unabhängigkeit bewahren.

Kroatien war jahrhundertelang Kampfzone gegen das Osmanische Reich. Als Abwehr wurde die sogenannte *Militärgrenze* errichtet, in der sich auch in bedeutender Zahl Orthodoxe Christen ansiedelten. Zeitweilig erhielten die Bewohner der Militärgrenze Privilegien in Form des Statuta Wallachorum.

Nach den napoleonischen Kriegen kamen 1815 ganz Dalmatien und Istrien unter österreichische Herrschaft, wurden jedoch aus politischen Gründen („divide et impera“) nicht verwaltungsmäßig mit dem übrigen Kroatien vereinigt, sondern zu separaten Kronländern. Ab 1867 waren Dalmatien und Istrien Teil der österreichischen Reichshälfte, während das Königreich Kroatien und Slawonien zur ungarischen Reichshälfte gehörte.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wuchs unter der kroatischen Bevölkerung das Verlangen nach mehr Selbstbestimmungsrechten und einem Ende der Magyarisierungspolitik Ungarns. In den Revolutionsjahren um 1848 verkörperte insbesondere Ban Josip Jelačić die Symbolfigur kroatischer Interessen, die nach Eigenverwaltung strebten. Den nationalen Bestrebungen wurde jedoch durch den Österreichisch-Ungarischen Ausgleich und den Ungarisch-Kroatischen Ausgleich 1867 ein Ende gesetzt. Das 19. Jahrhundert war auch geprägt vom sogenannten Illyrismus, einer Bewegung, die zahlreiche kulturelle Veränderungen durchsetzte. Es kam zu einer Standardisierung der kroatischen Sprache und gleichzeitig wurde die Idee geboren, alle Südslawen in einem Staat zu vereinen.

2.1.5 Entstehung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen (1918–1941)

Kroatien löste sich im Jahre 1918 am Ende des Ersten Weltkrieges aus der österreichisch-ungarischen Monarchie. Italienische Truppen begannen daraufhin mit der Besetzung von kroatischen Gebieten längs der Ostküste der Adria, da Italien im Londoner Vertrag von 1915 deren Annexion zugesagt worden war. Angesichts dessen beschloss der *Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben* Ende November 1918 die sofortige Vereinigung Kroatiens mit dem Königreich Serbien, woraus dann das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen entstand. Viele Kroaten lehnten aber die monarchistische Staatsform ab, fühlten sich benachteiligt und verlangten für Kroatien die Gründung einer Republik. Dazu kam, dass die Verfassung eine zentralistische Staatsorganisation und die Auflösung der historischen Provinzen vorsah, was den Serben als zahlenmäßig größtem Volk de facto die Vorherrschaft sicherte.

1928 wurden im jugoslawischen Parlament mehrere kroatische Politiker erschossen, darunter Stjepan Radić, der Anführer der kroatischen Fraktion. Nach einer Staatskrise löste 1929 König Aleksandar I. das Parlament auf, führte eine Königsdiktatur ein und benannte den Staat in *Königreich Jugoslawien* um. Seine Macht stützte sich auf das Militär.

Gleichzeitig floh ein Teil der kroatischen politischen Elite ins Ausland. Teile davon bildeten die von Ante Pavelić angeführte und von Mussolini unterstützte faschistische Ustascha-Bewegung, die mit Gewalt gegen das Königreich Jugoslawien kämpfte. 1934 wurde von ihnen bei einem Attentat in Marseille König Alexander erschossen.

1939 wurde am Vorabend des Zweiten Weltkrieges eine Aussöhnung versucht und mit dem Vertrag Cvetković-Maček die Banovina Hrvatska innerhalb Jugoslawiens geschaffen.

2.1.6 Kroatien im Zweiten Weltkrieg

Vier Tage nach dem Beginn des Balkanfeldzuges marschierte am 10. April 1941 die Wehrmacht in Zagreb ein. Am 17. April 1941 kapitulierte das Königreich Jugoslawien vor den Achsenmächten. Kroatien wurde zum deutschen Vasallenstaat. In der Zeit zwischen 1941 und 1945 erfuhr Kroatien wesentliche territoriale Veränderungen. So wurde dem Land einerseits der größte Teil des heutigen Bosnien und Herzegowina zugeschlagen. Andererseits musste das Küstengebiet (Dalmatien) an Italien und das Gebiet nördlich der Mur an Ungarn abgetreten werden. Mit Unterstützung der Achsenmächte hatte die Ustascha unter Ante Pavelić bereits am 10. April den *Unabhängigen Staat Kroatien* (*NDH*) ausgerufen. Faktisch war der Ustascha-Führer Ante Pavelić unter dem Titel *Poglavnik* Staatschef des Unabhängigen Staates Kroatien. Er errichtete eine faschistische Diktatur, die hunderttausende Juden, Serben, Roma, kroatische Antifaschisten u. a. systematisch verfolgte und ermordete. Bekanntheit erlangte dabei vor allem das Konzentrationslager Jasenovac, das auch als „Auschwitz des Balkans“ in die Geschichte einging, sowie andere Lager wie z. B. in Stara Gradiška oder Jadovno. Vom Sommer 1941 an begann ein

bewaffneter Aufstand der kroatischen Kommunisten gegen das Ustascha-Regime, die als Teil der jugoslawischen Partisanenbewegung im Laufe der Jahre 1942 und 1943 einen großen Teil des Landes unter ihre Kontrolle bringen konnten. Neben Tito war Andrija Hebrang eine der Führungspersönlichkeiten. Nach der Niederlage der Achsenmächte und ihrer Verbündeten kam es 1945 seitens der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee zu Verbrechen an den Kriegsverlierern, vor allem beim Massaker von Bleiburg.

2.1.7 Kroatien als Teilrepublik Jugoslawiens (1945–1991)

Nach Kriegsende wurde Kroatien eine von sechs Teilrepubliken *(Sozialistische Republik Kroatien)* der neu gegründeten *Föderativen Volksrepublik Jugoslawien*, ab 1963 *Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien (SFRJ)*, unter der Regierung Titos.

Im Jahre 1971 wurde die Protest- und Reformbewegung Kroatischer Frühling niedergeschlagen. Nach dem Tod Titos 1980 nahmen die Spannungen zwischen Kroatien und der von Serben dominierten jugoslawischen Regierung zu. Ende der achtziger Jahre hatten sich aus den Bestrebungen nach mehr Autonomie die Forderungen nach der Unabhängigkeit von Jugoslawien entwickelt. Der Kroate Franjo Tuđman, der an der Seite Titos gegen das Ustascha-Regime gekämpft hatte, erlangte bei der kroatischen Bevölkerung großen Zuspruch. Nachdem die geschwächte jugoslawische Regierung ein Mehrparteiensystem zugelassen hatte, gründete Tuđman 1990 die Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ), die bald den Charakter einer Volkspartei annahm. Seine Forderung nach einem unabhängigen Kroatien löste bei den Serbischstämmigen, die laut damaliger Verfassung das zweite Staatsvolk darstellten, Proteste aus, doch die HDZ gewann bei den Wahlen am 22./23. April bzw. 6./7. Mai 1990 mit 40 Prozent der abgegebenen Stimmen 67,5 Prozent der Parlamentssitze. Tuđman wurde anschließend zum Präsidenten gewählt.

2.1.8 Kroatien als unabhängiger Staat (seit 1991)

Nachdem sich am 19. Mai 1991 in einem Referendum über die Unabhängigkeit Kroatiens 93,2 % der Wahlbeteiligten für die Souveränität ausgesprochen hatten, erklärte Kroatien im Juni 1991 unter Franjo Tuđman seine Unabhängigkeit. Die erste Anerkennung erfolgte am 26. Juni 1991 durch Slowenien, das sich ebenfalls gerade für unabhängig erklärt hatte. Die de facto von Serbien dominierte Jugoslawische Volksarmee (JNA) versuchte die Unabhängigkeitsbestrebungen militärisch niederzuwerfen. Der militärische Versuch, kroatische Gebiete sowohl mit großem als auch geringem Anteil an serbischer Bevölkerung von Kroatien abzuspalten und mittelfristig an Serbien anzugliedern, mündete in den fast vier Jahre andauernden Kroatienkrieg, der erst nach militärischen Erfolgen der Kroaten 1995 in der Militäroperation „Sturm“ (*Oluja*) mit dem Abkommen von Erdut vom 12. November 1995 endete. Ihren Abzug aus Kroatien vollzog die JNA unter Zerstörung vieler militärischer Objekte und Verminung strategisch wichtiger Zonen, so auf der am weitesten vom Festland entfernten Insel Vis oder in den Donausümpfen an der kroatisch-serbischen Grenze.

Im Oktober 2001 unterzeichnete Kroatien ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union. Es sichert Kroatien den freien Zugang zum Europäischen Binnenmarkt, verlangt aber auch umfangreiche Wirtschafts- und Sozialreformen. Die Änderung des Wirtschaftssystems vom Sozialismus in eine soziale Marktwirtschaft zog zahlreiche wirtschaftspolitische Maßnahmen nach sich. Ein Schwerpunkt ist die weitere Privatisierung von Unternehmen und die Schaffung von Investitionsanreizen. Seit dem 18. Juni 2004 war Kroatien offizieller EU-Beitrittskandidat. Allerdings begannen die Beitrittsverhandlungen erst nach einem Beschluss der EU-Außenminister vom 3. Oktober 2005, da Kroatien bis dahin nach Auffassung der EU-Kommission nur mangelhaft mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal kooperiert hatte. Weitere Reformen waren im Bereich Justiz und Soziales notwendig. Ferner wurde der Kampf gegen Korruption als eine Grundvoraussetzung für eine EU-Vollmitgliedschaft angesehen. Im November 2008 wurden Kroatien gute Fortschritte bescheinigt und ein Abschluss der Beitrittsverhandlungen für 2009 in Aussicht gestellt.

Die Beitrittsverhandlungen wurden allerdings im Jahr 2009 für mehrere Monate wegen eines Streits mit Slowenien über den Grenzverlauf in der Bucht von Piran unterbrochen. Erst im September 2009 konnte dabei eine Einigung erzielt werden, so dass die Beitrittsverhandlungen fortgesetzt werden

konnten. Der für die Erweiterung zuständige EU-Kommissar erklärte im Juni 2011 die Verhandlungen für „erfolgreich beendet“. Seither prüften Experten der Mitgliedsländer die von der EU-Kommission mit Kroatien verhandelten Ergebnisse, vor allem in den Bereichen Justiz, Wettbewerb und Haushalt.

Das Europäische Parlament genehmigte den Beitritt im Dezember 2011, woraufhin die scheidende kroatische Regierungschefin Jadranka Kosor und der kroatische Präsident Ivo Josipovic in feierlicher Zeremonie gemeinsam mit allen Staats- und Regierungschefs der EU den EU-Beitrittsvertrag für Kroatien am 9. Dezember 2011 auf dem EU-Gipfel in Brüssel unterzeichneten. In einem Referendum am 22. Januar 2012 stimmten 67,27 Prozent der Abstimmenden für einen Beitritt zur EU. Die Beteiligung am Referendum betrug nur 43,51 Prozent, aber auch damit ist das Ergebnis des Referendums entsprechend der kroatischen Verfassung gültig.

Am 1. Juli 2013 wurde Kroatien der 28. Mitgliedstaat der EU. Bereits am 14. April 2013 wurden die zwölf kroatischen Vertreter für das EU-Parlament gewählt.

2.2 Serben

2.2.1 Anfänge des Christentums in Serbien

Das große Schisma von 1054 schuf eine unsichtbare kirchlich-kulturelle Grenze, die mitten durch das altserbische Reich ging. Die westliche Hälfte mit den Küstenstädten Dalmatiens, Zachlumien, Travunien, Bosnien und Duklja verblieben überwiegend im Rahmen der römischen Kirche. Zu Roms Unterstützern zählten hier insbesondere die dioklitischen Könige Mihailo und Bodin, wobei letzterer die Gründung des Erzbistums Bar erwirkte. Die römisch-katholische Mission ging von den Erzbistümern Split, Bar und Dubrovnik aus. Im serbischen Binnenland deckte sich die Jurisdiktion des Erzbistums Ohrid weitgehend mit dem byzantinischen Herrschaftsbereich.

Welche Auswirkungen dies haben konnte, zeigt die Geschichte Stefan Nemanjas*, der zwei Mal, sowohl von lateinischen als auch von griechischen Priestern getauft wurde. Nemanjas Reich umfasste Gebiete auf beiden Seiten der Grenze, er unterhielt daher Beziehungen zu beiden Kirchen und beschenkte auch beide, zeigte aber eine gewisse Präferenz zur Orthodoxie, während seine Söhne Stefan und Vukan die serbisch-dioklitischen Könige zum Vorbild hatten und dem Katholizismus zuneigten. Der Höhepunkt dieser Entwicklung ist die Krönung Stefans zum König durch einen päpstlichen Legaten im Jahr 1217. Trotz allem stellte sich die Neigung Nemanjas jüngsten Sohnes Rastko (Mönchsname Sava) zur Ostkirche und zum Athos-Mönchtum als richtungsweisend heraus.

2.2.2 Geschichte Serbiens

Der erste serbische Staat, Raška, konstituierte sich in der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts unter Fürst Višeslav. Das Fürstentum Raška existierte zunächst unter byzantinischer bzw. bulgarischer Suzeränität. Danach entwickelte sich das Land unter den Nemanjiden (1167 bis 1371) zum Serbischen Großreich, dessen Einflusszone den gesamten Balkan umfasste. Das Serbische Großreich zerfiel nach dem Tod des Kaisers Stefan Uroš IV. Dušan, 1355, in mehrere unabhängige Fürstentümer, die sich in der Folge teilweise gegenseitig befehdeten. Dies und die fehlende Staatseinheit unter den Serben begünstigte 1459 die Eroberung durch das Türkisch-Osmanische Reich und die über 350 Jahre währende osmanische Fremdherrschaft. Im Gefolge des Ersten und Zweiten Serbischen Aufstands Anfang des 19. Jahrhunderts entstand 1815 das Fürstentum Serbien, das aber noch dem Osmanischen Reich tributpflichtig war. Erst mit den Ergebnissen des Berliner Kongresses, 1878, wurde Serbien ein unabhängiger Staat. 1882 wurde das Fürstentum Serbien zum Königreich Serbien erhoben, das zunächst im Wesentlichen nur das heutige Zentralserbien umfasste. Mit den Balkankriegen kamen bis 1913 das Kosovo, das heutige Nordmazedonien sowie der größere Teil des Sandschaks von Novi Pazar dazu.

Am Ende des Ersten Weltkrieges, 1918, ging das Königreich Serbien im *Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen* auf, das 1929 in das Königreich Jugoslawien umbenannt wurde. Im Zweiten Weltkrieg war Serbien nach dem deutschen Balkanfeldzug von 1941 bis 1944 ein Satellitenstaat unter der Kontrolle des Deutschen Reiches. Mit dem Sieg der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee unter Josip Broz Tito wurde die Monarchie abgeschafft und 1945 der Grundstein für die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien der Nachkriegszeit gelegt. Während dieser Zeit war Serbien in seinen heutigen Grenzen eine Teilrepublik Jugoslawiens. Zehn Jahre nach dem Tod Titos brach Jugoslawien ab den 1990er Jahren in den Jugoslawienkriegen wieder auseinander. Seit dem Austritt Montenegros 2006 aus der Staatenunion Serbien und Montenegro ist Serbien erstmals seit 1918 wieder ein eigenständiger Staat.

2.2.3 Schlacht auf dem Amselfeld

Am Ende des 14. Jahrhunderts drängten die Türken mehrmals gegen Serbien vor, das sich einer militärischen Besatzung hartnäckig widersetzte und die ersten Schlachten hauptsächlich für sich entscheiden konnte, darunter die Schlacht bei Dubravnica 1381 sowie die Schlacht bei Pločnik 1386. Wenige Jahre später, 1389, kam es zur Schlacht auf dem Amselfeld (*Kosovo Polje*), indem das letzte verbliebene christliche Reich Südosteuropas unterworfen werden sollte und somit das letzte Hindernis zur Übernahme des Byzantinischen Reiches mit dessen Hauptstadt Konstantinopel durch die Osmanen beseitigt gewesen wäre. Die Amselfeldschlacht endete ohne eindeutigen Sieger, die Anführer beider Streitmächte fielen. Im Ergebnis aber war der Widerstand der serbischen Fürsten gegen einen militärischen beziehungsweise zahlenmäßig überlegenen Gegner derart geschwächt, dass das serbische Heer und seine Verbündeten im Jahr 1389 vernichtend geschlagen worden waren. Sie mussten deshalb die Oberhoheit der osmanischen Sultane anerkennen, wodurch das serbische Restfürstentum tributpflichtig wurde, wenngleich allen voran Vuk Branković sich auch nach der Schlacht noch lange widersetzte. Diese Schlacht wurde später zum nationalen Mythos der Serben verklärt. 1459 wurde Serbien endgültig von den Osmanen erobert und blieb bis 1804 Teil des Osmanischen Reiches.

2.2.4 Unabhängigkeit, Fürstentum und Königreich Serbien

Trotz zahlreicher Versuche, wieder unabhängig zu werden, wurde Serbien erst 1804 im ersten serbischen Aufstand teilweise befreit. 1813 wurde das Gebiet aber wieder von den Osmanen erobert. Erst im zweiten serbischen Aufstand 1815–1817 wurde Serbien teilweise ein autonomes Fürstentum unter osmanischer Oberhoheit. 1867 zwang Fürst Mihailo Obrenović die letzten osmanischen Regimenter, mit ihrem Hab und Gut das Fürstentum zu verlassen, und Belgrad konnte feierlich zur freien serbischen Hauptstadt geweiht werden. 1878 wurde auf dem Berliner Kongress der europäischen Großmächte und der Türkei die Unabhängigkeit von Rumänien, Serbien und Montenegro anerkannt. 1882 wurde das Fürstentum Serbien zum Königreich erklärt.

Am 1. November[jul.]/ 13. November 1885[greg.] erklärte der serbische König Milan Obrenović Bulgarien den Krieg. Im Serbisch-Bulgarischen Krieg konnte die junge bulgarische Armee ohne jegliche

Unterstützung die Serben besiegen. Nur das Eingreifen Österreich-Ungarns bewahrte das serbische Königreich. Der Krieg endete mit dem Frieden von Bukarest vom 3. März 1886, in dem der *status quo ante* wiederhergestellt wurde.

Am 9. Oktober 1912 erklärte Montenegro der Hohen Pforte den Krieg. Die verbündeten Serben, Bulgaren und Griechen traten am 18. Oktober dem Krieg gegen das Osmanische Reich bei. Dieses verlor durch den Londoner Vertrag 1913 fast alle seine europäischen Besitzungen. Bulgarien auf der einen und Serbien und Griechenland auf der anderen Seite gerieten jedoch in heftigen Streit um die Aufteilung des von ihnen eroberten Makedonien. Daraufhin unternahm am 29. Juni Bulgarien einen Angriff auf Serbien. So kam es zum Zweiten Balkankrieg, in dem Serbien gemeinsam mit Griechenland, Rumänien und dem Osmanischen Reich gegen Bulgarien kämpfte. Angesichts dieser Übermacht musste Bulgarien im August 1913 kapitulieren und im Frieden von Bukarest seine im Ersten Balkankrieg gewonnenen Territorien teilweise wieder abtreten.

Infolge der Balkankriege wurde der nördliche Teil Makedoniens serbisch (→Vardarska banovina), der östliche Teil bulgarisch, der südliche Teil Makedoniens und der südwestliche Teil Thrakiens griechisch.

2.2.5 Serbien im Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit

Im Ersten Weltkrieg stand Serbien von Anfang an auf Seiten der Entente cordiale, seine Kriegsziele sahen eine Zerschlagung Österreich-Ungarns und die Vereinigung aller südslawischen Völker in einem gemeinsamen Staat vor. Auslöser des Krieges war das durch den großserbische Ideologien vertretenden und auch in der serbischen Regierung sehr einflussreichen Geheimbund „Schwarze Hand“ angezettelte Attentat von Sarajevo auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand von Österreich-Este. Serbien sah sich daraufhin mit einem praktisch unannehmbaren Ultimatum Österreichs konfrontiert. In *Die Schlafwandler* zeigt Christopher Clark, dass die entscheidenden serbischen Politiker dies sehr wohl in Betracht zogen, hingegen politische Absprachen zu dessen Ablehnung führten. Dieser Vorgang löste zunächst die Julikrise von 1914 aus, die den Kriegsausbruch in ganz Europa zur Folge hatte.

Die ersten Offensiven der Österreicher 1914 konnte die serbische Armee noch abwehren, erlitt aber empfindliche Verluste. Ein schwerer Schlag war der Ausbruch einer Seuche im Winter 1914/1915, Zehntausende Soldaten starben aufgrund der Kämpfe und der schlechten Versorgungslage. Im Juli 1915 besetzte Serbien das benachbarte Albanien. Im Zuge einer koordinierten Offensive der Mittelmächte gegen das Land im Oktober 1915 zur Bereinigung der Balkanfront griffen jedoch österreichische, bulgarische und deutsche Truppen Serbien von drei Seiten an. Die serbische Armee entging zwar der völligen Vernichtung, musste sich aber zum Meer zurückziehen und erlitt dabei Verluste von weit über 90 Prozent der ursprünglichen Stärke. Währenddessen führten die Mittelmächte im besetzten Land ein strenges Besatzungsregime, dem die Serben mit Partisanenaktionen hartnäckig Widerstand leisteten. Mit der Niederlage der Mittelmächte 1918 ging auch Serbien trotz hoher Verluste als Siegermacht hervor.

Nach Ende des Ersten Weltkriegs wurde das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen unter der Führung des serbischen Königs Alexander I. Karađorđević gegründet, das sich 1929 in Jugoslawien (*Südslawien*) umbenannte. Es bestand aus Serbien, dem bis dahin unabhängigen Montenegro sowie den meisten von Südslawen besiedelten Ländern der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, wie Bosnien-Herzegowina, Dalmatien, Kroatien, Slawonien und Slowenien.

Serbien führte am 15.[jul.]/ 28. Januar 1919[greg.] offiziell den Gregorianischen Kalender ein.

Innere Konflikte in der jugoslawischen Monarchie führten zu einem Erstarken nationaler Bewegungen. In Folge fielen der serbische König Alexander I. und der französische Außenminister Louis Barthou gemeinsam in Marseille am 9. Oktober 1934 einem Attentat kroatischer faschistischer Ustascha und mazedonischer VMRO-Anhänger zum Opfer. In der Folgezeit entwickelte sich ein autoritäres Regime, das Historiker heute als *Königsdiktatur* bezeichnen und das sich weitgehend auf den serbischen Teil der Bevölkerung stützte.

2.2.6 Zweiter Weltkrieg

Im Zweiten Weltkrieg blieb Jugoslawien zunächst neutral und weigerte sich, dem Dreimächtepakt unter deutscher Führung beizutreten. Das Abkommen wurde erst nach offenen Kriegsdrohungen am 25. März 1941 von der Regierung Cvetković-Maček und Prinzregent Paul unterzeichnet. In Folge kam es in Serbien zu Demonstrationen, die schließlich am 27. März 1941 in einem probritischen Staatsstreich in Belgrad gipfelten, der von Petar II. Karađorđević unterstützt wurde. Die Regierung wurde gestürzt und Prinz Paul musste nach Griechenland fliehen. Kurz darauf begann der Einmarsch deutscher Truppen in Jugoslawien. Belgrad wurde am 6. April 1941 von der deutschen Luftwaffe bombardiert, was rund 20.000 zivile Opfer forderte. Innerhalb weniger Tage wurde Jugoslawien vollständig besetzt und von den Siegern aufgeteilt: Bosnien, die Herzegowina und Syrmien wurden dem neuen Unabhängigen Staat Kroatien angeschlossen. Die *Banovina Zeta* (heute überwiegend Montenegro und Kosovo) wurde von den mit Deutschland verbündeten italienischen Truppen besetzt. Die Batschka fiel an Ungarn, während der Banat und ein „Rumpfserbien“ unter deutsche Besatzung gerieten. Süd- und Zentralserbien wurden im Laufe des Krieges schließlich zur bulgarischen Okkupationszone. Unter dem deutschen „Befehlshaber Serbien“ wurde eine Marionettenregierung unter General Milan Nedić eingesetzt, die nur geringe Befugnisse besaß. Nach der deutschen Besetzung kam es in Serbien Anfang Juli 1941 zu einem Volksaufstand, der sich später auf Montenegro, Bosnien und Kroatien ausweitete.

Der antifaschistische Widerstand in Serbien wurde von der *Kommunistischen Partei Jugoslawiens* (KPJ) sowie der absolutistisch-monarchistischen Exilregierung Jugoslawiens unter dem König Peter II. organisiert. Die von der KPJ kontrollierte Partisanenbewegung begann nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 den Widerstand gegen die Wehrmacht, aber auch den offenen Kampf gegen die jugoslawische Monarchie. Der Widerstand der Monarchisten gegen die aufgezwungene Politik Hitlers begann etwas früher mit dem Sturz des Prinzregenten Paul und dessen Marionette Ministerpräsident Cvetković durch General Dušan Simović am 25. März 1941. In Serbien konnten die Partisanen im Herbst 1941 in der Gebirgsregion um Užice die befreite Republik Užice ausrufen und 73 Tage gegen die Wehrmacht halten. Nach dem Zusammenbruch des Aufstands, der Vertreibung der Partisaneneinheiten und ihrer Verlegung nach Bosnien wurde der Widerstand gegen die faschistischen Besatzer in Serbien nur noch von den Tschetniks aufrechterhalten.

Die jugoslawischen Partisanen warfen den Tschetniks jedoch vor, unter dem Regierungschef Nedić kritiklos die Verbrechen an Serben durch die deutschen und kroatischen Besatzer hinzunehmen und offen mit ihnen zu kollaborieren. Die Tschetniks wurden teilweise von Benito Mussolinis faschistischem Italien, aber auch von den Westmächten unterstützt. Sie leisteten den Ustaschas, aber auch den Tito-Partisanen in Bosnien und Kroatien Widerstand und warfen ihrerseits den Partisanen vor, die rücksichtslosen Vergeltungsmaßnahmen der deutschen Besatzer in Serbien zu provozieren und einen revolutionären Kampf auf dem Rücken der Zivilbevölkerung auszutragen. Oftmals wurde der Tod von Wehrmachtssoldaten mit der Erschießung von Hunderten serbischer Zivilisten vergolten. Einige Tschetnik-Führer, wie Kosta Pećanac und Dimitrije Ljotić, arbeiteten mit den Besatzern eng zusammen und beteiligten sich an Militäraktionen der Wehrmacht gegen die kommunistischen Partisanen.

Im Oktober 1944 konnte die 3. Ukrainische Front der Roten Armee unter Marschall Tolbuchin in der Belgrader Operation die Heeresgruppe Südukraine schlagen und in Serbien einmarschieren. Mit dem Vormarsch der Roten Armee nach Südosteuropa und dem durch den Zusammenbruch der Heeresgruppe Südukraine erzwungenen Rückzug der Achsenmächte konnte der von den Kommunisten geführte Volksbefreiungskampf NOB (Narodna Oslobodilačka Borba) mit Einheiten der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee koordiniert mit der sowjetischen Führung auf das Territorium Serbiens ausgeweitet werden.

2.2.7 Serbien in der Sozialistischen Ära

Aus dem Zweiten Weltkrieg gingen die Partisanen Titos als Sieger hervor. Serbien wurde eine von sechs Teilrepubliken des kommunistischen Jugoslawiens. Bis 1963 trug die Teilrepublik den Namen *Volksrepublik Serbien* (Narodna Republika Srbija), danach trug sie die Bezeichnung *Sozialistische Republik Serbien* (Socijalistička Republika Srbija).

Serbien erhielt Ost-Syrmien, aber Mazedonien wurde wie Montenegro eine eigenständige Teilrepublik. Im Jahr 1974 erfolgte auf Beschluss der Kommunistischen Partei unter Tito und Edvard Kardelj eine Verfassungsänderung und Neugliederung Serbiens in drei Teile: das „engere Serbien“ (Zentralserbien) und die weitgehend Autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo. Im Präsidium der SFRJ war Serbien seither mit drei (von insgesamt acht) Sitzen vertreten.

Grundsätzliche Merkmal der Entwicklung der serbischen Gesellschaft und der anderen jugoslawischen Republiken im Sozialistischen Jugoslawien war das Herauswachsen einer unterentwickelten bäuerlichen Gesellschaft in die eines halbindustrialisierten europäischen Staates. In seiner von 1945 bis zum Zusammenbruch des Kommunismus 1990 dauernden Zeit bildete die Form der osteuropäischen *Diktatur des Proletariats* einen zivilisatorischen Sprung der Gesellschaft in eine neue Form, wie sie vorher nicht existierte. Fernand Braudel befand dabei alle osteuropäischen Diktaturen als äußerst fruchtbares Terrain für die Formung neuer industrieller Gesellschaften. Die dafür notwendige brutale Akkumulation von Kapital stammte aus der Verstaatlichung des agrarischen Besitzstandes. In Westeuropa hatte Thomas Moore den Prozess des Übergangs einer feudalen in eine industrielle Gesellschaft mit der Metapher *die Schafe fressen die Menschen* belegt. In den Staaten Osteuropas aßen nach 1945 nach Milorad Ekmečić die industriellen *Maschinen die Bauern*, da die Kollektivierung der Dörfer den sozialen Rahmen für den Raub der Werte der agrarischen Produktion stellte. Über diesen Fond wurde die rasante Industrialisierung der agrarischen Gesellschaften durch Pauperisierung des althergebrachten Dorfes betrieben. So lebten 1937 in Serbien noch 76,3 % der gesamten Einwohner von der Landwirtschaft, gegenüber 29 % in Frankreich. In einigen Regionen Jugoslawiens, wo großteils Serben lebten, war der Prozentsatz der Agrarischen Gesellschaft noch größer. In Bosnien und der Herzegowina gehörten nach dem Zensus 1948 10 % zur städtischen Bevölkerung, davon entfielen auf die Serben nur 2 %. 1946 wurde das Gesetz zur Nationalisierung verabschiedet, was die grundsätzliche Abkehr der dem Kommunismus abgeneigt stehenden Bevölkerungsschichten fundamental zementierte. Allein dieses Gesetz bewirkte bei den 9 Millionen Einwohnern Serbiens einen Kulturschock, zudem noch 1948 auch das Handwerk nationalisiert wurde.

Während des Erfolges der Industrialisierung 1945–1965 verließen 9.200.000 Menschen Jugoslawiens ihr dörfliches Umfeld. Eine Million Serben siedelten so aus anderen Republiken in Serbien an. Diese Binnenwanderung warf die Städte mehr zurück, als es die Dörfer weiterentwickelte. Sowohl Stadt als auch Dorf wurden kulturelle Hybriden. Durch die millionenfache Wanderung der Agrarbevölkerung in die Städte ging der überkommene Typus des Städters verloren, wie sich auch durch die Kollektivierung des Dorfes ein breites agrarisches Proletariat herausbildete. Als Ergebnis stand die Transformation der Stadt, in der es sich ländlich lebte, wie des Dorfes, wo die Form der Mentalität des Gutsherren, der für den Markt produzierte, verschwand. Die aus der Partisanenbewegung entstammenden ehemaligen Soldaten wurden zu Städtern, was Branko Čopić als „Achte Offensive auf die Seidenhosen“ beschrieb. Den Gestaltswandel Belgrads zu einer neuen Industriestadt hatte Ekmečić metaphorisch mit der Verwandlung einer „schönen Larve zu einem häßlichen Schmetterling“ belegt; auch als der Dichter Miloš Crnjanski 1965 aus seinem langen Londoner Exil nach Belgrad zurückkehrte, fand er, dass ihn das alte Belgrad nur noch „mit Tränen in den Augen empfing“.

Der erste Fünfjahresplan zur Entwicklung der jugoslawischen Gesellschaft wurde 1947 verabschiedet. Die Schwerindustrie wurde aus militärstrategischen Gründen in das Landesinnere angesiedelt. Diese Schwerindustrie, die überwiegend den Bedarf einer starken Armee deckte, wurde in Serbien und Bosnien konzentriert. Stahlwerke entstanden in Zenica (Bosnien) und Smederevo, Kraftfahrzeugproduktionsstätten in Priboj und Kragujevac. In der Verhüttung von Buntmetallen wuchsen die Blei-Zink Gruben bei Priština und die von Kupfer in Bor zu wahren Giganten, die auch im europäischen Maßstab bedeutend wurden. Niš wurde das Zentrum der Elektroindustrie (*Elektronska industrija – Ei*). Bis zum Ende des Fünfjahresplanes 1965 besaß Serbien so eine Fahrzeug- und Motoren- (Traktoren, Automobile, Lastwagen), Maschinen- (Niš und Belgrad) und Petrochemie-Industrie (Pančevo und Novi Sad). Sehr spät fand das System der Planwirtschaft Kritiker und 1965 kehrte man gänzlich davon ab. Für die zweite Hälfte der 1960er Jahre wurde kein Fünfjahresplan mehr verabschiedet, spätere Fünfjahrespläne blieben nur mehr deklarative Absichten ohne bindende Funktion.

Trotz der nach 1965 auffälligen industriellen Stagnation bildeten die Jahre 1945–1965 einen bedeutenden zivilisatorischen Umbruch der Gesellschaft. Der Kommunismus wurde in dieser Zeit quasi als „Religion“ gesehen und war daher auch hierin so effizient.

Der massenhafte Einsatz der freiwilligen Omladinske Brigade wurde schon in den von der Okkupation befreiten Gebieten 1941 praktiziert, obwohl diese Praxis in der Sowjetunion unbekannt war. Als Schwungrad konnten im Einsatz von Massenarbeitskräften der Omladinske Brigade für das Land bedeutende Infrastrukturprojekte beendet werden (Autoput, Donau-Theiss-Donau Kanal, sowie das Wasserkraftwerk Đerdap I). Insbesondere wurde aber so die über die gesamten Südost-Dinariden auf 476 km Länge führende Gebirgsbahn Belgrad-Bar trotz massiven Erd- und Tunnelaushubs und des immensen Materialaufwands bei der Trassenlegung durch ein verkehrsfeindliches Hochgebirge zu vier fünfteln in nur 8 Jahren vollendet. Jugoslawien hatte so „Europas Giganten der Bergeisenbahnen“ bekommen (Ascanio Schneider).

Diese neue Hauptstrecke der jugoslawischen Eisenbahnen bildete erst die vierte Hauptverkehrstransversale über die Dinariden (die schon bestehenden waren Ljubljana-Koper, Zagreb-Rijeka, Vrpolje-(Sarajewo)-Ploče) und verband erstmals Montenegro mit Serbien in einer zeitgemäßen modernen Form. Diese Verkehrsachse wurde nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gebaut, indem sie die Montenegrinische Küste mit dem neugebauten Hafen in Bar als wirtschaftlich dynamischsten Teil Montenegros mit den Getreidefeldern der Vojvodina und der Großstadt Belgrad verband (in Pančevo wurde der Großteil des in Bar angelandeten überseeischen Phosphats für die Düngemittelherstellung verarbeitet), sondern strahlte starke politische Impulse aus.

Hatten Ende des 19. Jahrhunderts und Anfang des 20. Jahrhunderts Rivalitäten zwischen den Großmächten und den Balkanländern um die konkurrierenden Eisenbahnprojekte einer Transbalkanischen-Eisenbahn zwischen Donauebene und Adriaküste verhindert, so wurde diese innerhalb Jugoslawiens damit schließlich Realität. Da es während des Bahnbaus um die Finanzierung von strategischen Infrastrukturprojekten aus Bundesmitteln zwischen Slowenien und Kroatien sowie Serbien und Montenegro heftige Meinungsverschiedenheiten gab, wurden diese Fonds allgemein zum 31. Dezember 1970 eingestellt. Serbien und Montenegro mussten daher fast zwei Drittel der Kosten selbst aufbringen, die Großteils nur über eine stark überzeichnete Volksanleihe, sowie über einen IBRD-Kredit der Weltbank stammten.

Die Einweihung der Strecke am 28.–29. Mai 1976 geschah durch die in den nationalen und internationalen Medien stark rezipierte Fahrt Josip Broz Titos im Staatszug Plavi voz. Während der feierlichen Einweihung beschwor Tito vielfach die Einheit Jugoslawiens (Bratstvo i jedinstvo), die jedoch schon seit Anfang der Siebziger durch den Kroatischen Frühling in der die weitere Dezentralisierung durch Annahme der von Edvard Kardelj ausgearbeiteten neuen Verfassung von 1974 die Auflösung Jugoslawiens in separate Staaten weiter zementierte.

> „Das worüber wie ich schon sagte, schon über ein Jahrhundert lang geträumt wurde, konnte im bourgeoisen Jugoslawien nicht verwirklicht werden. Das war nur in der sozialistischen jugoslawischen Gemeinschaft möglich, einer vielvölkischen, aber in allen ihrem Wirken geeinten Gesellschaft, die sich in ihrem Bestreben und ihrer Beständigkeit eine bessere Zukunft erarbeitet.“ – JOSIP BROZ TITO: *EIN JAHRHUNDERTTRAUM WURDE VERWIRKLICHT*

Hatte die Verfassungsänderung zu einem Aufruhr geführt, so waren die Kulturbehörden in ihren nationalen Programmen schon in den 1960ern vorangegangen. Die Kultur wurde mit der Separierung der Sprache nach der ersten Novellierung der Verfassung von 1963 Sammelbecken nationaler Ambitionen. 1967 wurde die Schaffung der Kroatischen Schriftsprache deklarativ unter Führung Miroslav Krleža eingefordert. Ivo Andrić reagierte erbost auf diese Haltung des bedeutendsten kroatischen Autors: *Einst ein großer Jugoslawe, ist er jetzt ein provinzieller Kroate geworden, etwas gegen das er früher unglaublich stark angekämpft hatte*. Auch während einer Aussprache Krležas mit Andrić 1970 im vom damals in nationalistischen Euphorie schwelenden Zagreb, war die tiefe Staatskrise beherrschendes Thema.

Aufgrund dieser inneren Schwächung Jugoslawiens wurde der mit 86 Jahren altersschwache und durch eine schwere Form von Alterszucker gesundheitlich schon stark angeschlagene Tito am 23. Juni 1978 in einer Sitzung der SKJ zum lebenslangen Präsidenten gewählt, was ein Versuch war, die Einheit Jugoslawiens mit einer symbolischen Handlung zu garantieren. Nach Titos Tod 1980 setzte sich die schleichende Auflösung des jugoslawischen Gesamtstaates unvermindert fort. Politiker wie Intellektuelle aller Teilrepubliken und Autonomen Provinzen, insbesondere Sloweniens, Serbiens, Kroatiens, Bosniens sowie der Albaner des Kosovo wandten sich auch durch die Wirtschaftskrise Jugoslawiens in den 1980er begründet, mehr und mehr nationalistischen Programmen zu.

Durch die Staatskrise Jugoslawiens und die als nationale Erhebung empfundene Wiedergeburt Serbiens um den neuen starken Mann Serbiens, Slobodan Milošević, wurde die Autonomie des Kosovos seit 1987 beschnitten und 1989 gänzlich aufgehoben. Mit der von Milošević populistisch angeführten antibürokratischen Revolution nahm der serbische Nationalismus 1988/89 für den Zusammenhalt Jugoslawiens immer bedrohlichere Züge an. Nach mehreren Großmanifestationen in Belgrad gipfelte dieser in der 600-Jahr Feier der Schlacht auf dem Amselfeld in der Amselfeld-Rede.

Mit dem Austritt Sloweniens aus dem Bund der Kommunisten auf dem 14. Kongress des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens 1990 war die Lage auf Staatsebene mittlerweile zum Zerreißen gespannt. Parallel bildete sich unter den Krajina-Serben in Kroatien eine Opposition zur kroatischen Unabhängigkeitsbewegung, die eine aktive Selbstverwaltung anstrebte und auch eine militärische Loslösung der Krajina von Kroatien einplante.

Die von Serbien, Kroatien und Slowenien einkalkulierte militärische Lösung der Jugoslawienkrise war damit Realität geworden. Das anschließende geheime Karađorđevo-Abkommen zwischen Milošević und Tuđman am 26. März 1991, das die Teilung Bosniens zwischen Kroatien und Serbien im anstehenden Zerfall Jugoslawiens vorsah, war der erste offensive Schritt einer Neugestaltung des jugoslawischen Territoriums.

2.2.8 Jugoslawienkriege 1991–1995 und Kosovokrieg 1998–1999

Die Jugoslawienkriege brachen letztlich mit der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens und nachfolgend Bosnien-Herzegowinas aus. Anfangs waren reguläre Einheiten der Jugoslawischen Volksarmee (JNA), die nach der internationalen Anerkennung Sloweniens, Kroatiens und Bosniens unter Rückzugsgefechten die Republiken verließen oder sich zur Armee der bosnischen und kroatischen Serben wandelten, am Krieg beteiligt. Insbesondere kulminierte der serbisch-kroatische Krieg in Vukovar, in dem die JNA, die sich im ersten Slowenien-Krieg noch passiv verhalten hatte, nun offen auf serbischer Seite mit allen verfügbaren Mitteln eingriff. Serbien unterstützte insbesondere zu Beginn des Krieges die Republik Serbische Krajina und die bosnischen Serben militärisch und finanziell, verhängte im Verlauf des Krieges aber ein Embargo über die bosnische Serbenrepublik.

Während des Krieges in Bosnien verhängte die UNO ein Handelsembargo gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Auslöser der Sanktionen waren unter anderem die ethnischen Säuberungen, wie z. B. die Ermordung von 8000 Männern und Jungen in Srebrenica, die sich vor allem gegen die bosnischen Muslime, aber auch andere Nichtserben in Bosnien richteten. Den kroatischen und bosnischen Serben gelang zu Kriegsbeginn die Besetzung großer Teile von Kroatien und Bosnien, insbesondere der mehrheitlich von Serben bewohnten Distrikte. Im Verlauf der kroatischen Militäroperation Oluja 1995 wurde der Großteil der serbischen Bevölkerung aus Kroatien vertrieben, was mit der militärischen Wende in Bosnien und dem Dayton-Abkommen zum Kriegsende führte. Etwa 700.000 Serben flohen während der Kriege in Bosnien und Kroatien nach Serbien, das zu dieser Zeit *„von einem Prekariat aus Kriminellen und Schlägertypen“* aus dem Miloševic-Milieu beherrscht wurde.

Nach dem Abkommen von Dayton, das den Bosnienkrieg beendete und dem Ende der „Republik Serbische Krajina“, blieb nach 1995 der Status der mehrheitlich von Albanern besiedelten Provinz Kosovo die letzte politisch brisante Frage in den Zerfallskriegen Jugoslawiens. Die zunehmend gewalttätigeren Unruhen im Kosovo versuchte die serbische Führung unter Slobodan Milošević mit restriktiven polizeilichen und schließlich auch militärischen Mitteln zu beenden. Die mit terroristischen Mitteln operierende UÇK („Befreiungsarmee des Kosovo“) begann 1996 mit verstärkten Angriffen auf serbische

Sicherheitskräfte. Zudem kam es zu Gewaltaktionen gegen die serbische Zivilbevölkerung in den Städten. Mit der Aufrüstung der UÇK aus Waffenbeständen Albaniens, wo nach dem Lotterieaufstand die öffentliche Ordnung völlig zusammenbrach und ganze Munitions-Bestände geplündert wurden, setzte diese den Konfrontationskurs gegen serbische Sicherheitskräfte verstärkt fort.

Durch verstärkte Aktivität der UÇK, die im Verlauf des Jahres 1998 die Kontrolle in der Region Drenica gewinnen konnte, begannen serbische Sicherheitskräfte eine koordinierte polizeiliche Gegenoffensive, die von Einheiten der Armee unterstützt wurde. Durch schwere Menschenrechtsverletzungen während der Kämpfe sahen sich die westlichen Staaten unter Führung der USA jetzt, auch im Hinblick auf ihre Untätigkeit in Srebrenica vier Jahre zuvor, in der Pflicht. Die USA gaben der serbischen Führung die alleinige Schuld an der Eskalation. Nach neuerlichem Aufflammen der Gefechte im Frühjahr 1999 stellte der Nordatlantikrat kurze Zeit später ein Ultimatum an Serben und Kosovo-Albaner, in dem beide Seiten zur Aufnahme von Verhandlungen aufgefordert wurden. Die internationale Friedenskonferenz wurde für den 6. Februar 1999 im Château Rambouillet angesetzt (vgl. Vertrag von Rambouillet).

Die Ablehnung des Ultimatums interpretierte die NATO als Casus Belli und begann am 24. März 1999 mit der Luftkriegsoperation *Allied Force* gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Diese Operation wird von der Mehrheit der Völkerrechtler bis heute als illegal angesehen. Unter dem militärischen Druck der NATO billigte das serbische Parlament am 3. Juni den Friedensplan der G8-Staaten und die Kernforderungen der NATO. Am 9. Juni unterzeichnete die jugoslawische Regierung das *Abkommen von Kumanovo*, das den etappenweisen Rückzug der jugoslawischen Truppen, den gleichzeitigen Einmarsch der internationalen Sicherheitstruppe KFOR sowie die Suspendierung der Luftschläge der NATO vorsah. Nach 78 Tagen Krieg ordnete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen dann am 10. Juni 1999 mit der UN-Resolution 1244 eine internationale zivile Übergangsverwaltung (UNMIK) und eine Sicherheitspräsenz der NATO im Kosovo an. Noch am Abend des 10. Juni erteilte der Nordatlantikrat KFOR den Einsatzbefehl.

Diese Regelungen bestätigten die Zugehörigkeit der Provinz Kosovo zu Jugoslawien vorbehaltlich einer endgültigen Statusregelung. Mit dem Rückzug der jugoslawischen Armee und Polizei verließen über 200.000 Serben die Provinz. Ein Großteil der im Kosovo verbliebenen Serben wurde von den Albanern gewaltsam vertrieben, Hunderte wurden ermordet oder gelten als vermisst.

2.2.9 Demokratisierung und Auflösung des Bundes mit Montenegro

Bei den Präsidentschaftswahlen am 24. September 2000 wurde Vojislav Koštunica zum jugoslawischen Präsidenten gewählt, was das Ende der Ära Milošević einleitete. Bei den Parlamentswahlen im Dezember 2000 errang die DOS einen überwältigenden Sieg. Im Januar 2001 wurde Zoran Đinđić zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Dies führte u. a. dazu, dass Slobodan Milošević am 29. Juni 2001 an den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) in Den Haag ausgeliefert wurde. Am 12. März 2003 wurde Đinđić auf offener Straße von Attentätern aus den Reihen der ehemaligen *„Roten Barette“* ermordet. Erst im Juni 2004 wurde ein neuer Präsident gewählt, es gewann der liberale und Europa zugewandte Reformer Boris Tadić die Präsidentschaftswahl.

Serbien bemüht sich seit der Demokratisierung im Jahr 2000 stärker um die Integration in die Europäische Union. Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) begannen im November 2005. Serbien ratifizierte im September 2008 einseitig das vorläufige Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU, da sich die Niederlande gegen eine Ratifizierung von Seiten der EU widersetzten. Am 7. Dezember 2009 wurde von den Außenministern der EU-Staaten ein Interimsabkommen für Handelserleichterungen mit Serbien freigegeben. Die weitreichendste Veränderung im Verhältnis der EU mit Serbien war die vom 19. Dezember 2009 an gültige Reiseerleichterung für serbische Staatsbürger, die seitdem visafrei in die EU reisen können. Die serbische Regierung stellte am 22. Dezember 2009 einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Die für Dezember 2011 erwartete Anerkennung des Status als Beitrittskandidat der Europäischen Union wurde hauptsächlich auf Betreiben von Deutschland wegen des schwelenden Kosovokonflikts zunächst auf März 2012 verschoben (vgl. Serbien und die Europäische Union).

Trotz der Demokratisierung schritten die Zerfallsprozesse des serbischen Staates, als einem der letzten der aus Jugoslawien hervorgegangenen Staaten, fort. Nach dem Zerfall der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) bildeten ab 1992 zunächst nur noch Serbien und Montenegro die Bundesrepublik Jugoslawien. Diese wurde nun durch Parlamentsbeschluss des damaligen Bundesparlaments am 4. Februar 2003 aufgelöst und durch Serbien und Montenegro (*Srbija i Crna Gora*) abgelöst.

Am 5. Juni 2006 erklärte das serbische Parlament in Belgrad die formale Unabhängigkeit des Landes, nachdem Montenegro diesen Schritt nach der Volksabstimmung am 21. Mai 2006, die zugunsten der Unabhängigkeit ausfiel, bereits am 3. Juni 2006 mit der Unabhängigkeitserklärung des montenegrinischen Parlaments in Podgorica vollzogen hatte. Serbien wurde Nachfolgestaat des Staatenbundes bei den Vereinten Nationen. Am 30. September 2006 verabschiedete das Parlament in Belgrad einstimmig und nach sechsjähriger Auseinandersetzung eine Verfassungsnovelle für Serbien. Bei einer Volksabstimmung einen Monat später wurde die neue Verfassung angenommen und später vom Parlament beschlossen.

Am 17. Februar 2008 bekundete mit dem Kosovo ein Staatsgebiet Serbiens seine Souveränität, das von der Londoner Botschafterkonferenz 1913 Serbien zugeschlagen worden war. Die serbische Regierung und das serbische Parlament halten diese Sezession für unzulässig, völkerrechtlich ist sie umstritten. Nach dieser Unabhängigkeitserklärung kam es in verschiedenen Städten zu Unruhen, bei denen besonders Botschaften der unabhängigkeitsbefürwortenden Staaten angegriffen wurden. Zugleich erklärten die Serben im Norden des Kosovo, parallele Polizei- und Verwaltungsstrukturen aufgebaut zu haben.

Nachdem es im Mai 2008 abermals zu vorgezogenen Neuwahlen gekommen war, wurde im Juli 2008 eine Koalitionsregierung unter Führung der bisher bereits regierenden Demokratischen Partei unter anderem zusammen mit der bisher oppositionellen Sozialistischen Partei gebildet. Wenige Tage nach der Regierungsbildung gelang es, den lange gesuchten mutmaßlichen Kriegsverbrecher Radovan Karadžić in Belgrad zu verhaften, was zu kurzzeitigen, teilweise gewalttätigen Protesten nationalistischer Bevölkerungsteile führte. Gleichzeitig wurde der Weg zur Ratifizierung des Stabilisierungs- und Assoziationsabkommens (SAA) frei gemacht, die am 9. September 2008 vom serbischen Parlament bestätigt wurde.

2.3 Bosnier

2.3.1 Bosnische Kirche

Als Bosnische Kirche (bosnisch *Crkva Bosanska/Црква Босанска*; lateinisch *Ecclesia Bosniensis*) wird eine selbständige, von Katholizismus und Orthodoxie unabhängige christliche Gemeinschaft und Kirchenorganisation in Bosnien im 13. bis 15. Jahrhundert bezeichnet. Irrtümlicherweise wird sie manchmal mit den Bogomilen identifiziert.

Das Phänomen der Bosnischen Kirche ist historisch umstritten. Der serbisch-orthodoxe Historiker Božidar Petranović stellte 1867 die These auf, dass die Bosnische Kirche eine von der serbischen Orthodoxie abgefallene Kirche war. Diese Interpretation ist in Serbien beliebt und wird als Beleg für die mittelalterliche serbische Präsenz in Bosnien instrumentalisiert. Der kroatische Historiker Franjo Rački trat Petranovićs Thesen 1869/70 mit Studien entgegen, in denen er zu beweisen versuchte, dass die Bosnische Kirche aus der dualistischen Sekte der bulgarischen Bogomilen[1] entstanden war. Diese Interpretation fand starken Nachhall besonders unter bosniakischen Gelehrten, da die Bogumilentheorie „eine authentische … bosnische Kirche“ implizierte und sich als Erklärung für die spätere Konversion eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung zum Islam anbot.

In Kroatien entwickelte sich nach dem Zweiten Weltkrieg eine Theorie (Leon Petrović, Jaroslav Šidak), die in der Bosnischen Kirche „grundsätzlich einen Zweig der römisch-katholischen Kirche“ sah, der in

[1] Die Bogomilen (andere Schreibung: *Bogumilen*; slawisch: „Gottesfreunde“) waren eine streng asketisch lebende christliche Religionsgemeinschaft mit einem doketistischen, dualistischen Lehrsystem. Ihre Mitglieder glaubten u. a. an einen mächtigen Satan als Gegenspieler Gottes. Eine Ansicht, die sich im Laufe des 11. Jahrhunderts auch in Westeuropa ausbreitete. Die Bogomilen lehnten die Sakramente, die Taufe und die Verehrung von Ikonen ab.

der Isolierung schismatisch wurde und häretische Tendenzen aufnahm. Dragutin Pavličević schreibt, dass die bosnische Kirche zu Zeiten des Ban Kulin durch Abtrennung aus den „Flügeln“ der römisch-katholischen Kirche in Form von eigenen Zeremonien bzw. Riten entstanden sei.

Die Angehörigen der Bosnischen Kirche bezeichneten sich selbst als *Krstjani* (Christen) oder als *Dobri Bošnjani* (gute Bosnier). Ihre Organisation wies Parallelen zur mönchischen Ordensorganisation auf. In der Liturgie wurde die slawische Sprache benutzt, als Schrift die Glagoliza, später die Bosančica. Bezeichnungen für hierarchische Rangstufen waren *Djed* für das Oberhaupt der Kirche oder *Gost*. Die gesamte Hierarchie war einheimischer Herkunft. Ob die Kirche als klösterliche Organisation viele einfache Laienmitglieder hatte, ist offen. Über die Organisation, die Zeremonien und die Theologie der Bosnischen Kirche gibt es außer dem Testament des Gost Radin keine bosnischen Quellen.

Nach der franziskanischen Missionsoffensive in Bosnien im 14. und 15. Jahrhundert schrumpfte die Bosnische Kirche. Als die Osmanen die Macht übernahmen, war die Bosnische Kirche wahrscheinlich schon zerschlagen. In den osmanischen Landregistern aus dem 15. und 16. Jahrhundert werden nur wenige Einwohner als *„Kr(i)stjani“* aufgeführt.

2.3.2 Bosnische Muslime

Bosniaken (bosnisch *Bošnjaci/Бошњаци, sg.: Bošnjak/Бошњак*) sind eine südslawische Ethnie mit etwa drei Millionen Angehörigen, die primär in Bosnien und Herzegowina, aber auch in Serbien, Montenegro und dem Kosovo leben. Sie sprechen die bosnische Sprache, eine Standardvarietät des Serbokroatischen, und sind seit dem 15. und 16. Jahrhundert mehrheitlich zum Islam konvertiert. Bosniaken werden auch als *bosnische Muslime* bezeichnet oder einfach nur als Bosnier, wobei das Letztere auch alle Volksgruppen in Bosnien und Herzegowina bezeichnet oder ihre Staatsangehörigen.

Über zwei Millionen Bosniaken leben auf dem Balkan, dazu kommen noch über eine Million, die während des Bosnienkrieges geflüchtet sind und heute verteilt auf der ganzen Welt leben. Ethnische Säuberungen während des Krieges haben die ethnische Struktur und die Verteilung der Bosniaken im Land sehr verändert. Es besteht eine bedeutende bosniakische Diaspora insbesondere in Österreich, Deutschland, Schweden, Norwegen, der Türkei, Australien, Kanada und den Vereinigten Staaten, insbesondere in St. Louis.

2.3.3 Bosnien und Herzegowina

Bosnien und Herzegowina (bosnisch/kroatisch/serbisch-lateinisch *Bosna i Hercegovina*, serbisch-kyrillisch Босна и Херцеговина, Abkürzungen: BiH/БиХ; auch Bosnien-Herzegowina oder verkürzt Bosnien genannt) ist ein südosteuropäischer Bundesstaat. Er besteht geografisch aus der Region Bosnien im Norden, die rund 80 Prozent des Staatsgebiets einnimmt, und der kleineren Region Herzegowina im Süden. Politische Teilgebiete des Bundesstaates sind die Republika Srpska, die Föderation Bosnien und Herzegowina sowie der Distrikt Brčko als Sonderverwaltungsgebiet.

Das Staatsgebiet liegt östlich des Adriatischen Meeres auf der Balkanhalbinsel und befindet sich nahezu komplett im Dinarischen Gebirge. Nachbarstaaten sind im Norden und Westen Kroatien, im Osten Serbien und Montenegro im Südosten. Die bosnische Bevölkerung betrug 2013 gut 3,5 Millionen. Hauptstadt und größte Stadt des Landes ist Sarajevo, weitere Großstädte sind Banja Luka, Tuzla, Zenica, Bijeljina und Mostar.

2.4 Albaner

Albaner (albanisch *Shqiptarët*) bilden eine Ethnie, deren Angehörige insbesondere im westlichen Teil der Balkanhalbinsel leben. Sie sprechen das zu den indogermanischen Sprachen gehörige Albanisch. Das geschlossene Siedlungsgebiet der Albaner umfasst Albanien, Kosovo und den nordwestlichen Teil Nordmazedoniens sowie weitere kleinere Regionen in den angrenzenden Ländern Montenegro, Serbien und Griechenland. Auf dem Balkan leben knapp sechs Millionen Albaner. In Albanien und im Kosovo sind sie mit einem Bevölkerungsanteil von jeweils deutlich über 90 Prozent die dominierende Nation. Die Albaner in Nordmazedonien bilden mit etwa 25 Prozent der Bevölkerung die größte Minderheit in diesem Land. Mit 0,82 Prozent sind die Albaner in Serbien und in Montenegro hingegen eine

kleine Minderheit. Viele Auswanderer oder ihre Nachkommen leben in der Diaspora. Große albanische Gemeinden gibt es vor allem in den west- und mitteleuropäischen Staaten, in den Vereinigten Staaten und in der Türkei.

Albaner gehören traditionell verschiedenen Glaubensrichtungen an. Die Mehrheit bekennt sich zum sunnitischen Islam, gefolgt mit weitem Abstand von der römisch-katholischen und orthodoxen Kirche sowie dem Bektaschi-Orden.

1912 erlangte die Republik Albanien die Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich. Fast die Hälfte der Albaner lebt seitdem jenseits der Grenzen dieses Nationalstaats, da damals die Weltmächte nicht auf die Forderungen der albanischen Delegation eingingen. Durch die geringe Übereinstimmung des albanischen Siedlungsgebietes mit dem Territorium Albaniens gab und gibt es besonders mit den Serben und Mazedoniern ethnische Spannungen oder offene Konflikte. Dies führte in der jüngsten Vergangenheit zum Kosovokrieg im Jahr 1999 und zur Ausrufung eines unabhängigen Staates Kosovo im Jahr 2008, der de facto ein zweiter albanischer Nationalstaat ist. In Mazedonien wurde im Jahr 2001 nach den bürgerkriegsähnlichen Zuständen das Rahmenabkommen von Ohrid unterzeichnet, welches mehr Rechte für die Albaner in Mazedonien sicherstellen soll.

Im rechtlichen Sinn gelten auch sämtliche Staatsangehörige Albaniens als *Albaner*, unabhängig von einer abweichenden ethnischen Zugehörigkeit.

2.5 Kosovaren

Kosovo (auch *der Kosovo* oder *das Kosovo*, albanisch *Kosova/Kosovë*, serbisch-kyrillisch Косово), amtlich *Republik Kosovo*, ist eine Republik in Südosteuropa auf dem westlichen Teil der Balkanhalbinsel.

Kos bezeichnet im Serbokroatischen die Amsel. Die Region ist nach dem *Amselfeld* (serbisch *Kosovo Polje*, albanisch *Fushë Kosovë*) bei Pristina benannt. Das Wort *kosovo* ist ein besitzanzeigendes Adjektiv („zur Amsel gehörig“) und daher ohne zusätzliches *polje* („Feld“) eigentlich unvollständig. Die Abkürzung hat sich jedoch in dieser Form eingebürgert.

Es war ehemals Bestandteil der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, danach der ab 1992 neu konstituierten föderativen Bundesrepublik Jugoslawien und seit 2003 eine Teilregion der Republik Serbien. Die Republik Kosovo hat etwa 1,9 Millionen Einwohner und gilt als stabilisiertes De-facto-Regime. Hauptstadt und größte Stadt ist Pristina. Die jüngere Geschichte ist durch den Kosovokrieg von 1999 und dessen Folgen geprägt. Der völkerrechtliche Status des Landes ist umstritten. Am 17. Februar 2008 proklamierte das Parlament die Unabhängigkeit des Territoriums. 114 der 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen erkennen die *Republik Kosovo* als unabhängig an.

Bei formeller Wahrung der Zugehörigkeit zur Bundesrepublik Jugoslawien wurde Kosovo nach dem Krieg im Jahr 1999 unter die Verwaltungshoheit der Vereinten Nationen gestellt. Völkerrechtliche Grundlage war hierbei die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates, welche die Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien, deren Rechtsnachfolger das heutige Serbien ist, garantiert. Zudem wird die politische Entwicklung seit dem 9. Dezember 2008 durch die EULEX Kosovo überwacht. Dies gilt auch für die überwiegend von Serben bewohnte Region Nordkosovo, die von der Regierung des Kosovo derzeit nur teilweise kontrolliert wird.

Der Internationale Gerichtshof (IGH) gelangte am 22. Juli 2010 in einem rechtlich nicht bindenden, von der UN-Generalversammlung auf serbische Initiative angeforderten Gutachten zu dem Ergebnis, dass die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo nicht gegen das Völkerrecht verstoße. Gleichzeitig vermied der IGH, den völkerrechtlichen Status des Kosovo zu bewerten und erkannte die Gültigkeit der UN-Resolution 1244 an.

Die serbische Regierung betrachtet den Kosovo formal als seine Autonome Provinz Kosovo und Metochien (serbisch Аутономна покрајина Косово и Метохија *Autonomna pokrajina Kosovo i Metohija*, kurz Космет/*Kosmet*; albanisch *Krahina Autonome e Kosovës dhe Metohisë*), räumt jedoch ein, dass eine „serbische Souveränität über den Kosovo praktisch nicht vorhanden ist“ und die „wahren Grenzen“ Serbiens in der Zukunft noch zu bestimmen seien.

Das Land ist seit Juni 2009 Mitglied im Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbankgruppe. Seit November 2012 gehört es auch der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung an.

2.6 Montenegriner

Montenegro (montenegrinisch bzw. bosnisch/kroatisch/serbisch Црна Гора/*Crna Gora* [ˈt͡sr̩naː ˈgɔra], albanisch *Mali i Zi*) ist eine Republik an der südöstlichen Adriaküste in Südosteuropa. Das montenegrinische Staatsgebiet grenzt im Nordwesten an Kroatien (25 km), Bosnien und Herzegowina (225 km) und im Nordosten an Serbien (124,4 km), im Südosten an den Kosovo (78,6 km) und im Süden an Albanien (172 km). Am 3. Juni 2006 wurde Montenegro erneut unabhängig; zuvor hatte es seit 1920 zu Jugoslawien gehört.

Der Balkanstaat ist mit etwa 625.000 Einwohnern und einer Fläche von 13.812 Quadratkilometern einer der kleineren Staaten Europas – etwas kleiner als Schleswig-Holstein. Die Hauptstadt und größte Stadt ist Podgorica, zweitgrößte Stadt ist Nikšić. Hauptwirtschaftszweige sind der Dienstleistungssektor und der Tourismus, vor allem an der montenegrinischen Küste.

Montenegro ist Mitglied der Vereinten Nationen, der WTO, der OSZE und des Europarates. Seit dem 5. Juni 2017 ist es das 29. und jüngste Mitglied der NATO. Montenegro ist Beitrittskandidat der Europäischen Union; es verwendet den Euro als Währung.

2.7 Nordmazedonen

Nordmazedonien (mazedonisch Северна Македонија *Severna Makedonija*, albanisch *Maqedonia e Veriut*; amtlich *Republik Nordmazedonien*, mazedonisch Република Северна Македонија *Republika Severna Makedonija*, albanisch *Republika e Maqedonisë së Veriut*; bis 2019: *Republik Mazedonien*) ist ein Binnenstaat in Südosteuropa. Er umfasst den nördlichen Teil der historischen Region Makedonien.

Seit Dezember 2005 hat das Land den Status eines Beitrittskandidaten der Europäischen Union (EU). Nordmazedonien hat eine der schwächsten Volkswirtschaften Europas und befindet sich in einem Transformationsprozess, sowohl wirtschaftlich als auch politisch. Das Land hat mit hohen Arbeitslosenzahlen und einer schwachen Infrastruktur sowie fehlenden Investitionen zu kämpfen.

Neben slawischen Mazedoniern, die etwa 64 % der Gesamtbevölkerung stellen, gibt es eine große Minderheit an Albanern (25 %). Auch kleinere Minderheiten von Türken (3,85 %), Roma (2,66 %), Serben (1,78 %), Bosniaken (0,84 %) und Aromunen/Meglenorumänen (0,48 %) sowie anderen Ethnien (1,04 %) sind vorhanden. Durch diese Situation gab und gibt es immer wieder ethnisch motivierte Konflikte, vor allem zwischen Mazedoniern und Albanern. Nach den bürgerkriegsähnlichen Zuständen 2001 und dem danach unterschriebenen Friedensvertrag hat sich die Gesamtlage im Land deutlich verbessert. Eine gesellschaftliche Gleichstellung aller Ethnien ist jedoch immer noch nicht erreicht.

2.8 Osmanen

Das Osmanische Reich (osmanisch دولت علیه عثمانیA *Devlet-i ʿAlīye*, deutsch ‚der erhabene Staat' und ab 1876 amtlich دولت عثمانیه/ *Devlet-i ʿOs̲mānīye* / ‚der osmanische Staat', türkisch *Osmanlı İmparatorluğu*) war das Reich der Dynastie der Osmanen von ca. 1299 bis 1922. In Westeuropa wurde das Land ab dem 12. Jahrhundert auch als „Turchia" („Türkei" oder Türkisches Reich) bezeichnet, nach der ethnischen Abstammung der Dynastie. Die im deutschsprachigen Raum veraltete, in der englisch- und französischsprachigen Literatur noch anzutreffende Bezeichnung Ottomanisches Reich leitet sich von Varianten der arabischen Namensform Uthman des Dynastiebegründers Osman I. her.

Es entstand Anfang des 14. Jahrhunderts als regionaler Herrschaftsbereich (Beylik) im nordwestlichen Kleinasien im Grenzgebiet des byzantinischen Reichs unter einem Anführer mutmaßlich nomadischer Herkunft. Dieser löste sich aus der Abhängigkeit vom Sultanat der Rum-Seldschuken, welches nach 1243 unter die Vorherrschaft des mongolischen Ilchanats geraten war und seine Macht eingebüßt hatte. Hauptstadt war ab 1326 Bursa, ab 1368 Adrianopel, schließlich seit 1453 Konstantinopel (osmanisch *Kostantiniyye*; seit 1876 offiziell Istanbul genannt).

Zur Zeit seiner größten Ausdehnung im 17. Jahrhundert erstreckte es sich von seinen Kernlanden Kleinasien und Rumelien nordwärts bis in das Gebiet um das Schwarze und das Asowsche Meer, westwärts bis weit nach Südosteuropa hinein. Jahrhundertelang beanspruchte das Osmanische Reich politisch, militärisch und wirtschaftlich eine europäische Großmachtrolle neben dem Heiligen Römischen Reich, Frankreich und England.

Im Mittelmeer kämpfte das Reich mit den italienischen Republiken Venedig und Genua, dem Kirchenstaat und dem Malteserorden um die wirtschaftliche und politische Vormachtstellung. Ab dem 18. bis ins späte 19. Jahrhundert hinein rang es mit dem russischen Zarenreich um die Herrschaft über die Schwarzmeerregion. Im Indischen Ozean forderte das Reich Portugal im Kampf um den Vorrang im Fernhandel mit Indien und Indonesien heraus. Durch die ununterbrochen intensiven politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen ist die Geschichte des osmanischen Reichs mit derjenigen Westeuropas eng verbunden.

In Vorderasien beherrschten die Osmanen mit Syrien, dem Gebiet des heutigen Irak und dem Hedschas (mit den heiligen Städten Mekka und Medina) die historischen Kernlande des Islam, in Nordafrika unterstand das Gebiet von Nubien über Oberägypten westwärts bis zum mittleren Atlasgebirge der osmanischen Herrschaft. In der islamischen Welt stellte das Osmanische Reich nach dem Umayyaden- und Abbasidenreich die dritte und letzte sunnitische Großmacht dar. Nachdem in Persien die Dynastie der Safawiden die Schia als Staatsreligion durchgesetzt hatte, setzten beide Reiche den alten innerislamischen Konflikt zwischen beiden islamischen Bekenntnissen in drei großen Kriegen fort.

Im Laufe des 18. und vor allem im 19. Jahrhundert erlitt das Reich in Auseinandersetzungen mit den europäischen Mächten sowie durch nationale Unabhängigkeitsbestrebungen in seinen rumelischen Kernlanden erhebliche Gebietsverluste. Sein Territorium verkleinerte sich auf das europäische Thrakien sowie auf Kleinasien. Die Niederlage der Habsburger- und Hohenzollernmonarchie, mit denen sich das Osmanische Reich im Ersten Weltkrieg verbündet hatte, führte – zeitgleich mit dem Ende des Russischen Kaiserreichs – innerhalb weniger Jahre zum fast gleichzeitigen Ende vier großer Monarchien, die die Geschichte Europas über Jahrhunderte hinweg geprägt hatten. Im Türkischen Befreiungskrieg setzte sich eine Nationalregierung unter Mustafa Kemal Pascha durch; 1923 wurde als Nachfolgestaat die Republik Türkei gegründet.

3.0 Vergangenheit

3.1 Osmanenkriege (1389–1699)

Unter den Türkenkriegen oder zutreffender Osmanenkriegen versteht man die Kriege zwischen dem Osmanischen Reich, das nach dem Untergang des Byzantinischen Reichs im Jahre 1453 eine Ausdehnung nach Norden und Westen in Europa anstrebte, und europäischen Staaten. Die wichtigsten Gegner der Osmanen waren dabei anfangs die Republik Venedig, das Königreich Ungarn, die Habsburgermonarchie mit dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation und Polen-Litauen, ab dem späten 17. Jahrhundert kam als Gegner Russland hinzu.

Beginnend mit den osmanischen Siegen auf dem Amselfeld 1389 und in der Schlacht bei Nikopolis 1396, insbesondere nach der Eroberung Konstantinopels 1453 sowie der Schlacht von Mohács 1526 kam das expandierende Osmanische Reich in direkten Kontakt mit den Staaten Mitteleuropas.

3.1.1 Schlacht auf dem Amselfeld (1389)

Die Schlacht auf dem Amselfeld (serbokroatisch Битка на Косову/Bitka na Kosovu, türkisch *Kosova Meydan Muharebesi*) fand am 15. Juni 1389 auf dem Amselfeld unweit Priština am Flusslauf des Lab im heutigen Kosovo statt. Das serbische Koalitionsheer unter der Führung des Fürsten Lazar Hrebeljanović sowie Vuk Brankovićs wurde durch eine Armee des mit Lazar verbündeten bosnischen Königs Tvrtko I. unter dem Woiwoden Vlatko Vuković verstärkt. Ihnen gegenüber stand das osmanische Heer unter dem Sultan Murad I. und dessen Söhnen Bayezid I. und Yakub.

Der Konflikt entstand aus dem offensiven Vorgehen der Osmanen gegen die verbliebenen unabhängigen christlichen Reiche auf der Balkanhalbinsel. Murad I. versuchte, die serbischen Fürstentümer der

Oberhoheit des Osmanischen Reiches zu unterwerfen. Damit wäre das letzte Hindernis zur Übernahme des Byzantinischen Reiches mit dessen Hauptstadt Konstantinopel beseitigt gewesen.

Die Schlacht, in der die Anführer beider Streitmächte fielen, endete ohne eindeutigen Sieger. Im Ergebnis war aber der Widerstand der serbischen Fürsten gegen die osmanische Expansion in den nachfolgenden Jahren entscheidend geschwächt.

3.1.2 Schlacht bei Nikopolis (1396)

In der Schlacht bei Nikopolis am 25./28. September 1396 wurde ein mehrheitlich aus ungarischen und französisch-burgundischen Kreuzfahrern bestehendes Heer durch eine osmanische Streitmacht vernichtend geschlagen.

Ausdehnung des Byzantinischen und des Osmanischen Reichs um 1450

3.1.3 Eroberung Konstantinopels (1453)

Die Eroberung von Konstantinopel im Jahr 1453 (dramatisierend wird vom Fall Konstantinopels gesprochen) durch ein etwa 80.000 Mann starkes Belagerungsheer des osmanischen Sultans Mehmed II. beendete das Byzantinische Reich. Die Verteidigung der Stadt oblag Kaiser Konstantin XI., der etwa 7.000–10.000 Soldaten zur Verfügung hatte und aller Wahrscheinlichkeit nach während des letzten Sturms auf die Stadt fiel.

Der Fall von Byzanz war einer der Wendepunkte von weltgeschichtlicher Bedeutung. Das Byzantinische Reich, das sich als eines der langlebigsten der Weltgeschichte erwiesen hatte, war damit politisch untergegangen; mit ihm ging eine über zweitausendjährige Ära zu Ende. Aufgrund der Eroberung des Byzantinischen Reiches und Blockade des Bosporus sowie des Landwegs nach Asien durch die osmanischen Türken begann allerdings eine neue Ära, die das Zeitalter der Entdeckungen und der Renaissance (begünstigt durch byzantinische Gelehrte, die nach dem Fall von Konstantinopel nach Westeuropa emigrierten) einleitete.

3.1.4 Kaiser Friedrichs III. Untätigkeit bei der Türkenabwehr

Durch die Niederlage der Kreuzfahrer bei Varna 1444 und die Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen am 29. Mai 1453 trat die türkische Expansion wieder stärker in das westeuropäische Bewusstsein. Um die Türkengefahr abzuwehren, rief Papst Nikolaus V. am 30. September 1453 zum Kreuzzug auf. In der Türkenabwehr trat besonders Aeneas Silvius Piccolomini hervor. Doch im Reich wartete man vergeblich auf ein Engagement des Kaisers Friedrich III. gegen die Türken. Die wichtigsten

Fürsten erschienen deshalb nicht auf den Reichsversammlungen, sondern ließen sich vertreten. Aufgrund der geringen Teilnehmerzahl kam kein Beschluss zustande.

Viele Fürsten interessierten sich mehr für die Reichsreform als für den Kampf gegen die Türken. Zu Reichstagen im Mai 1454 in Regensburg, im Oktober 1454 in Frankfurt und Ende Februar bis Anfang April 1455 in Wiener Neustadt wurde zwar einberufen, doch Friedrich erschien weder in Regensburg noch in Frankfurt. Statt des abwesenden Reichsoberhauptes sollte eine Art Reichsvikar dessen Aufgaben übernehmen. Alle Versuche, den untätigen Kaiser daraufhin zu entmachten, scheiterten an der Uneinigkeit der Kurfürsten. Durch die Abwesenheit Friedrichs und aufgrund der schwerfälligen Strukturen des Reiches kam kein Beschluss zur Türkenabwehr zustande.

Nach spätmittelalterlicher Auffassung stand die Herrschaft im Reich nicht dem König oder Kaiser allein zu, sondern auch den Fürsten und Ständen. Als organologisches System bestand das Reich aus Haupt (Kaiser) und seinen Gliedern (Kurfürsten), die den politischen Körper bildeten. Kaiser und Kurfürsten konnten nicht ohne einander regieren. In allen wichtigen Angelegenheiten waren sie zum Konsens gezwungen. 1456 fand sich nur in Ungarn ein Kreuzzugsheer zusammen. Ihm gehörten jedoch keine Kontingente der Reichsglieder an.

Durch den Sieg dieses Heeres gegen die Türken am 21. und 22. Juli 1456 in der Schlacht bei Belgrad schien die unmittelbare Bedrohung gebannt. Als Aeneas Silvius Piccolomini 1458 als Papst Pius II. Nachfolger von Calixt III. wurde, kam das Thema erneut zur Diskussion. 1460 wurde in Wien abermals über die Türkenabwehr diskutiert. Friedrich war als Reichsoberhaupt zwar anwesend, jedoch blieben die Fürsten fern. Die Gespräche endeten daher ohne Ergebnis, da die Städte die erforderlichen Mittel nicht aufbringen konnten.

3.1.5 Vordingen der Osmanen unter Süleyman I.

Sultan Süleyman I. versuchte als erster osmanischer Herrscher, Wien zu erobern. Unter ihm erreichte das Osmanische Reich seine größte Ausdehnung. Seit längerer Zeit waren die Osmanen die vorherrschende Macht im östlichen Mittelmeer. 1520 dehnte es seinen Einflussbereich auch auf den westlichen Teil aus, wo es Venedig verdrängte. 1521 eroberten sie Belgrad und ein großer Teil des Adels und der Bauern in Serbien, Bosnien und der Herzegowina hatten sich den neuen Herrschern gebeugt und waren nun zum Islam übergetreten. Ungarn wurde 1526 erobert und machte 1529 den Weg nach Wien frei.

3.1.6 Schlacht bei Mohács (1526)

In der Schlacht bei Mohács erlitt das Heer des Königreiches Ungarn unter König Ludwig II. und Pál Tomori am 29. August 1526 gegen die Osmanische Armee unter Süleyman I. bei Mohács in Südungarn eine vernichtende Niederlage. Die Osmanen konnten wenig später große Teile Ungarns und Kroatiens erobern.

Exkurs: Martin Luther und die Türken

In einem gewissen Umfang wurde Luther zum Nutznießer dieser Bedrohung. Kaiser Karl V. (1500–1558) musste alle seine Kräfte bündeln und sich auf die Gegenwehr konzentrieren. Da er auch die Stände und Fürsten einbeziehen musste, zeigte sich der Kaiser gegenüber den aufkommenden Religionsfragen kompromissbereit und nahm auf konfessionelle Zugehörigkeit keine Rücksicht. Die Reformation und Luther konnten so von der Gefahr der Türken profitieren.

Die osmanische Bedrohung verbreitete nicht nur bei Martin Luther Angst und Schrecken, sie sorgte insgesamt für eine Zukunftsangst des Abendlandes. Bereits seit den 1520er Jahren hatte sich Luther zur Türkengefahr geäußert, und obwohl er keinen Kontakt mit Muslimen hatte, besaß er gute Kenntnisse über den Islam. Er sah den Islam aber nicht nur aus einem negativen Blickwinkel, er hob auch die positiven Eigenschaften hervor, zu denen er „Treue, Freundlichkeit und Ehrlichkeit“ zählte.

Die Osmanen bedrohten Westeuropa, und trotzdem hatte Luther eine differenzierte Haltung gegenüber den Türken. Er lehnte einen Kreuzzug ab und blieb bei seiner Überzeugung, „dass die Türken nicht

wegen ihres Glaubens angegriffen werden sollten“. Seiner Meinung nach sollten die Christen sich um ihr eigenes Leben kümmern und eher den Papst bekämpfen, als die Türken anzugreifen.

Es war ein Schock für das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, als im Herbst 1529 türkische Streitkräfte vor Wien standen. Das Vorrücken der Türken nahm Martin Luther zum Anlass, drei sogenannte Türkenschriften zu verfassen: *Vom Kriege wider die Türken* (1528, WA 30,2; 107–148), *Heerpredigt wider die Türken* (1530, WA 30,2; 160–197) und *Vermahnung zum Gebet wider den Türken* (1541, WA 51, 585–625). Er reagierte damit auf eine mögliche Bedrohung des Abendlandes, verstand den Türkenangriff als Strafe Gottes und forderte zur kriegerischen Gegenwehr, nicht zum Angriff, auf.

Luther verurteilte die Expansionskriege der Türken als eine weltliche Herrschaft des Islam und sagte gleichzeitig, dass die Türken Diener des Teufels seien. Den regierenden Kaiser forderte er auf für „Sicherheit, Ruhe und Stabilität zu sorgen“ und gegen die Bedrohung einzuschreiten. Später verschoben sich die Aspekte. Luther meinte nun zwei Mächte erkannt zu haben, die gegen das Christentum vorgehen, nämlich das Papsttum und die „Türken“; und die Erfolge der osmanischen Heere interpretierte er als Gottesstrafe.

3.1.7 Erste Wiener Türkenbelagerung (1529)

Die Erste Wiener Türkenbelagerung oder zutreffender Erste Wiener Osmanenbelagerung war ein Höhepunkt der Türkenkriege zwischen dem Osmanischen Reich und den christlichen Staaten Europas. Sie fand im Rahmen des ersten österreichischen Türkenkrieges statt. Vom 27. September bis zum 14. Oktober 1529 schlossen osmanische Truppen unter dem Kommando von Sultan Süleyman I. dem Prächtigen Wien ein, das damals Hauptstadt der Habsburgischen Erblande und eine der größten Städte Mitteleuropas war. Unterstützt von anderen Truppen des Heiligen Römischen Reichs konnten sich die Verteidiger behaupten.

1532 begann Süleyman einen zweiten Versuch Wien zu erobern. Die Truppen wurden zurückgeworfen und in der Schlacht im Fahrawald vernichtend geschlagen. Kaiser Karl V. hatte sich rechtzeitig mit den protestantischen Reichsständen im Nürnberger Religionsfrieden geeinigt und war so in der Lage, den Invasoren mit einem Heer von annähernd 80.000 Mann entgegenzutreten. Neben den Reichstruppen waren auch Soldaten aus den nichtdeutschen Teilen seines Reichs vertreten, aus Spanien, Italien und den Niederlanden. Die osmanischen Truppen wagten es daher nicht, auf Wien vorzustoßen, sondern zogen nach der vergeblichen Belagerung von Güns plündernd in die Steiermark. 1533 schlossen beide Parteien einen Friedensvertrag, der Ungarn aufteilte: Die Habsburger behielten das sogenannte Königliche Ungarn, der Rest musste an das Osmanische Reich abgetreten werden.

3.1.8 Zweite Wiener Türkenbelagerung (1683)

Die Zweite Wiener Türkenbelagerung (oder zutreffender: Zweite Wiener Osmanenbelagerung) im Jahr 1683 war – wie die Erste von 1529 – ein erfolgloser Versuch des Osmanischen Reichs, Wien einzunehmen. Sie dauerte vom 14. Juli bis zum 12. September, als ein von Polens König Johann III. Sobieski befehligtes Entsatzheer die osmanische Armee des Großwesirs Kara Mustafa Pascha in der Schlacht am Kahlenberg zum Rückzug zwang.

3.1.9 Großer Türkenkrieg (1683–1699)

Der Große Türkenkrieg zwischen der Heiligen Liga europäischer Mächte und dem Osmanischen Reich, auch als Großer Türkenkrieg Leopolds I. oder 5. Österreichischer Türkenkrieg bezeichnet, dauerte von 1683 bis 1699. Unter seinem neuen Großwesir und Oberbefehlshaber Kara Mustafa versuchte das Osmanische Reich 1683 zum zweiten Mal (nach der Ersten Wiener Türkenbelagerung 1529), die Kaiserstadt Wien zu erobern und das Tor nach Zentraleuropa aufzustoßen. Das Scheitern dieser Belagerung führte zur kaiserlichen Gegenoffensive, in deren Verlauf die Osmanen aus dem Gebiet des Königreichs Ungarn vertrieben wurden und die Dreiteilung Ungarns zu Gunsten der Habsburger ein Ende fand.

3.2 Knabenlese

Als Knabenlese, eingedeutscht aus Dewschirme (osmanisch دوشيرمه *Devşirme*, von *devşirmek* / دوشيرمك/ ‚pflücken, sammeln'), auch Knabenzins, bezeichnet man das System der im Osmanischen Reich seit dem späten 14. bis ins frühe 18. Jahrhundert praktizierten Aushebung bzw. Zwangsrekrutierung und -bekehrung, bei der christliche, vorwiegend männliche Jugendliche aus ihren Familien verschleppt und islamisiert wurden, um sie anschließend zum Teil an hervorgehobener Stelle im Militär- und Verwaltungsdienst des Reiches einzusetzen; vor allem die Infanterie der Osmanen, die Elitetruppe der Janitscharen, rekrutierte sich zeitweise überwiegend aus der Knabenlese, „einer der eigenartigsten Erscheinungen der türkischen Geschichte".

Zum ersten Mal erwähnt wird Devşirme in einer Rede des Metropoliten von Thessaloniki aus dem Jahr 1395; der zweitälteste Beleg ist ein Brief von Sinan Pascha an die Einwohner von Ioannina aus dem Jahr 1430, unter Murad II. (1404–1451) gilt es bereits als systematisiert. Dabei wurden nach Art einer Steuererhebung von den christlichen Untertanen des Reichs, vor allem auf dem Balkan, aber auch in Anatolien, in unregelmäßigen Abständen (jährlich, fünfjährlich, alle vier Jahre u. a. m.) und in unterschiedlicher Intensität (jede 40. Familie) junge Männer im Alter von acht bis maximal 20, meist mit 14 Jahren, ausgehoben. Die Bevölkerung der teilautonomen Klientelstaaten wie Moldawien oder die Walachei waren nicht betroffen. Als Hauptrekrutierungsgebiete galten Bosnien, die Herzegowina und Albanien.

Die Auswahl erfolgte normalerweise nach einem festgelegten Verfahren: ein höherer Janitscharenoffizier, der *Yayabaşı*, bereiste in Begleitung eines Sekretärs und einiger Soldaten die einzelnen Gerichtsbezirke (*kaza*), wo die (orthodoxen) Priester im Beisein der Väter die Taufregister vorzulegen hatten, um nur christlich getaufte Kinder auszuwählen. Die Knaben durften nicht einziger Sohn sein, kein Türke, kein Muslim und keine Waise und mussten einen ordentlichen Leumund besitzen.

Bewaffneter Widerstand der Eltern konnte mit Hinrichtung noch auf der Schwelle des Hauses bestraft werden. Juden, Muslime und Zigeuner waren von der Devşirme ausgenommen. Die städtische Bevölkerung, vor allem im europäischen Teil des Reichs, galt im Allgemeinen als exemt (Konstantinopel, Galata, Nauplia). Auch hier gab es aber Ausnahmen, so dass u. a. auch Athen betroffen war. Ausgenommen waren die griechischen Inseln, vor allem Chios und Rhodos, ebenso bestimmte Berufsgruppen (Handwerker).

In Gruppen von 100 bis 150 wurden die etwa 10.000 Knaben aus der Devşirme nach Istanbul geführt, wo sie freiwillig oder gegen ihren Willen das islamische Glaubensbekenntnis ablegten und beschnitten wurden.

3.2.1 Sokollu Mehmed Pascha

Sokollu Mehmed Pascha (serbokroatisch *Mehmed-paša Sokolović*/Мехмед паша Соколовић, türkisch *Sokollu Mehmet Paşa*; * um 1505 in Sokol bei Rudo, Sandschak Bosnien als *Bajo Nenadić*, genannt *Bajica*; † 12. Oktober 1579 in Istanbul) war ein Militärbefehlshaber und Großwesir des Osmanischen Reiches.

Sokollu Mehmed Pascha stammte aus der bedeutenden Familie der Sokolović aus dem Dorf Sokol bei Rudo, die am linken Ufer der Drina in der Region um Višegrad ansässig war, und wurde durch einen serbisch-orthodoxen Geistlichen auf den Namen Bajica getauft. Durch die Knabenlese kam er nach Istanbul, wo er zum Islam übertreten musste. Dort sollte er zum Janitscharen ausgebildet werden. Da er jedoch für klug gehalten wurde, kam er nach einiger Zeit in die Palastschule (Enderun), in der er eine umfassende Bildung erhielt.

Er gewann das Vertrauen Süleymans I. und wurde 1546 zum Kapudan Pascha der türkischen Flotte ernannt. 1549 stieg er zum Beylerbey Rumeliens auf. In einem Feldzug gegen Österreich und Erdelien eroberte er 1551/52 das Banat von Temesvár. 1555 stieg er zum Dritten Wesir, 1561 zum Zweiten und 1565 schließlich zum Großwesir des Osmanischen Reiches auf. Unter seinem Schwiegervater Selim II. herrschte Sokollu Mehmed Pascha de facto uneingeschränkt über das Osmanische Reich. Sokollu Mehmed Pascha protegierte eine Reihe von Verwandten und Bekannten, wie den Chronisten Aşık Çelebi,

und verschaffte ihnen Posten im Osmanischen Reich. Zu seiner Zeit zählte die Südslawische Sprache (Štokavisch) zu den Hofsprachen der Hohen Pforte. Sein bekanntester Protege war Sokollu Mustafa Pascha, der langjährige Beylerbey von Buda.

3.2.2 Die Brücke über die Drina

Die Brücke über die Drina (serbokroatisch *Na Drini ćuprija*/На Дрини ћуприја) ist ein historischer Roman von Ivo Andrić. Der Titel bezieht sich auf die Mehmed-Paša-Sokolović-Brücke in Višegrad.

Inhaltsangabe: https://www.dieterwunderlich.de/Andric_bruecke_drina.htm

3.3 Balkankrise (1875–1878)

Als Balkankrise oder Orientalische Krise bezeichnet man die von der Balkanhalbinsel ausgehende Krise zwischen den europäischen Großmächten in den Jahren 1875–1878, die mit den Unabhängigkeitsbestrebungen der Balkanvölker vom Osmanischen Reich eng in Verbindung stand und zum Russisch-Osmanischen Krieg (1877–1878) sowie zum Frieden von San Stefano (1878) führte. Die Krise endete mit dem Berliner Kongress, der die politische Karte des Balkans bzw. Südosteuropas neu gestaltete.

3.3.1 Vorgeschichte

Die Balkanhalbinsel erwies sich im 19. Jahrhundert durch die innenpolitischen Probleme des Osmanischen Reiches und das Streben nach Souveränität seiner in der Region größtenteils christlichen und slawischen Bevölkerung als Krisenherd. Die Orientalische Frage über den Fortbestand des Osmanischen Reiches führte zu mehreren militärischen Auseinandersetzungen.

Russland nahm aus zwei Gründen an dieser Befreiungsbewegung teil:

- Erstens war eine Unterstützung der Balkannationen für Russland innenpolitisch durch die stärker werdende Ideologie des Panslawismus wichtig geworden.
- Zweitens war das hintergründige Ziel Russlands sein strategisches Interesse an einem freien Zugang zum Mittelmeer durch den Bosporus.

Während des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 kündigte Russland den Pariser Frieden von 1856. Es erreichte 1871 auf der Pontuskonferenz in London mit Unterstützung Bismarcks die Aufhebung der Neutralität und Entmilitarisierung des Schwarzen Meeres. Die Durchfahrt durch den Bosporus und durch die Dardanellen war weiterhin von der Zustimmung des Osmanischen Reiches abhängig.

3.3.2 Ausbruch

Im Juli 1875 brachen in der Herzegowina, in Bosnien und in Thrakien (Stara-Sagora-Aufstand) Aufstände der christlichen Bevölkerung gegen die osmanische Unterdrückung aus. Dem schlossen sich Montenegro und Serbien im serbisch-türkischen Krieg an, ebenso wie Bulgarien im Aprilaufstand 1876. Aber die türkischen Truppen behielten wider Erwarten die Oberhand und nahmen „grausame Rache an den Aufständischen“. Dadurch wurden die europäischen Großmächte auf den Plan gerufen, allen voran Russland, die selbsternannte Schutzmacht der orthodoxen Christen am Balkan.

Die Hohe Pforte unter Sultan Abdülhamid II. lehnte jedoch auf der in Konstantinopel einberufenen Botschafterkonferenz innere Reformen ab. Im Budapester Vertrag sicherte sich Russland die österreichische Neutralität. Unter dem Vorwand, Ausschreitungen gegen Christen verhindern zu müssen und ihre Lage zu verbessern, eröffnete Russland den Krieg. Verbündete waren Serbien, Rumänien und Montenegro sowie bulgarische Freiwillige. Die russischen Truppen besetzten die Donautiefebene, den Schipkapass der nach Ostrumelien führt, nahmen Plewen Stara Sagora ein und marschierten in Richtung Konstantinopel.

Im März 1878 wurde der Frieden von San Stefano ausgehandelt. Dabei war neben der Vergrößerung Serbiens, Rumäniens und Montenegros vor allem die Wiederherstellung Bulgariens als Staat, und zwar als dem Sultan nominell tributpflichtiges Fürstentum, vorgesehen. Die Wiederherstellung eines bulgarischen Staates in den von der Konstantinopeler Konferenz vorgeschlagenen Grenzen war jedoch gegen den Budapester Vertrag und wäre auf Kosten des Osmanischen Reiches erfolgt, das fast alle seine

Besitzungen auf der Balkanhalbinsel verloren hätte. Der gewachsene russische Einfluss auf den Balkan führte daher zu Protesten der anderen Großmächte der europäischen Pentarchie. Österreich-Ungarn hatte ein lebhaftes Interesse an den nördlichen Balkanländern und somit auch an einer Revision des Ergebnisses von San Stefano. Großbritannien fürchtete das Erstarken des russischen Einflusses im Mittelmeer, das es aufgrund der Verbindung über den Sueskanal nach Britisch-Indien als eigene strategische Interessensphäre betrachtete. Außerdem sah es das europäische Gleichgewicht gefährdet. Beide Staaten drohten Russland mit Krieg. Das Deutsche Reich unter Reichskanzler Bismarck lud die Kontrahenten zur Friedensvermittlung zum Berliner Kongress, aus europäischem, aber auch aus deutschem Interesse: Russland und Österreich waren beide feste Bestandteile im Bündnissystem Bismarcks. Die deutsch-russischen Beziehungen litten sehr unter der Situation, daher suchte Bismarck zunächst den Zweibund mit Österreich-Ungarn, um somit eine stärkere Position gegenüber Russland einnehmen zu können.

3.3.3 Beilegung

Im Juni und Juli 1878 wurde auf dem Berliner Kongress die Selbständigkeit Rumäniens, Serbiens und Montenegros beschlossen. Das Fürstentum Bulgarien erhielt weitgehende Autonomie, blieb aber trotzdem tributpflichtig. Es verlor gegenüber den Vereinbarungen von San Stefano Makedonien wieder an die Osmanen und musste vorerst auch Ostrumelien, das selbst autonom wurde, aufgeben. Russland erhielt lediglich Südbessarabien und Teile Armeniens (Kars), England erlangte Zypern und Österreich-Ungarn besetzte Bosnien-Herzegowina und den Sandschak Novi Pazar.

Als Ergebnis wurde der Frieden auf Kosten Russlands erhalten, jedoch ließ sich eine Verstimmung auf der russischen und österreichischen Seite feststellen. Russland hätte sich vom Deutschen Reich eine bessere Vermittlung gewünscht und Österreich war weiterhin mit Russland wegen der Balkangebiete im Zwist. Das Osmanische Reich hielt die meisten seiner europäischen Besitzungen, die kleinen Balkanländer konnten ihre nationalen Bestrebungen noch nicht durchsetzen. Dies änderte sich jedoch schon bald in den Balkankriegen.

3.4 Berliner Kongress (1878)

Der Berliner Kongress war eine Versammlung von Vertretern der europäischen Großmächte Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Italien und Russland sowie des Osmanischen Reiches, auf der die Balkankrise beendet und eine neue Friedensordnung für Südosteuropa ausgehandelt wurde. Der in Berlin stattfindende Kongress begann am 13. Juni 1878 und endete am 13. Juli 1878 mit der Unterzeichnung des Berliner Vertrages.

3.4.1 Ergebnisse für das Deutsche Reich

Insgesamt war der Kongress für das Deutsche Reich ein großer Erfolg, da die Mächte die faktische Stellung der neuen europäischen Großmacht durch ihren Besuch in Berlin anerkannten. Auch konnte Bismarck demonstrieren, dass er die deutsche Machtstellung nicht zu weiterer nationaler Expansion einzusetzen gedachte: Das Reich zeigte sich demonstrativ saturiert. Theodor Schieder sieht in der bismarckschen Kongressdiplomatie eine erfolgreiche Verwirklichung des im Kissinger Diktat vom Juni 1877 entworfenen Idealbilds „nicht … irgendeines Ländererwerbs, sondern das einer politischen Gesamtsituation, in welcher alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen, und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden.“

3.4.2 Für Österreich-Ungarn

Für Österreich-Ungarn war der Berliner Kongress nur vordergründig ein Erfolg. Außer den verschlechterten Beziehungen zu Russland folgten daraus große innenpolitische Probleme bezüglich der staatlichen Integration Bosniens. Auf die Dauer machte sich auch der Unmut Serbiens bemerkbar, dessen Regierung sich Hoffnung auf Gebietsgewinne in Bosnien gemacht hatte. Unmittelbar nach 1878 war in Serbien aber der Zorn auf Russland größer, denn man fühlte sich von seinem großen slawischen Verbündeten zu Gunsten Bulgariens im Stich gelassen.

3.4.3 Für Serbien und Bulgarien

Auf dem Balkan führte dies zu einem scharfen serbisch-bulgarischen Antagonismus. In drei Kriegen (Serbisch-Bulgarischer Krieg 1885/1886, Zweiter Balkankrieg 1913, Erster Weltkrieg) standen sich beide Länder als Feinde gegenüber und kämpften um den Besitz Mazedoniens. Für die Bulgaren war der Berliner Friedensvertrag eine große Enttäuschung. Sie waren mit den gezogenen engen Grenzen erwartungsgemäß unzufrieden. Als Reaktion gegen die Entscheidungen des Berliner Kongresses brach im Herbst 1878 im Nordosten Makedoniens der Kresna-Raslog-Aufstand aus, der allerdings von regulären osmanischen Truppen unterdrückt werden konnte. Die bulgarische Außenpolitik war bis zum Ersten Weltkrieg konstant darauf ausgerichtet, jene Gebiete zu gewinnen, die Russland den Bulgaren in San Stefano versprochen hatte.

3.4.4 Für das Osmanische Reich

Für das Osmanische Reich war das Ergebnis des Berliner Kongresses zwiespältig. Auf der einen Seite stand es deutlich besser da, als es bei einer Verwirklichung des Friedensvertrags von San Stefano der Fall gewesen wäre. Auch hatten die Großmächte die Vertreter der Hohen Pforte in Berlin als Teilnehmer des „europäischen öffentlichen Rechts und Konzerts“ anerkannt, wie sie es 1856 im Dritten Pariser Frieden zugesagt hatten. Gleichwohl waren die Verluste gegenüber dem Zustand vor Ausbruch der Orientalischen Krise gravierend, und es war deutlich, dass das Osmanische Reich nur Objekt der Verhandlungen, aber kaum verantwortlich gestaltender Teilnehmer war. Der Berliner Kongress und die ausländische Verwaltung seiner Staatsschulden, die das bankrotte Osmanenreich 1881 zugestehen musste, zeigten, dass das einst mächtige Reich zum Kranken Mann am Bosporus geworden war: ein Spielball der Großmächte, das seine Territorien nur deshalb nicht gänzlich verlor, weil Großbritannien, Russland und Österreich-Ungarn sich nicht über die Verteilung einigen konnten. Hinzu kam das Problem des Nationalismus der Balkanvölker, dem in Berlin zumindest teilweise nachgegeben worden war. Er entlud sich Anfang des 20. Jahrhunderts in mehreren antitürkischen Aufständen und führte im Ersten Balkankrieg zum Verlust aller europäischen Provinzen des Reichs.

3.4.5 Für Großbritannien

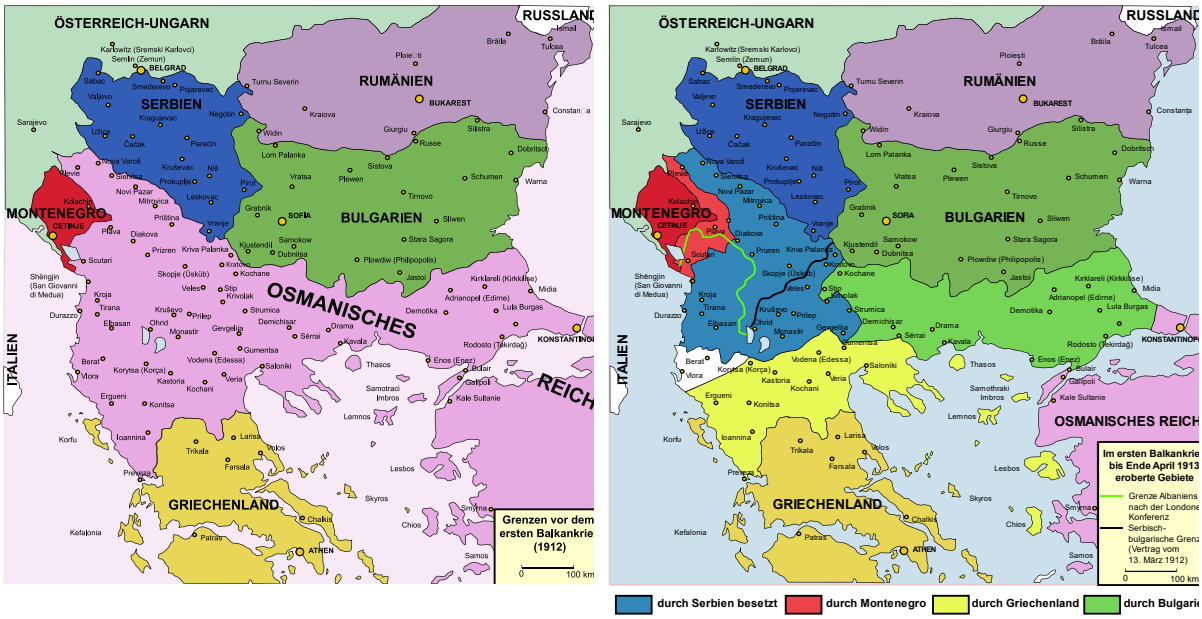
Uneingeschränkt zufrieden mit den Ergebnissen des Berliner Kongresses war die britische Regierung, denn man hatte Russland erfolgreich aus dem Mittelmeer ferngehalten und zusätzlich Zypern als Flottenbasis gewonnen. Außenminister Lord Salisbury wurde für seine Verhandlungserfolge mit dem Hosenbandorden ausgezeichnet. Premierminister Disraeli äußerte sich daher auch sehr zufrieden über Bismarcks Verhandlungsführung. Das deutsch-britische Verhältnis war noch lange danach von einer gegenseitigen wohlwollenden Neutralität geprägt.

3.4.6 Wertung

Die Wertung des Berliner Kongresses und seiner Ergebnisse ist in der historischen Forschung umstritten. Wegen des offen imperialistischen Feilschens über Territorien ohne jede Rücksicht auf die nationalen Rechte der ansässigen Bevölkerung und wegen der kurzfristigen und kurzsichtigen Politik, die sich dabei zeigte, ist er zum Teil heftig kritisiert worden. Der britische Historiker A.J.P. Taylor urteilt, dass der Friede von San Stefano Südosteuropa größere Stabilität gebracht hätte; der Berliner Vertrag habe dagegen nur eine wacklige und instabile Wiederherstellung der osmanischen Herrschaft über die Balkanvölker gebracht, die nicht von langer Dauer habe sein können. Dem wird die Wahrung des Friedens in Europa gegenübergestellt, auch wenn dies nur für die Beziehungen zwischen den europäischen Großmächten galt und die Verhältnisse auf dem Balkan auch in der Folgezeit krisenhaft und friedensgefährdend blieben.

3.5 Balkankriege (1912-1913)

Die Balkankriege waren zwei Kriege der Staaten der Balkanhalbinsel in den Jahren 1912 und 1913 im Vorfeld des Ersten Weltkriegs. Als Folge wurde das Osmanische Reich in Europa bis in die heutigen Grenzen der Türkei verdrängt und musste große Gebiete an die Nachbarländer abtreten.



3.5.1 Erster Balkankrieg (1912)

Montenegro erklärte dem Osmanischen Reich am 25. September[jul.] / 8. Oktober 1912[greg.] und am 16. Oktober das Osmanische Reich Bulgarien den Krieg. Am Tag darauf erklärten Serbien, Bulgarien und Griechenland gemeinsam dem Osmanischen Reich den Krieg.

Die folgenden militärischen Niederlagen des Osmanischen Reiches, das durch den 1912 verlorenen Italienisch-Türkischen Krieg und verschiedene Aufstände in den Balkanprovinzen schon vorher geschwächt war, belegten, dass es seine europäische Herrschaft nicht länger aufrechterhalten konnte.

Unter Vermittlung der europäischen Großmächte kam es ab Dezember 1912 in London zu Friedensverhandlungen. Mit der Unterzeichnung des Londoner Vertrags endete der Krieg am 30. Mai 1913.

Die Osmanen verzichteten auf alle europäischen Gebiete westlich der Linie zwischen Midia am Schwarzen Meer und Enez an der Ägäisküste, ihre jahrhundertelange Herrschaft auf der Balkanhalbinsel fand damit binnen weniger Monate ihr Ende. In der Folge kam es zu einer Massenflucht hunderttausender Muslime nach Kleinasien. Die siegreichen Staaten verboten in denen von ihnen eroberten Gebieten *mohammedanische* Kleidung, Moscheen wurden dem Verfall preisgegeben oder in Kirchen umfunktioniert bzw. zurückgewandelt.

Die Unabhängigkeit Albaniens wurde anerkannt. Mit italienischer und deutscher Unterstützung konnte Österreich-Ungarn erreichen, dass der neu entstandene Staat auch Gebiete zugesprochen bekam, die im Kriegsverlauf von den Staaten des Balkanbundes besetzt worden waren. Die Festlegung der albanischen Grenze sah schließlich ein Territorium vor, das knapp die Hälfte des albanischen Siedlungsraumes umfasste. Dies war eine Niederlage für Serbien und Griechenland, die sich zuvor auf eine Aufteilung der albanischen Gebiete geeinigt hatten. Durch die Schaffung Albaniens erreichte die Wiener Diplomatie ihr Ziel, Serbien von der Adria fernzuhalten. In der Frage des serbischen Adriazugangs bei Skutari stießen die russische und die österreichische Balkanpolitik direkt aufeinander; es kam zu einer schweren internationalen Krise.

3.5.2 Zweiter Balkankrieg (1913)

Nach der vereinbarten Waffenruhe mit den Osmanen kam es wenig später zum Streit über die Verteilung der Territorien. Die bulgarische Führung war nicht zufrieden mit der den Vorkriegsvereinbarungen widersprechenden Grenzziehung in Makedonien und verlangte von Serbien die Abtretung von diesem okkupierter Gebiete. Darüber hinaus überschätzte die bulgarische Regierung die Stärke der eigenen Armee und verkannte auch die strategische Lage auf dem Balkan, die sich mit dem Verteidigungsbündnis vom 19. Mai 1913 zwischen Belgrad und Athen manifestierte. Die Serben waren damit unzufrieden, dass Albanien ihren angestrebten Zugang zur Adria versperrte. Rumänien, das im Ersten Balkankrieg neutral geblieben war, agierte im Zweiten Balkankrieg selbstständig gegen Bulgarien. Das Osmanische Reich ergriff schließlich ebenfalls die Gelegenheit, während der Kriegshandlungen zwischen den serbischen, griechischen und bulgarischen Truppen verlorene Territorien zurückzugewinnen.

In der Nacht vom 29. Juni 1913 griffen bulgarische Truppen gleichzeitig die griechischen und serbischen Armeen an, ohne dass Bulgarien den beiden Staaten offiziell den Krieg erklärt hatte. Die Kämpfe zwischen Serres und Saloniki endeten mit einem Sieg der vorbereiteten Verteidiger. Serbien und Griechenland erklärten Bulgarien am 8. Juli 1913 den Krieg. Am 10. Juli folgte die Kriegserklärung Rumäniens, am 11. Juli die des Osmanischen Reiches. Damit wurde Bulgarien von allen Seiten angegriffen. Die Masse seiner Streitkräfte war zu dem Zeitpunkt in heftige Kämpfe mit griechischen Verbänden verwickelt. Ohne nennenswerten Widerstand erreichten daher die rumänischen Truppen binnen weniger Tage die Vororte von Sofia, während die osmanischen Truppen am 21. Juli in das nicht verteidigte Adrianopel einmarschierten. Das gegen diese Kräftekoalition weit unterlegene Bulgarien musste sich innerhalb weniger Wochen geschlagen geben. In den letzten Kriegstagen zeichneten sich auch noch Auseinandersetzungen zwischen verbündeten griechischen und serbischen Verbänden in der Region Kozani ab.

Der größte Teil der Region Makedonien fiel an Griechenland (das Ägäis-Makedonien) und Serbien (das Vardar-Mazedonien, heutiges Nordmazedonien), der Süden der Dobrudscha ging an Rumänien und Ostthrakien mit Adrianopel zurück an das Osmanische Reich. Der Eintritt Rumäniens im Krieg gegen Bulgarien „vergiftete“ das Verhältnis zwischen den beiden Ländern für Jahre. Noch heute spürt man eine Animosität im Verhalten beider Länder zueinander. Solche Feindschaften gibt es jedoch zwischen vielen Balkanvölkern, ausgelöst vor allem durch die vielen Kriegsverbrechen. Bulgarien behielt vorerst nur einen kleinen Teil der östlichen Region Makedoniens. Mit dem Eingreifen Russlands in die Verhandlungen erhielt Bulgarien letztendlich mit dem Vertrag von Konstantinopel am 29. September 1913 mit Westthrakien doch noch einen Zugang zur Ägäis. Dies verursachte einen neuen Konflikt mit Griechenland, das die Region für sich beanspruchte. Die Osmanen hatten am Ende des Zweiten Balkankriegs mit Hilfe der Freischärler von „Teşkilât-ı Mahsusa“ – einer osmanischen, meist von der Hohen Pforte unabhängig agierenden, jedoch vom Militär unterstützten Geheimorganisation – Ostthrakien mit Edirne (Adrianopel) zurückerobert und wie später beim Völkermord an den Armeniern nahezu die gesamte bulgarische Minderheit dort vertrieben oder ermordet.

3.5.3 Folgen und Bewertung

Die Kriege forderten an toten und verwundeten Soldaten: Serbien 71.000, Montenegro 11.200, Bulgarien 156.000, Griechenland 48.000 und Osmanisches Reich rund 100.000. Nicht einberechnet sind dabei Opfer unter den Zivilisten.

Die Balkankriege waren Wegbereiter für den Eintritt der südosteuropäischen Staaten in den Ersten Weltkrieg. Das Osmanische Reich trat ebenso wie das auf dem Balkan isolierte Bulgarien an der Seite der Mittelmächte in den Krieg ein. Beide Mächte strebten eine Revision der neu gezogenen Grenzen an.

Im Gegensatz zum Leitbild der „politischen Kriege“, das zu dieser Zeit in Europa herrschte, waren die Balkankriege von einem hohen Maß an ethnisch begründeter Gewalt geprägt. Alle Seiten ermordeten und vertrieben zahlreiche Zivilisten der jeweils anderen Völker. Der Frieden von Konstantinopel von 1913 gilt als der erste Friedensvertrag der Geschichte, der einen geplanten Bevölkerungsaustausch zwischen den Vertragspartnern mit dem Ziel einer ethnischen Entmischung vorsah. Im Frühsommer

1914 folgte ein ähnliches Abkommen zwischen Griechenland und dem Osmanischen Reich, das wegen des beginnenden Ersten Weltkrieges jedoch kaum umgesetzt wurde.

Die Balkankriege und der folgende Erste Weltkrieg vergifteten für Jahrzehnte die Beziehungen zwischen den Balkanvölkern.

Der Krieg vertiefte die Spaltungen innerhalb der Donaumonarchie Österreich-Ungarn. Teile der slowenischen und kroatischen intellektuellen Eliten und Politiker zeigten offen Sympathien für die Serben. Am 20. Oktober traf sich in Ljubljana das erste kroatisch-slowenische Parlament, das sich für eine trialistische Lösung einsetzte (gleiches Mitspracherecht für alle slawischen Völker in der Donaumonarchie, gegen den österreichisch-ungarischen Dualismus). So wie die meisten anderen europäischen Politiker prognostizierte man auf k.u.k-Seite einen Sieg des Osmanischen Reiches. Österreich-Ungarn wollte unbedingt einen Zugang der Serben zur Adria verhindern und versuchte entsprechend politischen Einfluss auf Serbien zu nehmen. Demgegenüber meinten slowenische und kroatische Politiker, dass der Stabilität der Monarchie am besten gedient wäre, wenn man auch die Interessen der slawischen Völker, die außerhalb der Donaumonarchie lebten, berücksichtigen und diese nicht mit faulen Kompromissen abspeisen würde.

3.6 Jugoslawienkriege (1991-2001)

Jugoslawienkriege (fälschlich auch Balkankriege), treffender jugoslawische Nachfolgekriege, bezeichnet eine Serie von Kriegen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien gegen Ende des 20. Jahrhunderts, die mit dem Zerfall des Staates verbunden waren.

Im Einzelnen handelte es sich um den 10-Tage-Krieg in Slowenien (1991), den Kroatienkrieg (1991–1995), den Bosnienkrieg (1992–1995), den kroatisch-bosniakischen Krieg (1992–1994) im Rahmen des Bosnienkriegs, den Kosovokrieg (1998–1999) und den albanischen Aufstand in Mazedonien (2001).

Nach Volksabstimmungen, die jedoch nicht die Verpflichtung zum gegenseitigen Einverständnis bei der Neuregelung von Grenzveränderungen berücksichtigten, erklärten zunächst Slowenien und Kroatien im Juni 1991 ihre Unabhängigkeit, gefolgt von Mazedonien (November 1991) und Bosnien und Herzegowina (März 1992). Im Laufe der Konflikte versuchte die Jugoslawische Volksarmee (JNA), unter der Führung von Veljko Kadijević und Blagoje Adžić, die Unabhängigkeitsbestrebungen in Slowenien (10-Tage-Krieg) und Kroatien militärisch zu vereiteln. 1992 weitete sich der Krieg auch auf Bosnien und Herzegowina aus.

3.6.1 Zehn-Tage-Krieg in Slowenien (1991)

Der 10-Tage-Krieg (auch Slowenien-Krieg; Slowenischer Unabhängigkeitskrieg) war ein vom 26. Juni bis zum 7. Juli 1991 andauernder militärischer Konflikt in Jugoslawien infolge der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens vom 25. Juni 1991 zwischen der Jugoslawischen Volksarmee und der slowenischen Territorialverteidigung. Der Krieg wurde durch Unterzeichnung des Brioni-Abkommens beendet. Er gilt als Beginn der kriegerischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien.

3.6.2 Kroatienkrieg (1991–1995)

Als Kroatienkrieg (kroatisch *Domovinski rat* = Heimatkrieg) wird im Rahmen der Jugoslawienkriege der Krieg in Kroatien zwischen 1991 und 1995 bezeichnet. Während des Krieges kämpfte die kroatische Armee gegen die Armee der selbstproklamierten *Republik Serbische Krajina* (RSK). Die RSK wurde militärisch von der Jugoslawischen Volksarmee (JNA), serbischen paramilitärischen Einheiten sowie durch die Serbische Freiwilligengarde unterstützt. In den Anfangstagen des Krieges wirkten in Kroatien auch die *Hrvatske obrambene snage* (HOS) (Kroatische Verteidigungskräfte), diese wurden ab dem 23. November 1991 schrittweise in die reguläre kroatische Armee integriert. Einige Mitglieder der HOS schlossen sich nicht der kroatischen Armee an, sondern beteiligten sich an den dann aufkommenden Gefechten in Bosnien und Herzegowina.

Bei einem Referendum im Mai 1991 sprachen sich 94,7 Prozent der Abstimmenden für eine Loslösung der Sozialistischen Republik Kroatien von der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) aus. Dieses Referendum wurde vor allem von den Serben boykottiert, die in der neuen Verfassung

Kroatiens nicht mehr explizit erwähnt wurden und sich zu einer nationalen Minderheit degradiert fühlten. Sie strebten danach eine Loslösung von Kroatien und den Verbleib in der SFRJ an.

Nach sich häufenden gewalttätigen Zusammenstößen versuchte die JNA zunächst, das gesamte kroatische Gebiet unter ihre Kontrolle zu bekommen, scheiterte jedoch an der kroatischen Gegenwehr. Daraufhin beschränkten sich die Kampfhandlungen auf das Gebiet der später gebildeten RSK.

Letztlich konnte die kroatische Armee durch ihren militärischen Sieg die territoriale Integrität Kroatiens innerhalb der international anerkannten Staatsgrenze durchsetzen.

3.6.3 Bosnienkrieg (1992–1995)

Als Bosnienkrieg wird der Krieg in Bosnien und Herzegowina von 1992 bis 1995 im Rahmen der Jugoslawienkriege bezeichnet.

Infolge des beginnenden Zerfalls der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien sowie der damit verbundenen kriegerischen Auseinandersetzungen besonders in Kroatien wuchsen in den Jahren 1990 und 1991 auch die Spannungen zwischen den Ethnien in Bosnien und Herzegowina. Während große Teile der serbischen Bevölkerung für einen Verbleib in der jugoslawischen Föderation und einen engen Verbund mit Serbien plädierten, gab es insbesondere bei den Bosniaken den Wunsch, einen eigenen unabhängigen Staat zu bilden, unter anderem weil sie eine Übermacht Serbiens im nunmehr um Slowenien und Kroatien verkleinerten Jugoslawien befürchteten. Kroaten aus der westlichen Herzegowina wollten sich stärker an Kroatien anlehnen beziehungsweise sich dem neuen kroatischen Staat anschließen. Die Spannungen eskalierten nach der Ankündigung eines Referendums über die Unabhängigkeit der Republik Bosnien und Herzegowina (RBiH) und der Ausrufung einer bosnisch-serbischen Republik. Nach der internationalen Anerkennung der unabhängigen Republik Bosnien und Herzegowina durch die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika am 6./7. April 1992 begann die militärische Eskalation zwischen den Konfliktparteien.

Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Kräften der drei großen ethnischen Gruppen wurden von den jeweiligen nationalistischen Gruppierungen angeheizt und von so genannten *ethnischen Säuberungen* begleitet. Dabei wurden die bosnischen Serben sowohl mit Waffenlieferungen als auch durch Bereitstellung paramilitärischer Truppen von Seiten der Bundesrepublik Jugoslawien unterstützt, während die bosnischen Kroaten Unterstützung bei der Ausbildung der Einheiten, Bewaffnung und Logistik sowie durch die Zurverfügungstellung regulären Militärpersonals zur aktiven Kampfbeteiligung seitens Kroatien erfuhren. Die Bosniaken konnten sich anfangs nur auf leichte Waffen der früheren Territorialverteidigung stützen. Später erhielten sie auch internationale militärische Unterstützung, vornehmlich aus muslimischen Staaten. Jedoch konnten aufgrund des Waffenembargos nur Kleinwaffen ins Land gelangen. Die militärische Übermacht der bosnischen Serben führte dazu, dass diese teilweise bis zu 70 Prozent des Territoriums von Bosnien und Herzegowina eroberten und kontrollierten. Dazu kamen vom Sommer 1992 bis zum Frühjahr 1994 Kämpfe zwischen Kroaten und Bosniaken hauptsächlich in der Herzegowina sowie die Ausrufung der Autonomen Provinz Westbosnien um Velika Kladuša durch den Bosniaken Fikret Abdić, der in Opposition zur Regierung in Sarajevo stand.

Auch internationale Vermittlungsbemühungen sowie der Einsatz von UN-Truppen konnten über lange Zeit den Krieg nicht eindämmen. Nachdem, durch internationalen und internen Druck, Kroatien seine Teilungspolitik in Bosnien beendete und es Kroatien mit seiner Regierungsarmee im Sommer 1995 gelang, die Republik Serbische Krajina zu erobern und die serbische Seite auch in Bosnien in die Defensive zu bringen, zeigten sich die inzwischen ermüdeten Kriegsparteien, auch unter internationalem Druck insbesondere aus den USA, bereit, ernsthafte Verhandlungen über eine Beendigung des Krieges zu führen. Diese Verhandlungen mündeten Ende 1995 in den Dayton-Vertrag. Mit dem Vertrag wurden die beiden Entitäten Föderation Bosnien und Herzegowina und Republika Srpska als Bestandteile von Bosnien und Herzegowina festgeschrieben. Gleichzeitig wurde eine internationale militärische und zivile Kontrolle des Landes vereinbart, die bis heute anhält.

Der Bosnienkrieg forderte etwa 100.000 Tote.

3.6.4 Kroatisch-bosniakischen Krieg (1992–1994)

Als Kroatisch-bosniakischer Krieg wird der bewaffnete Konflikt zwischen Bosniaken und Kroaten in Bosnien und Herzegowina vom 19. Juni 1992 bis 23. Februar 1994 bezeichnet. Der Konflikt zwischen der Republik Bosnien und Herzegowina und der selbsternannten Kroatischen Republik Herceg-Bosna wird oft als „Krieg im Kriege“ bezeichnet, weil er ein Teil des Bosnienkriegs im Rahmen der Jugoslawienkriege war. Schauplatz der kriegerischen Auseinandersetzungen waren vor allem Orte in Zentralbosnien wie Vitez, Bugojno, Novi Travnik, Gornji Vakuf-Uskoplje, Prozor-Rama, Busovača, Vareš, Kreševo, Žepče sowie besonders Mostar in der Herzegowina. In anderen Regionen des Landes arbeiteten Einheiten beider Volksgruppen weiter militärisch zusammen. Der Konflikt wurde unter massivem Druck der Vereinigten Staaten am 18. März 1994 durch das Abkommen von Washington zur Gründung der Föderation Bosnien und Herzegowina beendet.

Auf beiden Seiten wurden Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen, darunter ethnische Säuberungen, massive Plünderungen und vereinzelte Massaker der Zivilbevölkerung. Es wurden Internierungslager betrieben, deren Insassen gefoltert und geschlagen wurden. Dabei wurden auch Frauen misshandelt und vergewaltigt. Für diese Verbrechen wurden Angehörige des Kroatischen Verteidigungsrates (HVO) und der Armee der Republik Bosnien und Herzegowina (ARBiH) bzw. Mudschahedin sowie führende Politiker beider Seiten verantwortlich gemacht und vom Internationalen Strafgerichtshof (ICTY) angeklagt und verurteilt.

3.6.5 Kosovokrieg (1998–1999)

Der Kosovokrieg (auch als Kosovo-Konflikt bezeichnet, albanisch *Lufta e Kosovës*, serbisch Косовски сукоб *Kosovski sukob*) war ein bewaffneter Konflikt in den Jugoslawienkriegen um die Kontrolle des Kosovo vom 28. Februar 1998 bis zum 10. Juni 1999. Der Einsatz der NATO dauerte vom 24. März 1999 als Tag des ersten Luftangriffs bis zum 9. Juni 1999, dem Tag der Einigung bei den Militärverhandlungen.

Anlass für den Angriff der NATO im Rahmen der Operation Allied Force war die Nichtunterzeichnung des Vertrags von Rambouillet durch den serbischen Präsidenten Slobodan Milošević. Offizielles Hauptziel der NATO war, die Regierung Slobodan Miloševićs zum Rückzug der Armee aus dem Kosovo zu zwingen und so weitere serbische Menschenrechtsverletzungen, wie das zuvor verübte Massaker von Račak, zukünftig zu verhindern. Offizielles Ziel Jugoslawiens war der Schutz der serbischen Minderheit im Kosovo und die Abwehr der aus seiner Sicht erfolgten Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates.

Konfliktparteien waren die Befreiungsarmee des Kosovo (UÇK), die jugoslawische Armee und serbische Ordnungskräfte sowie ab 1999 die NATO-Streitkräfte unter Führung der Vereinigten Staaten (USA).

Das mehrheitlich von ethnisch albanischer Bevölkerung bewohnte Gebiet war eine Provinz Serbiens innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien, die zu dieser Zeit aus Serbien und Montenegro bestand.

3.6.6 Albanischen Aufstand in Mazedonien (2001).

Der albanische Aufstand in Mazedonien (mazedonisch Воен конфликт во Македонија од 2001 *Voen konflikt vo Makedonija od 2001*, albanisch *Lufta e vitit 2001 në Maqedoni*) war ein bewaffneter Konflikt zwischen Vertretern der albanischen Minderheit und den mazedonischen Sicherheitskräften vom Januar bis November 2001 im Westen der Republik Mazedonien (heute Nordmazedonien). Er begann mit dem Angriff der albanisch-nationalistischen paramilitärischen Organisation UÇK auf eine Polizeistation in Tearce. Der Konflikt währte den Großteil des Jahres und forderte einige Dutzend Opfer auf beiden Seiten der Konfliktparteien.

Als Kriegsfolge erhielt die albanische Minderheit mit der Unterzeichnung des Rahmenabkommens von Ohrid mehr politische Rechte. Unter anderem ist das Albanische seit Januar 2019, nach dem Mazedonischen, zweite Amtssprache. Auch andere staatliche Behörden verkehren meist bilingual.

4.0 Gegenwart

4.1. Angeklagt

Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (französisch Tribunal pénal international pour l'ex-Yougoslavie, kurz TPIY; englisch International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia, kurz ICTY), umgangssprachlich häufig auch UN-Kriegsverbrechertribunal oder Haager Tribunal genannt, war ein Ad-hoc-Strafgerichtshof mit Sitz im niederländischen Den Haag.

Er wurde durch Resolution 827 des UNO-Sicherheitsrats vom 25. Mai 1993 geschaffen und war zuständig für die Verfolgung schwerer Verbrechen, die seit 1991 in den Jugoslawienkriegen begangen wurden. Als gemeinsame Nachfolgeeinrichtung des ICTY und des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda fungiert seit Juli 2012 der Internationale Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe, der für die Übergangszeit bis 2014 parallel zu den beiden Ad-hoc-Gerichtshöfen bestand.

Die ehemalige Schweizer Chefanklägerin Carla Del Ponte wurde am 1. Januar 2008 durch den Belgier Serge Brammertz abgelöst.

Von den insgesamt 161 angeklagten Personen wurden 84 Personen verurteilt. Das letzte Strafverfahren wurde am 29. November 2017 abgeschlossen. Zum 31. Dezember 2017 wurde der Strafgerichtshof offiziell geschlossen.

4.1.1 Slobodan Milošević

Slobodan Milošević [slɔˈbɔdan miˈlɔːʃɛvitɕ] (kyrillisch Слободан Милошевић, Aussprache?/i; * 20. August 1941 in Požarevac, Serbien; † 11. März 2006 in Den Haag-Scheveningen, Niederlande) war ein kommunistischer und später sozialistischer jugoslawischer und serbischer Politiker. Innerhalb verschiedener politischer Funktionen galt er von 1987 bis 2000 als die bestimmende politische Führungsfigur Serbiens und später der Bundesrepublik Jugoslawien.

Milošević war Parteivorsitzender des Bundes der Kommunisten Serbiens (1986–1989) und außerdem Gründer und langjähriger Vorsitzender der Sozialistischen Partei Serbiens (1990–2006). Milošević fungierte als Präsident der Sozialistischen Republik Serbien (1989–1991), Präsident der Republik Serbien (1991–1997) und Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien (1997–2000).

Im Zusammenhang mit dem Kosovokrieg wurde er 1999 als erstes Staatsoberhaupt noch während seiner Amtsausübung von einem Kriegsverbrechertribunal wegen Völkermordes angeklagt (die Anklage wurde später auch auf die Jugoslawienkriege 1991–1995 ausgedehnt). Nachdem Milošević am 5. Oktober 2000 aufgrund von Massendemonstrationen als jugoslawischer Staatspräsident zurückgetreten war, wurde er auf Betreiben des serbischen Ministerpräsidenten Zoran Đinđić im Jahr 2001 verhaftet und an das UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag ausgeliefert. Der Prozess begann im Jahr 2002, jedoch starb Milošević im Jahr 2006 vor dem Abschluss des Verfahrens, so dass es zu keinem Urteil kam.

4.1.2 Radovan Karadžić

Radovan Karadžić [ˈkaradʒitɕ] (serbisch-kyrillisch Радован Караџић; * 19. Juni 1945 in Petnjica, Jugoslawien) ist ein ehemaliger bosnisch-serbischer Politiker und verurteilter Kriegsverbrecher.

Karadžić war von 1990 bis 1992 Parlamentspräsident der Sozialistischen Republik Bosnien und Herzegowina und von 1992 bis 1996 Präsident der serbischen Teilrepublik von Bosnien und Herzegowina. Im Zusammenhang mit dem Bosnienkrieg lag seit 1996 ein internationaler Haftbefehl des UN-Kriegsverbrechertribunals in Den Haag gegen ihn vor, der am 21. Juli 2008 zu seiner Festnahme in Belgrad führte. Das Haager Tribunal warf ihm vor, während seiner Amtszeit als Präsident Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit befohlen zu haben. Im März 2019 wurde er zu lebenslanger Haft verurteilt.

4.2 Ausgezeichnet

4.2.1 Ivo Andrić

Die Brücke über die Drina (serbokroatisch *Na Drini ćuprija*/На Дрини ћуприја) ist ein historischer Roman von Ivo Andrić. Der Titel bezieht sich auf die Mehmed-Paša-Sokolović-Brücke in Višegrad.

„Die Brücke über die Drina“ gilt als eines der wichtigsten Werke Andrićs und konstitutiv für dessen Auszeichnung mit dem Literaturnobelpreis 1961. Das Buch entstand während einer zurückgezogenen Schaffensperiode des Autors im Zweiten Weltkrieg in Belgrad und wurde im Jahr 1945 veröffentlicht. 1953 erschien Ernst Jonas' Erstübersetzung ins Deutsche. Mit den Romanen „Wesire und Konsuln“ (Originaltitel „Travnička hronika“, deutsche Ersterscheinung 1961) und „Das Fräulein“ („Gospođica“, deutsch 1958), die beide ebenfalls 1945 herauskamen, bildet die *Brücke* die „bosnische Trilogie“ des Autors.

Der Roman umfasst vier Jahrhunderte einer Chronik dieser Region, zunächst unter ottomanischer und später unter österreichisch-ungarischer Herrschaft und erzählt vom Zusammenleben der Nationen und Religionen in der Gegend von Višegrad vor dem Hintergrund der Brücke und der dazugehörigen Karawanserei und des Flusses Drina. Die Handlung setzt ein zur Zeit der Geburt des späteren Großwesirs Sokollu Mehmed Pascha in Rudo 1506, erzählt vom auf dessen Veranlassung erfolgten Bau der Brücke als Verbindung zwischen dem ottomanischen Kernland und dem späteren Bosnien und Herzegowina. Andrić zeichnet die Welt der Menschen an und auf der Brücke, auf deren Mitte Bosnier und Türken, Christen und Muslime, Orient und Okzident aufeinandertreffen. Er erzählt von der Krise des Reiches, der Übernahme Bosniens durch Österreich-Ungarn nach dem Berliner Kongress, dem Aufstieg des Nationalismus und den Krisen und Kriegen bis ins 20. Jahrhundert. Das Buch endet mit der Sprengung der Brücke durch die sich vor den Serben zurückziehende österreichische Armee, als die Drina im Ersten Weltkrieg zur Frontlinie wird.

4.2.2 Peter Handke

In Belgrad beginnend fuhr Peter Handke zusammen mit seiner Frau Sophie Semin und zwei weiteren Reisebegleitern ab Ende Oktober 1995 mit dem Auto für etwa vier Wochen durch Serbien. Über die Motivlage seiner Reise am Ende des Bosnienkriegs, der damals mit der Annahme des Vertrages von Dayton beendet wurde, äußerte er sich wie folgt: „Es war vor allem der Kriege wegen, dass ich nach Serbien wollte, in das Land der allgemein so genannten *Aggressoren*. Doch es lockte mich auch, einfach das Land anzuschauen, das mir von allen Ländern Jugoslawiens das am wenigsten bekannte war, und dabei, vielleicht gerade bewirkt durch die Meldungen und Meinungen darüber, das inzwischen am stärksten anziehende, das, mitsamt dem befremdenden Hörensagen über es, sozusagen interessanteste.“ Stationen der Reise waren neben Belgrad das ostserbische Dorf Porodin, das Kloster Studenica und die Stadt Bajina Bašta an der Grenze zu Bosnien; ihren Abschluss fand sie in Novi Sad. Die Abreise erfolgte über Subotica.

Nach der Veröffentlichung von Handkes Reisebericht, der 1996 unter dem Titel *Eine winterliche Reise zu den Flüssen Donau, Save, Morawa und Drina oder Gerechtigkeit für Serbien* erschien, kam es zu heftigen öffentlichen Kontroversen, die bis heute andauern und die sich nach der Verleihung des Literatur-Nobelpreises an Peter Handke 2019 noch einmal verschärften. Noch vor der Buchausgabe im Suhrkamp Verlag war der Text Anfang 1996 in der *Süddeutschen Zeitung* erschienen.

Ebenfalls 1996 erschien Handkes *Sommerlicher Nachtrag zu einer winterlichen Reise* über seine „neuerliche Reise“ in die bosnisch-serbische Grenzregion um Bajina Bašta an der Drina, bei der Handke im Frühsommer 1996, anders als im November 1995, die Grenze nach Bosnien überschritt und ins vormalige Kriegsgebiet der Republika Srpska nach Višegrad und schließlich auch nach Srebrenica fuhr. Dort hatten im Juli 1995 beim Massaker von Srebrenica bosnisch-serbische Soldaten mehr als 8000 Bosniaken – Männer und Jungen zwischen 13 und 78 Jahren – ermordet. Handke nimmt in seinen Texten zum Bosnienkrieg für sich eine differenziertere Wortwahl und Darstellung als in der von ihm vehement kritisierten journalistischen Berichterstattung der „westlichen“ Medien in Anspruch; vor allem der großen französischen und deutschen Tages- und Wochenzeitungen.

Während der Reise im Frühsommer 1996 trug Handke die serbische Übersetzung von *Winterliche Reise* bei einer Lesung am 22. Mai 1996 in der National- und Universitätsbibliothek von Pristina vor. Im Dezember 1996 traf er sich im bosnischen Pale mit dem später als Kriegsverbrecher verurteilten Radovan Karadžić, einem der Hauptverantwortlichen der Belagerung von Sarajevo und des Massakers von Srebrenica. Zum Zeitpunkt des Treffens war Karadžić gemeinschaftlich mit Ratko Mladić bereits wegen des Völkermords in Srebrenica und wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vom UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag angeklagt.

Kritiker werfen Handke bei den genannten Texten eine Verharmlosung bzw. relativierende Infragestellung der serbischen Kriegsverbrechen und des Völkermords von Srebrenica als „Rachemassaker“ vor, dessen „Vorgeschichte“ Handke in bosnischen Kriegsverbrechen 1992–1995 sieht; Handke betreibe diesbezüglich eine Täter-Opfer-Umkehr. Die Kritik an der Berichterstattung über serbische Kriegsverbrechen gehe dabei in ein Bezweifeln der Sache selbst über. So schreibt er noch in *Sommerlicher Nachtrag*, wenige Wochen nach seinem Aufenthalt in Srebrenica verfasst und ein Jahr nach dem Geschehen, betont zurückhaltend lediglich von „mutmaßlichen Massakerstätten“, vom „mutmaßlichen Genozid von S.“, und fügt ein: „im Augenblick, Mitte Juli 1996, immer noch das richtige und rechtliche Beiwort“.

Der Germanist Jürgen Brokoff schrieb über Handkes Texte zum früheren Jugoslawien: „Mit Anleihen beim serbischen Nationalismus werden die Massaker relativiert und die muslimischen Opfer des Bosnien-Krieges verhöhnt.“ Sigrid Löffler vertrat hingegen die Ansicht, viele Kritiker hätten Handkes Argumente „gleich abgekanzelt, um sie dann zu missdeuten und zu diffamieren.“ Die wichtigsten Beiträge zu der europaweit geführten Debatte wurden 1999 in einem Sammelband veröffentlicht. Im Jahr 1999 nominierte Salman Rushdie Handke wegen seines Eintretens für Milošević im britischen Guardian ironisch als Preisträger für den *International moron of the year* (dt.: Internationaler Schwachkopf des Jahres).

In einem Fernsehinterview, das 1999 am Rande der Kosovo-Friedenskonferenz geführt und während der Verhandlungen in Schloss Rambouillet am 18. Februar 1999 vom serbisch-jugoslawischen Staatsfernsehen in Belgrad ausgestrahlt wurde, verglich Handke die „Tragödie“ (Handke) der Serben mit dem Holocaust. Handke sagte, in wörtlicher Übersetzung der französischen Äußerungen: „Was die Serben seit fünf, mehr noch, seit acht Jahren durchgemacht haben, das hat kein Volk in Europa in diesem Jahrhundert durchgemacht. Dafür gibt es keine Kategorien. Bei den Juden, da gibt es Kategorien, man kann darüber sprechen. Aber bei den Serben – das ist eine Tragödie ohne Grund. Das ist ein Skandal.“

Handke, der daraufhin u. a. von seinem Verleger Siegfried Unseld zu einer Klarstellung gedrängt worden sei, räumte in einem vom Nachrichtenmagazin *Focus* veröffentlichten Brief ein, er habe sich in dem Interview „einmal verhaspelt“. Er habe „das gerade Gegenteil sagen“ wollen: „Zum Thema Juden(vernichtung) gibt es keine Kategorien. Die Juden sind außer Kategorie. Darüber gibt es nichts zu sagen (daran ist nicht zu rütteln). Das Volk aber, das in diesem Jahrhundert (nach den Juden) am meisten in Europa gelitten hat (durch die Deutschen, die Österreicher, die katholischen Ustascha-Kroaten), das sind für mich die Serben. Und was man dem serbischen Volk angetan hat und jetzt weiter antut, das geht über mein Verstehen.“

Aus Protest gegen die Nato-Luftangriffe auf Jugoslawien gab Handke 1999 das Preisgeld für den ihm 1973 verliehenen Georg-Büchner-Preis an die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung zurück. Wegen der ausbleibenden Distanzierung des Papstes vom Kosovokrieg erklärte Handke im April 1999

außerdem, aus der römisch-katholischen Kirche austreten zu wollen. Laut einem Interview sei Handke zur serbisch-orthodoxen Kirche übergetreten. Für einen tatsächlich erfolgten Kirchenaustritt bzw. -übertritt Handkes gebe es nach Ansicht des derzeitigen katholischen Pfarrers von Griffen allerdings keine Belege. Seinem Biographen Malte Herwig gegenüber hat Handke 2010 geäußert, dass er seinen Austritt aus der katholischen Kirche nicht vollzogen habe. Handke wird von Herwig mit den Worten zitiert: „Ich empfinde mich als ausgetreten, aber rigoristisch ist das nicht vollzogen. Kirchenrechtlich ist es nicht legitimisiert. Es ist ein Interregnum."

Im Jahr 2000 erschien, als weiterer „Reisebericht" zu Jugoslawien, Handkes Buch *Unter Tränen fragend. Nachträgliche Aufzeichnungen von zwei Jugoslawien-Durchquerungen im Krieg, März und April 1999.* Am 24. März 1999 hatte als Folge der gescheiterten Verhandlungen zwischen Serben und Kosovaren in Rambouillet der Kosovokrieg (Handke bezeichnet ihn als „Jugoslawienkrieg") mit den ersten Luftangriffen der NATO auf Belgrad und andere serbische Städte begonnen. Zweimal begab sich Handke unmittelbar darauf in das Kriegsgebiet. Bereits im Fernsehinterview vom 18. Februar 1999 hatte er angekündigt: „Ich wäre gerne in Serbien, wenn die Bomben auf Serbien fallen. Das ist mein Ort. Ich verspreche Ihnen, wenn die Kriminellen der NATO bombardieren, komme ich nach Serbien."

Im März 2004 unterzeichnete Peter Handke einen vom kanadischen Autor Robert Dickson verfassten Künstlerappell zur Verteidigung Slobodan Miloševićs. Zu den Unterzeichnern gehörte auch der spätere Literaturnobelpreisträger Harold Pinter. Im selben Jahr besuchte er Milošević im Gefängnis in Den Haag. Die Verteidiger des jugoslawischen Ex-Präsidenten, der vor dem UN-Kriegsverbrechertribunal des Völkermords und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt war, hatten Handke im Juni 2004 neben 1630 anderen namentlich genannten Personen als Entlastungszeuge für ihren Mandanten nominiert.

Handke lehnte einen offiziellen Zeugenbericht zwar ab, doch veröffentlichte er 2005 in der von Sigrid Löffler herausgegebenen Zeitschrift *Literaturen* einen Artikel mit dem Titel *Noch einmal für Jugoslawien*. Handke berichtet dort unter anderem von seinem gut dreistündigen Besuch bei Milošević im Gefängnis, übt Kritik am UN-Kriegsverbrechertribunal im Allgemeinen und am Milošević-Prozess im Besonderen: „Ich bin zuinnerst überzeugt, dass das Welt-Tribunal, wie es da tagt (und tagt) im Saal eins der einstigen Haager Wirtschaftskammer, (...) von Anfang, Grund und Ursprung falsch ist und falsch bleibt und das Falsche tut und das Falsche getan haben wird – dass es (es speziell) zur Wahrheitsfindung kein Jota beiträgt." Nach dem Tod von Milošević, der noch vor Prozessende im März 2006 gestorben war, erschien der Text mit dem Titel *Die Tablas von Daimiel - Ein Umwegzeugenbericht zum Prozeß gegen Slobodan Milošević* auch als Buch.

Am 18. März 2006 trat Handke bei der Beerdigung von Slobodan Milošević als Grabredner auf. Seine teils auf Serbokroatisch gehaltene Rede auf dem zentralen Platz von Požarevac führte zu einer Verschärfung der bisherigen Kontroversen.

Im Zusammenhang mit der Grabrede nahm der Intendant der Pariser Comédie-Française, Marcel Bozonnet, Handkes Stück *Spiel vom Fragen oder die Reise ins sonore Land* aus dem kommenden Spielplan für 2007, was abermals sowohl befürwortende als auch kritische Stimmen hervorrief.

Am 2. Juni 2006 verzichtete Peter Handke aufgrund der entbrannten politischen Diskussion auf den erstmals mit 50.000 Euro dotierten Heinrich-Heine-Preis 2006 der Stadt Düsseldorf. Im Juni 2006 ging von Schauspielern des Berliner Ensembles eine Initiative mit dem Titel „Berliner Heinrich-Heine-Preis" aus, die die Attacken des Düsseldorfer Stadtrates als „Angriff auf die Freiheit der Kunst" bezeichnete und für Handke das Preisgeld in gleicher Höhe sammeln wollte. Mitglieder der Initiative waren u. a. Käthe Reichel, Rolf Becker, Dietrich Kittner, Arno Klönne, Monika und Otto Köhler, Eckart Spoo, Ingrid und Gerhard Zwerenz und Claus Peymann.

Am 22. Juni 2006 bedankte sich Handke für die Bemühungen, lehnte jedoch seine Annahme ab und bat stattdessen um eine Spende an serbische Dörfer im Kosovo. Am 21. Februar 2007 wurden ihm anlässlich der Uraufführung seines Stückes *Spuren der Verirrten* die vollständig gesammelte Preissumme und der Preis übergeben. Er spendete das Preisgeld an das hauptsächlich von Serben bewohnte Dorf Velika Hoča, an dessen Bürgermeister Handke das Geld an Ostern 2007 übergab.

Im Januar 2008 äußerte Handke, dass er, wenn er die serbische Staatsbürgerschaft besäße, bei den Präsidentschaftswahlen den serbischen Nationalisten und stellvertretenden Vorsitzenden der SRS, Tomislav Nikolić, wählen würde.

Am 22. Februar 2008 verfasste Handke einen kleinen Kommentar in der französischen Zeitung „Le Figaro“, in dem er an die gemeinsame Geschichte Jugoslawiens und dessen Sieg über den Nationalsozialismus erinnerte und die westlichen Staaten als „Gaunerstaaten“ bezeichnete.

2008 setzte eine Jury des Deutschen Buchpreises Handkes Buch *Die morawische Nacht* als einen von 20 Titeln auf die Liste für den besten deutschsprachigen Roman des Jahres 2008. In einem Brief an den Vorsitzenden des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels bedankte er sich, verzichtete jedoch, um die Nominierung einem der jüngeren Autoren zu überlassen.

Laut *FAZ* vom 25. Oktober 2019 stieß Vahidin Preljević, Germanist und Kulturtheoretiker an der Universität Sarajevo, bei Internet-Recherchen auf ein bislang weitgehend unbekannt gebliebenes Handke-Interview aus dem Jahr 2011; zeitgleich wurde das Interview auch in einem Essay der kroatisch-deutschen Schriftstellerin Alida Bremer zitiert. Handke hatte das Gespräch im Januar 2011 in Paris mit Alexander Dorin (Boris Krljic) und Peter Priskil geführt, deren Mitschrift der als rechtslastig geltende Freiburger Ahriman-Verlag in dem von ihm herausgegebenen Periodikum *Ketzerbriefe* noch im selben Jahr in Auszügen veröffentlichte; zusammen mit einem Dankesbrief *Dorins* an Peter Handke. In dem nun wiederentdeckten Interview äußert sich Handke, befragt nach seinen Reiseberichten von 1996, ausführlich zum Massaker von Srebrenica. Demnach relativiert, verharmlost und bezweifelt Handke 2011 in dem online abrufbaren Interview[2] den Genozid noch immer.

Handke wird mit den Worten zitiert: „Mir kommt es so vor, als sei es [das Massaker von Srebrenica] ein Racheakt von serbischer Seite gewesen. Nicht, dass ich es verurteilen würde, aber ich kann es auch nicht uneingeschränkt gutheißen. Jetzt kommt man ständig mit den 8000 Opfern und dem angeblich schlimmsten Massaker seit dem Zweiten Weltkrieg; unversehens kommt hier mit Auschwitz der deutsche Faschismus rein. Das Gerede mit den 8000 Toten wurde immer intensiver. (...). Das meiste – und das Schlimmste – halte ich für konstruiert. Clinton und Izetbegovic haben 1993 einiges ausgemauschelt.“

Laut veröffentlichtem Text stellt Handke die gerichtlich bestätigten Opferzahlen von mehr als 8000 Toten in Abrede, die er selbst auf „zwischen 2000 und 4000 Menschen“ beziffert, und zweifelt im Falle Srebrenicas die Anwendbarkeit des vom Internationalen Strafgerichtshof zur Klassifikation des Massakers verwendeten Begriffs *Genozid* an. Handke zufolge könne man ein Massaker an Männern und Jungen, wie in Srebrenica, nicht als *Genozid* bezeichnen. Dagegen sei, so Handke, der bosnische Angriff auf Kravica ein *Genozid* gewesen, bei dem im Januar 1993 die serbischen Dorfbewohner, „über 50“ Männer, Frauen und Kinder, ermordet wurden. Die 2002 gegründete Opferrechtsorganisation Majke Srebrenice (*Mütter von Srebrenica*) aus Hinterbliebenen des Völkermordes apostrophiert er despektierlich als die „sogenannten *Mütter von Srebrenica*“ und ergänzt: „Denen glaube ich kein Wort, denen nehme ich die Trauer nicht ab. Wäre ich Mutter, ich trauerte alleine.“ Die beiden Interviewer, die ihrerseits in ihren Verlagspublikationen und Vorträgen den Genozid von Srebrenica offen leugnen, stellen die Toten als Gefallene regulärer Kriegshandlungen dar, ohne dass ihnen Handke widerspricht. Das Interview, so Alida Bremer, stelle die Äußerung Handkes vom Juni 2006 in Frage, als er Srebrenica als „das schlimmste Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das in Europa nach dem Krieg begangen wurde“ bezeichnet hatte.

Seit 2012 ist Handke ausländisches Mitglied der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste (SANU), Abteilung für Sprache und Literatur. Am 8. April 2013 wurde Handke in Belgrad von Staatspräsident Tomislav Nikolić die *Goldene Verdienstmedaille* (*Medalja za zasluge*) der Republik Serbien verliehen; laut Meldung der staatlichen Nachrichtenagentur Tanjug mit der Begründung, dass wie vormals christliche Märtyrer für den Glauben, auch Handke für und wegen Serbien gelitten habe. Handke habe

[2] http://www.cnj.it/home/it/informazione/jugoinfo/7123-7160-peter-handke-u-alexander-dorin-zu-srebrenica.html

dies mit der Bemerkung korrigiert, er sei kein Opfer gewesen, das Opfer sei das serbische Volk. Anlässlich dieses Besuchs nahm Handke am selben Tag im Stadtparlament von Belgrad den Momo-Kapor-Preis entgegen und wurde abends zum Mitglied der Akademie der Wissenschaften und Künste der Republika Srpska gekürt; Laudatoren waren u. a. Aleksa Buha, Philosoph und Karadžićs ehemaliger Außenminister, und der serbische Dichter Gojko Đogo.

Im Februar 2015 verlieh das Stadtparlament von Belgrad Peter Handke die Ehrenbürgerschaft. Es gebe „keinen anderen Schriftsteller in der Welt, dem gegenüber Belgrad mehr verpflichtet" sei, so Bürgermeister Siniša Mali bei der Übergabe der Urkunde im Mai 2015. Laut Begründung des Stadtparlaments habe Handke – „ungeachtet dessen, wer an der Macht war" – Serbien „jahrzehntelang unterstützt". Handke habe „viel dafür getan, damit in den Zeiten des Zerfalls des früheren Jugoslawien auch die *andere Seite der Wahrheit* an die Öffentlichkeit gekommen" sei, so der Vertreter des Stadtparlaments weiter.

In einer vom Suhrkamp Verlag 2019 übermittelten Stellungnahme bezeichnete Handke das *Ketzerbriefe*-Interview von 2011 als nicht von ihm autorisiert; er habe es seinerzeit auch nicht gegengelesen: „Es entspricht nicht dem von mir Gemeinten. Ich kann mir auch nicht vorstellen, diese Sätze in dieser Form so gesagt zu haben. Für mich gilt das, was ich schriftlich festhalte. (...). 2006 habe ich geschrieben: *Es handelt sich bei Srebrenica um das schlimmste Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das in Europa nach dem Krieg begangen wurde.* Ich möchte hinzufügen: selbstverständlich ist durch den Genozid unendliches Leid entstanden, welches ich nie bestritten habe. Ein Leid, dass durch nichts auszulöschen ist. Ich bedaure meine Äußerungen, sollten sie etwas anderes vermittelt haben." Die Schwedische Akademie hat nach eigenen Angaben vor ihrer Nobelpreisentscheidung für Handke von dem Interview nichts gewusst und werde es nun „prüfen".

Im November 2019 wurde bekannt, dass Handke laut einer bereits 2013 über die Bilddatenbank *Handkeonline* der Österreichischen Nationalbibliothek veröffentlichten Fotografie einen jugoslawischen Reisepass besaß, der ihm am 15. Juni 1999 in der jugoslawischen Botschaft in Wien ausgestellt worden war und dessen Gültigkeit 2009 ablief. Die Nationalität Handkes wird in diesem Pass mit „jugoslawisch" angegeben. Das Dokument ist Teil der Handke-Sammlung von Hans Widrich, die als Dauerleihgabe an das Literaturarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek gekommen war.

Die Vergabe des Literatur-Nobelpreises am 10. Oktober 2019 an Peter Handke sorgte international für sehr unterschiedliche Reaktionen. Sie reichten von Jubel bis zu scharfer Kritik, Bedauern und Unverständnis. Die Kritik entzündete sich erneut vor allem an Handkes „politischen" Texten und apologetischen Stellungnahmen zu Serbien, Milošević und den Jugoslawienkriegen, während man den Rang seines literarischen Werks zumeist anerkannte und durch die Preisverleihung gewürdigt sah.

4.3 Flüchtlingskrise

Als „Flüchtlingskrise in Europa" (auch „Migrationskrise in Europa" oder „europäische Flüchtlingskrise/Migrationskrise/Asylkrise"), gelegentlich mit dem Zusatz „ab 2015", werden oft der starke Anstieg ein- und durchreisender Flüchtlinge und Migranten in oder durch viele Staaten Europas und dessen gesamtgesellschaftliche Folgen bezeichnet.

Die Zunahme wurde in Europa als „Krise" eingestuft, seit sich die Zahl der Neuzugänge von Asylbewerbern 2014 auf rund 627.000 erhöhte und 2015 auf über 1,3 Mio. fast verdoppelte. Sie lag 2016 nochmals bei 1,26 Mio. und ging infolge der Schließung der Balkanroute, des EU-Türkei-Abkommens vom 18. März 2016 und weiterer Maßnahmen 2017 auf rund 650.000 zurück.

Die anfängliche starke Zunahme deckte verschiedene Mängel des bestehenden Asylsystems der EU auf. Im Krisenverlauf missachteten einige EU-Staaten zentrale Vereinbarungen, die aus dem Schengener Abkommen von 1985 und dem Dubliner Übereinkommen von 1990 hervorgegangen waren, und verweigerten sich einer gerechten Verteilung der Flüchtlinge. Das stellte die Tragfähigkeit der EU-Verträge, die Integrationskraft der EU und das Solidaritätsprinzip in ihr in Frage. Folglich werden die Asylpolitik der Europäischen Union, die europäische Migrationspolitik sowie die jeweilige nationale

Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik öffentlich debattiert. Als Bestandteil der Krise gilt auch das Erstarken nationalkonservativer, nationalistischer und rassistischer Kräfte in vielen europäischen Staaten.

4.3.1 Balkanroute

Als Balkanroute bezeichnet man zusammenfassend Routen zwischen dem Nahen Osten und Europa über den Balkan, wo Teile der EU-Außengrenze verlaufen. Man verwendet den Begriff im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise in Europa seit 2015 und mit Drogenschmuggel. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2015 reisten laut EU-Kommission fast 700.000 Menschen auf der Balkanroute von Griechenland nach Zentraleuropa. Transitstaaten ergriffen sukzessive Maßnahmen, um den Flüchtlingsstrom einzudämmen. Nach einem EU-Gipfel Anfang März 2016 gaben Slowenien und andere Staaten Maßnahmen bekannt, die die Balkanroute noch undurchlässiger als zuvor machen. Österreichs Innenministerin Mikl-Leitner und Außenminister Kurz betonten, dies solle dauerhaft so bleiben.

Das Vorgehen der Balkanstaaten ist von EU-Beschlüssen gedeckt, denen auch die deutsche Bundesregierung zugestimmt hat.

Anfang Februar 2017 äußerte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums, die illegale Migration über den Westbalkan sei zwar deutlich reduziert worden, halte aber an.

Im Juli 2019 erhielt die Balkanroute durch Berichte über die menschenunwürdigen Zustände im Flüchtlingslager Vučjak nahe dem bosnischen Ort Bihać wieder größere mediale Aufmerksamkeit.

4.3.2 Visegrád-Gruppe

Die Visegrád-Gruppe[3], gelegentlich auch *Visegrád-Staaten* genannt und unter der Bezeichnung V4 bekannt, besteht aus den mitteleuropäischen Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn. Sie besitzt keine formale oder institutionale Struktur, sondern erscheint als „halboffizielles Binnenbündnis“ in der Europäischen Union (EU) und bemüht sich um den Austausch von Informationen sowie um die Koordination politischer Positionen.

4.3.3 Orbán-Rede

Auszüge aus der Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán zur Lage der Nation am 1. März 2016:

„… Das zweite und dritte Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts werden die Jahrzehnte der Völkerwanderung sein. Ein Zeitalter ist angebrochen, auf das wir nicht vorbereitet waren. Wir hatten geglaubt, derartiges könne nur in der fernen Vergangenheit oder in den Geschichtsbüchern vorkommen. Dabei können viel mehr Menschen als jemals zuvor, eine die Zahl der Gesamtbevölkerung des einen oder des anderen europäischen Landes übersteigende Masse sich in den folgenden Jahren Richtung Europa auf den Weg machen. Es ist an der Zeit, der Wirklichkeit ins Auge zu blicken! Es ist an der Zeit, das voneinander zu trennen, was ist, und das, was wir gerne hätten, wenn es wäre. Es ist an der Zeit, die Illusionen, die noch so erhabenen Theorien, die Ideologien und die einer Fata Morgana gleichenden Träume loszulassen. Die Wirklichkeit ist, dass in zahlreichen europäischen Ländern in der Tiefe schon seit langem mit behäbiger Beharrlichkeit die Welt der Parallelgesellschaften ausgebaut wird.
Die Wirklichkeit ist, dass diese, gemäß der Ordnung der Natur, unsere Welt und mit ihr zusammen auch uns, unsere Kinder und unsere Enkel zurückdrängt. Die Wirklichkeit ist, dass die hier Ankommenden nicht im Geringsten die Absicht haben, unsere Lebensweise zu übernehmen, da sie ihre eigene als wertvoller, stärker und lebensfähiger ansehen als unsere. Warum sollten sie diese auch aufgeben? Die Wirklichkeit ist, dass man mit ihnen nicht die in den westeuropäischen Fabriken fehlenden Arbeitskräfte ersetzen kann. Die Tatsachen zeigen, dass die Arbeitslosigkeit unter den nicht in Europa Geborenen über Generationen hinweg, auf eine die Generationen übergreifende Weise viel höher, ja um

[3] Ihr Name kommt von der ungarischen Stadt Visegrád beim Donauknie. Dort trafen sich im Oktober 1335 die Könige von Böhmen, Ungarn und Polen, nämlich der ungarische König Karl von Anjou, Kasimir der Große von Polen und Johann von Böhmen, der mit seinem Sohn Karl kam (Karl wurde später sein Nachfolger als böhmischer König, deutscher König und ab 1355 römisch-deutscher Kaiser Karl IV.).

ein Mehrfaches höher liegt. Die Wirklichkeit ist, dass die europäischen Nationen nicht einmal jene Massen zu integrieren in der Lage gewesen sind, die Schritt für Schritt, im Laufe von Jahrzehnten aus Asien und Afrika gekommen waren. Wie könnte dies nun so schnell und im Falle einer derart großen Masse funktionieren? Die Wirklichkeit ist, dass wir die unleugbar vorhandenen Bevölkerungsprobleme des an Einwohnern abnehmenden und immer älter werdenden Europa mit Hilfe der muslimischen Welt nicht werden lösen können, ohne unsere Lebensweise, unsere Sicherheit und unsere Identität zu verlieren. Die Wirklichkeit ist, dass wenn wir nicht bald entschlossen handeln, dann wird die Spannung zwischen dem alternden Europa und der jungen muslimischen Welt, zwischen dem säkularen, ungläubigen Europa und der immer engagierteren muslimischen Welt, zwischen dem selbst die Arbeitskraft seiner eigenen ausgebildeten Jugendlichen nicht beschäftigen könnenden Europa und der ungenügend ausgebildeten muslimischen Welt nicht mehr beherrschbar sein. Nicht in einem entfernten, deshalb für uns ungefährlichen Gebiet, sondern hier im Herzen Europas. …

Ganz gleich ob es uns gefällt oder nicht, die Völkerwanderungen sind niemals friedlicher Natur. Wenn große Massen eine neue Heimat suchen, dann führt dies unvermeidlich zu Konflikten, denn sie wollen solche Orte besetzen, an denen andere Menschen bereits leben, sich eingerichtet haben und die ihr Heim, ihre Kultur und ihre Lebensweise beschützen wollen.

Die Geschichte hat unsere Tür aufgestoßen, hat die Grenzen Europas, die europäische Kultur und die Sicherheit der Bürger Europas unter Belagerung genommen. Obwohl die Notsituation nicht das differenzierte Denken begünstigt und noch weniger die subtilen Gefühle, müssen wir wohl kaum auf die Migranten böse sein. Die Mehrheit von ihnen ist selbst ein Opfer. Ein Opfer der zusammenbrechenden Regierungen ihrer Heimatländer, Opfer der schlechten internationalen Entscheidungen, Opfer der Menschenschlepper. Sie tun das, über das sie annehmen, es stünde in ihrem eigenen Interesse. Das Problem ist, dass wir, Europäer, nicht das tun, was in unserem Interesse steht. Um das zu beschreiben, was in Brüssel geschieht, gibt es kein besseres Wort als „absurd“. Es ist so, als ob der Kapitän des vor einer Kollision stehenden Schiffes nicht den Zusammenstoß vermeiden wollte, sondern damit beschäftigt wäre, festzulegen, welche Rettungsboote die Nichtraucherboote sein sollen. Als ob wir, anstatt das Leck dicht zu machen, darüber diskutieren würden, wie viel Wasser in welche Kabine fließen solle. …

Wie konnte in unserer Zivilisation der natürliche und elementare Instinkt abgebaut werden, uns, unsere Familie, unser Heim, unseren eigenen Boden zu verteidigen? Dabei, meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt es was zu verteidigen! Europa ist das Zusammenleben der christlichen, freien und unabhängigen Nationen: Gemeinsame Wurzeln, gemeinsame Werte, gemeinsame Geschichte, geographisches und geopolitisches Aufeinander-Angewiesensein; die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Freiheit und Verantwortung, fairer Wettbewerb und Solidarität, Stolz und Demut, Gerechtigkeit und Barmherzigkeit; dies sind wir. Dies ist Europa! Europa ist Hellas und nicht Persien, Rom und nicht Karthago, Christentum und nicht das Kalifat. Wenn wir dies sagen, dann gibt es darin keinerlei Rangordnung, sondern nur einen Unterschied. Zu sagen, dass es eine selbständige europäische Zivilisation gibt, bedeutet noch nicht, dass sie besser oder schlechter sei. Es bedeutet nur so viel, dass wir dies sind, und ihr seid jenes.

Vor einigen Jahren schienen diese Gedanken für uns alle offensichtlich zu sein. Vor einigen Jahren schien es hierin zwischen uns einen Konsens zu geben. Vor einigen Jahren schien Ordnung zu sein: eine auch uns gefallende Ordnung in den Köpfen und den Herzen der führenden europäischen Politiker. Nacheinander erklärten sie, der Multikulturalismus sei tot. Vor einigen Jahren konnten wir noch glauben, sie hätten eingesehen, dass ihre Länder nicht in der Lage sind, die in Massen ankommenden Einwanderer in die Rahmenbedingungen ihres eigenen Lebens einzufügen. Doch 2015 hat sich alles verändert: Das frühere Einvernehmen zerfiel in seine Bestandteile. Mit der Geschwindigkeit der Gravitation sind wir in jenes geistige Chaos zurückgestürzt, aus dem wir uns hatten befreien wollen. Ohne jede Vorwarnung erwachten wir eines Morgens auf die Klänge der „Willkommenskultur”. Wir hören von den führenden europäischen Politikern, dass wir helfen müssen. Von den höchsten Posten regt man uns an, solidarisch zu sein und zu helfen.

Das ist doch selbstverständlich. Auch wir tragen anstelle unseres Herzens keinen Stein mit uns herum. Aber auch anstelle unseres Gehirns keinen Stein. Wir erinnern uns an das wichtigste Gesetz der Hilfeleistung: Wenn wir hier helfen, dann kommen sie hierher, wenn wir dort helfen, dann bleiben sie dort. Anstatt dies einzusehen, begann man von Brüssel aus die in dem ärmeren und unglücklicheren Teil der

Welt lebenden Menschen zu ermuntern, sie sollten nach Europa kommen und ihr eigenes Leben gegen etwas anderes eintauschen. Die halbe Welt, aber zumindest halb Europa zerbricht sich abendlich am Küchentisch den Kopf darüber, was passiert sein mag, was dahintersteckt. Langsam wird jede europäische Familie über eine eigene Erklärung verfügen. Auch ich will hierin nicht nachstehen. Ich habe den Eindruck, dass in Brüssel und einigen europäischen Hauptstädten sich die politische und geistige Elite als Weltbürger definiert, im Gegensatz zu der national gesinnten Mehrheit der Menschen. Ich habe den Eindruck, die führenden Politiker sind sich dessen auch bewusst. Und da es keine Chance gibt, dass sie sich ihrem Volk verständlich machen könnten, versuchen sie erst gar nicht, mit den Menschen zu sprechen. Wie man das bei uns gesagt hatte: Sie wissen es, sie wagen es und sie tun es. Und dies bedeutet, dass das tatsächliche Problem sich nicht außerhalb Europas findet, sondern innerhalb Europas. An erster Stelle wird die Zukunft Europas nicht durch jene gefährdet, die hierherkommen möchten, sondern durch jene politischen, Wirtschafts- und geistigen Führer, die Europa entgegen den europäischen Menschen umzuformen versuchen. Auf diese Weise kam die bizarrste Koalition zwischen den Menschenschleppern, den zivilen Rechtsschutzaktivisten und den europäischen Spitzenpolitikern mit dem Zweck zustande, um planmäßig viele Millionen Migranten hierher zu transportieren.
Bis auf den heutigen Tag lassen wir ohne Kontrolle und ohne Auswahl Hunderttausende von Menschen aus Staaten herein, mit denen wir uns im Kriegszustand befinden, und auf deren Territorium auch Mitgliedsstaaten der Europäischen Union an militärischen Aktionen teilnehmen. Wir hatten nicht einmal den Hauch einer Chance, die Gefährlichen herauszufiltern. Auch heute haben wir keine Ahnung darüber, wer ein Terrorist, wer ein Krimineller, wer ein Wirtschaftseinwanderer ist und wer tatsächlich um sein Leben rennt. Es fällt schwer hierfür ein anderes Wort zu finden als „Irrsinn". …
An unserer Südgrenze nimmt der Druck immer weiter zu. Die Brüsseler Unfähigkeit verursacht ein immer größeres Chaos. Die Länder des Balkans sind in eine Kneifzange geraten: Vom Süden her schieben die Griechen, vom Norden lockt der deutsche Sirenengesang die viele Tausende umfassende Massen. Wir müssen uns auf alle Eventualitäten vorbereiten: Wir geben den Balkanländern Menschen, Grenzwächter, technische Instrumente, Maschinen, weil sie in Wirklichkeit die Grenzen Europas beschützen, und so lange sie durchhalten, verteidigen auch wir unsere Grenzen leichter. Wir wissen dies seit Hunyadi[4] im 15. Jahrhundert. Wir vertrauen auf unseren Erfolg, doch ist dies allein zu wenig, wir müssen auch unsere eigenen Verteidigungslinien verstärken. Der Schutz frisst das Geld geradezu nur so auf: Er hat bisher etwa 85 Milliarden Forint gekostet, und wir können uns nur auf uns selbst, unseren Sparstrumpf verlassen. …
Wir werden es Brüssel, den Menschenschleppern und auch den Migranten beibringen, dass Ungarn ein souveränes Land ist: Sein Territorium kann man nur auf die Weise betreten, wenn unsere Gesetze eingehalten werden und man unseren Ordnungskräften gehorcht. …
Deutlich erkennbar besteht die Union aus zwei Lagern: Einerseits den Unionisten und andererseits den Souveränisten. Die Unionisten wollen die Vereinigten Staaten von Europa und die verpflichtende Ansiedlungsquote, die Souveränisten wünschen das Europa der freien Nationen und wollen nichts von irgendeiner Quote hören. Auf diese Weise wurde die Essenz und das Symbol unserer Zeit die verpflichtende Ansiedlungsquote. Sie ist auch an sich wichtig, doch vereint sie in sich all das, wovor wir Angst haben, was wir nicht wollen und was das Bündnis der europäischen Völker aufspalten könnte. Wir dürfen es nicht zulassen, dass sich Brüssel über die Gesetze erhebt. Wir dürfen es nicht zulassen, dass es die Konsequenzen seiner unvernünftigen Politik auf jene ausbreite, die jedes Abkommen und jedes Gesetz eingehalten haben, so wie wir das getan haben. Wir dürfen es nicht zulassen, dass sie uns oder wen auch immer dazu zwingen, die bitteren Früchte ihrer verfehlten Politik zu importieren. Wir

[4] Als wichtigster Woiwode an der ungarischen Grenze zum Osmanenreich kam Johann Hunyadi eine besondere Rolle in den folgenden Auseinandersetzungen mit den Türken zu. 1441 siegte er über die Türken bei Smederevo. 1442 vernichtete er ein türkisches Heer bei Hermannstadt, wohin er sich hatte zurückziehen müssen. Im Juli bezwang er bei der Donauklamm eine dritte türkische Armee. Diese Siege machten Hunyadis Namen gefürchtet bei den Türken und berühmt bei der Christenheit und spornten ihn 1443 an, zusammen mit König Wladyslaw den berühmten „langen Feldzug" zu unternehmen. Als Teil der Vorhut durchquerte er den Balkan, eroberte Niš, besiegte drei türkische Paschas, und nachdem er Sofia eingenommen hatte, vereinigte er seine Armee mit der Armee König Wladyslaws und besiegte Murad II. bei Snaim. Die Ungeduld des Königs und die Strenge des Winters zwangen ihn, im Februar 1444 heimzukehren. Zu diesem Zeitpunkt war die Macht des Sultans über Bosnien, die Herzegowina, Serbien und Albanien weitgehend zusammengebrochen.

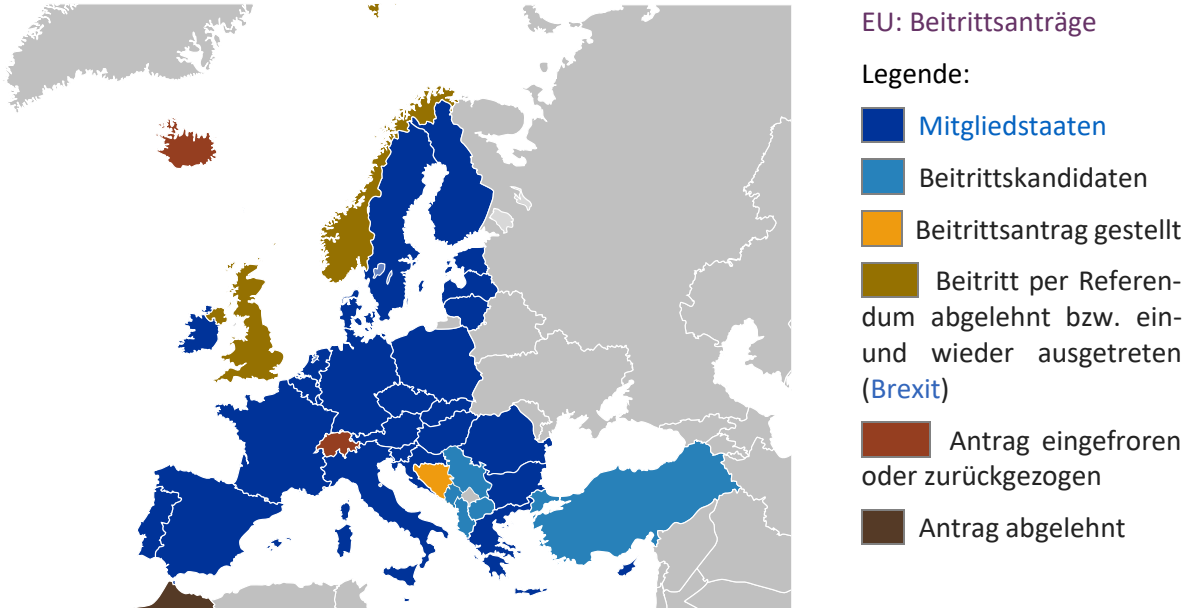
wollen und wir werden keine Kriminalität, keinen Terrorismus, keine Homophobie und keinen Antisemitismus nach Ungarn importieren. In Ungarn wird es keine Stadtviertel geben, in denen das Gesetz nicht gilt, es wird keine Unruhen, keine Einwandereraufstände, keine angezündeten Flüchtlingslager geben und es werden keine Banden auf unsere Ehefrauen und Töchter Jagd machen. In Ungarn werden wir schon die Versuche im Keim ersticken und konsequent Vergeltung üben.
Wir werden unser Recht nicht aufgeben, selbst zu entscheiden, mit wem wir zusammenleben möchten und mit wem nicht. Deshalb müssen jene, die mit der Idee der Quote in Europa hausieren gehen, zurückgeschlagen werden und aus diesem Grunde werden wir sie zurückschlagen. „Ohne Risiko gibt es kein Wagnis" – so lautet der Pester Kalauer, und wir müssen tatsächlich all unseren Mut zusammennehmen. Wir müssen ihn zusammennehmen, denn zum größeren Ruhm der europäischen Demokratie müssen wir der Zensur, der Erpressung und Drohungen ins Auge blicken. Das Buch des ungarischen Justizministers wird in den belgischen Buchhandlungen eingesammelt, die Presse einiger Mitgliedsstaaten verbreitet offensichtlich Lügen. Der Ton gegenüber Ungarn ist schroff, grob und aggressiv. Hinzu kommt noch, dass man uns auch noch mit finanzieller Vergeltung droht, indem sie sagen, sie unterstützen uns, und wir sind undankbar. Sie denken auf die Weise, wie der naive Priester, den man darum bat, bei der Behebung der Besitzunterschiede mitzuhelfen. „In Ordnung", sagte er, „wir teilen uns dann die Arbeit. Ihr überredet die Reichen, damit sie Spenden geben, und ich überrede die Armen, dass sie die Spenden annehmen." So stellen sie es sich vor, die Wirklichkeit ist aber, dass wir einander nichts, keinen einzigen Heller schulden. Ungarn hatte nach 45 Jahren Kommunismus in einem entkräfteten, ausgebluteten, wettbewerbsunfähigen Zustand und an Kapitalknappheit leidend seine Tore für die westlichen Firmen geöffnet. Hiervon profitierten alle: So viel Geld, wie es die Europäische Union hierher gesandt hat, haben die westlichen Firmen auch von hier hinausgenommen. Wir sind quitt, es gibt nichts, dass wir einander vorwerfen könnten.
Und schließlich, wie sollen wir das Brüsseler Manöver der Ansiedlungsquote aufhalten? Ich schlage vor, dass wir uns auf die Urquelle der europäischen Demokratie, auf den Willen des Volkes stützen. Wenn es wahr sein sollte, dass die Menschen die heutige schlafwandlerische Einwanderungspolitik Brüssels nicht wollen, ja sogar gegen diese sind, dann sollten wir ihrer Stimme und ihrer Meinung einen Platz einräumen. Schließlich ruht die Europäische Union auf den Pfeilern der Demokratie. Dies bedeutet, dass wir nicht über die Köpfe der Menschen hinweg, gegen den Willen der Menschen Entscheidungen treffen dürfen, die ihr Leben auf schwerwiegende Weise verändert. Deshalb werden wir in Ungarn die Volksabstimmung durchführen. Es geht dabei nicht um die bereits entschiedene und durch Ungarn vor dem Gericht angegriffene Quote, diese ist die Vergangenheit. Bei der Volksabstimmung geht es um die Zukunft: Wir rufen die Bürger Ungarns gegen die verpflichtende Ansiedlungsquote des neuen europäischen Einwanderungssystems ins Feld, die im März auf der Tagesordnung stehen wird. Wir sind davon überzeugt, dass Brüssel nicht einmal in seinem gegenwärtigen Zustand seine eigenen Ideale übergehen kann. Es kann sich nicht gegen das europäische Volk wenden. Die Europäische Union darf nicht eine Art „Sowjetunion Reloaded" sein. Wir, Ungarn, werden Europa entgegen all seiner Schwäche, seiner Abnahme und seines Schwankens nicht verleugnen und werden es auch in seinem durch Platzangst ausgelösten Schwindel nicht allein lassen. Wir sind Bürger jenes historischen und spirituellen Europa wie Karl der Große*, Leonardo, Beethoven, König Ladislaus der Heilige, Imre Madách oder Béla Bartók. Unser Europa ist auf christliche Fundamente aufgebaut, und wir sind stolz darauf, dass es die Entfaltung der Freiheit des Geistes und des Menschen verwirklicht hat. In Europa denken viele Menschen viel Verschiedenes. Es gibt Menschen, die an das Ideal von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit glauben, und es gibt auch solche, die an die Dreiheit von Gott, Heimat, Familie sowie an das künftige Reich von Glaube, Liebe, Hoffnung glauben. Doch keiner von uns kann wollen, ganz gleich zu welcher Richtung wir auch gehören, dass unser Europa vor einer andere Moralvorstellungen und andere Sitten kämpferisch fordernden, künstlich in unsere Richtung gelenkten, wasserfallartigen Menschenflut in die Knie gehen soll. Wir glauben nicht, dass Europa sich zu diesem Schicksal verdammt, wir glauben nicht, dass es die Aufgabe unserer tausendjährigen Werte wählen wird. Wir glauben es nicht, sondern wir wissen und sagen es, dass Ungarn auf diesem Weg keinen einzigen Schritt gehen wird, Herr Präsident!"

5.0 Zukunft

5.1 Beitrittsverhandlungen mit der EU

Art. 49 des EU-Vertrags räumt jedem europäischen Land das Recht ein, einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft zu stellen. „Europäisch“ wird dabei in einem politisch-kulturellen Sinn verstanden und schließt die Mitglieder des Europarats, wie beispielsweise die Republik Zypern, mit ein.

Den offiziellen Status „Beitrittskandidat“ vergibt die EU an Staaten, die einen Aufnahmeantrag gestellt haben, welcher nach einer positiven Empfehlung durch die Europäische Kommission vom Rat der Europäischen Union einstimmig angenommen wurde. Das genaue Beitrittsverfahren wird im Artikel *Erweiterung der Europäischen Union* erläutert. Die Kandidaten werden nach der derzeitigen Zahl (Stand 2016) mit CC-5 bezeichnet (englisch Copenhagen criteria, deutsch „Kopenhagener Kriterien“).



5.2 Beitrittskandidaten mit laufenden Verhandlungen

5.2.1 Montenegro

Das am 3. Juni 2006 unabhängig gewordene Montenegro möchte der EU beitreten und rechnet sich Chancen aus, dieses Ziel allein schneller zu erreichen, als wenn es in der Staatenunion Serbien und Montenegro verblieben wäre. Dieses Kalkül ist, was die Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) angeht, für Montenegro auch aufgegangen.

Am 12. Juni 2006 hat die EU Montenegro als Staat offiziell anerkannt. Die SAA-Verhandlungen mit Montenegro wurden Anfang Dezember 2006 abgeschlossen, die Paraphierung fand am 15. März 2007 statt. Am 15. Oktober 2007 wurde das SAA vom montenegrinischen Ministerpräsidenten Željko Šturanović im Beisein aller EU-Außenminister unterzeichnet. Die Ratifizierung des SAA (durch alle EU-Staaten und Montenegro selbst) trat am 1. Mai 2010 in Kraft.

Am 15. Dezember 2008 reichte Montenegro die offizielle Bewerbung um eine EU-Mitgliedschaft ein. Die Europäische Kommission übergab der montenegrinischen Regierung am 22. Juli 2009 den Beitrittsfragebogen mit circa 4000 Fragen. Am 9. Dezember 2009 wurden die beantworteten Fragen vom montenegrinischen Regierungschef Milo Đukanović dem EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn in Brüssel feierlich überreicht.

Seit dem 19. Dezember 2009 können montenegrinische Staatsbürger visumfrei in die EU einreisen.

Am 9. November 2010 empfahl die Europäische Kommission den Beitrittskandidatenstatus für Montenegro. Am 10. Dezember 2010 wurde diese Entscheidung vom Europäischen Rat bestätigt. Die offizielle Verleihung des Kandidatenstatus fand auf dem EU-Gipfel am 17. Dezember statt. In ihrem jährlichen Fortschrittsbericht zu den Kandidatenländern vom 12. Oktober 2011 schlug die EU-Kommission

vor, die Beitrittsverhandlungen mit Montenegro aufzunehmen. Auf dem EU-Gipfel im Dezember 2011 wurde Montenegro die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zur Jahresmitte 2012 zugesagt. Diese Entscheidung wurde beim Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 29. Juni 2012 offiziell bestätigt. Die Verhandlungen begannen am 18. Dezember 2012.

5.2.2 Serbien

Serbien wurde im April 2005 (damals noch als Teil der Staatenunion Serbien und Montenegro) ein EU-Beitritt in Aussicht gestellt. Dies erfolgte jedoch unter der Bedingung, dass Beitrittsgespräche erst dann aufgenommen werden könnten, wenn die serbische Regierung voll mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) zusammenarbeite. Vertreter der EU nahmen im Herbst 2005 mit Serbien-Montenegro Gespräche über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) auf. Die SAA-Gespräche wurden jedoch im Mai 2006 von der EU suspendiert, weil es den serbischen Behörden trotz gegenteiliger Beteuerungen damals nicht gelang, die mutmaßlichen Kriegsverbrecher Ratko Mladić und Radovan Karadžić zu fassen und an den ICTY auszuliefern.

Am 3. Juni 2006 teilten sich Serbien und Montenegro in zwei souveräne Staaten. Nach der Verhaftung des ehemaligen bosnisch-serbischen Generals Zdravko Tolimir am 31. Mai 2007 bestätigte die EU, dass sich die serbische Regierung in Richtung verstärkter Zusammenarbeit mit dem ICTY bewege und entschieden dafür einsetze, diese Angelegenheit zum Abschluss zu bringen. Die SAA-Gespräche mit Serbien wurden daraufhin am 13. Juni 2007 wieder aufgenommen.

Nachdem die Hauptanklägerin Carla del Ponte die Zusammenarbeit zwischen Serbien und dem ICTY positiv eingeschätzt hatte, wurde das SAA am 7. November 2007 paraphiert. Die Paraphierung fand in Anwesenheit von Präsident Boris Tadić und Vizepremierminister Božidar Đelić statt. Nach langwierigen Verhandlungen wurde das SAA von Vertretern der 27 EU-Regierungen und Đelić am 29. April 2008 in Luxemburg unterschrieben. Ratifiziert werden, und damit in Kraft treten, kann es allerdings erst, wenn die EU Serbien die vollständige Kooperation mit dem ICTY bescheinigt.

Am 21. Juli 2008 gelang es den serbischen Behörden, Radovan Karadžić zu fassen. Er lebte als Arzt in Belgrad unter dem Namen Dragan Dabić. In der EU wurde der Schritt positiv aufgenommen. Karadžić wurde am 31. Juli nach Den Haag zum Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien überstellt, am gleichen Tag wurde er noch verhört. Weitere EU-Beitrittsverhandlungen dürften auch davon abhängen, wie die diplomatischen Verhandlungen um die Unabhängigkeit des Kosovo verlaufen.

Eine neuerliche Ankündigung fand im November 2009 durch den serbischen Außenminister Vuk Jeremić im Anschluss an ein Gespräch mit EU-Erweiterungskommissar Rehn statt. Seit 19. Dezember 2009 können nun auch serbische Bürger visafrei in den Schengen-Raum reisen. Am 22. Dezember 2009 reichte Serbien die offizielle Bewerbung um eine EU-Mitgliedschaft ein.

Am 26. Mai 2011 wurde Ratko Mladić nach langjähriger Flucht in Serbien festgenommen. In ihrem jährlichen Fortschrittsbericht zu den Kandidatenländern vom 12. Oktober 2011 schlug die EU-Kommission schließlich vor, Serbien den Status eines Beitrittskandidaten zu gewähren. Die Aufnahme der Verhandlungen für Serbien bleibt jedoch an die Bedingung geknüpft, die Vermittlungsgespräche mit dem Kosovo wieder aufzunehmen.

Auf dem EU-Gipfel am 1. März 2012 wurde Serbien der Status eines Beitrittskandidaten verliehen. Die Beitrittsverhandlungen begannen am 21. Januar 2014.

Am 4. März 2016 löste der serbische Präsident Tomislav Nikolić das Parlament auf und rief Neuwahlen aus. Mit diesem Schritt will er den Weg für Reformen frei machen, damit Serbien Mitglied der Europäischen Union werden kann.

5.2.3 Türkei

Die Türkei ist seit 1999 Beitrittskandidat (Zollunion seit 1996). Die Beitrittsverhandlungen selbst haben am 3. Oktober 2005 begonnen. Am 17. Dezember 2004 hatte sich der Europäische Rat für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei entsprechend den Empfehlungen des Kommissions-

berichts vom 6. Oktober 2004 ausgesprochen, worauf sich das Europäische Parlament, dessen Beschluss rechtlich nicht bindend für die Staats- und Regierungschefs ist, am 15. Dezember 2004 mit großer Mehrheit ebenfalls für den Beginn von Beitrittsverhandlungen ausgesprochen hatte.

Kritiker lehnen die türkische Mitgliedschaft aus verschiedenen Gründen ab. Sie führen an, dass der Großteil der Türkei (rund 97 %) nicht in Europa, sondern in (Klein-)Asien liegt. Es wird oft hinzugefügt, dass die Türkei als vorwiegend muslimisches Land kulturell nicht dem überwiegend christlichen Europa zugehörig sei. Auch Menschenrechtsfragen werden als Ablehnungsgrund genannt; sie würden durch eine echte Anpassung an EU-Recht zwar rapide verbessert, aber eine reale Anpassung werde in der Türkei ausbleiben. Vor allem im Bereich religiöser Freiheiten seien keine Fortschritte zu erwarten, besonders Christen seien weiterhin Repressalien ausgesetzt.

Die Türkei weigert sich, die von ihr ratifizierte Zollunion mit der EU auf alle EU-Länder auszuweiten. So dürfen Schiffe der Republik Zypern türkische Häfen nicht anlaufen. Hinzu kommen ökonomische Bedenken wegen noch geringer Wirtschaftskraft und niedrigen Entwicklungsstandes, deren Wirkung auf die EU durch die große Bevölkerung (71,5 Mio., Stand: 2008) verstärkt würde. Aufgrund ihrer Größe würde die Türkei die Machtverhältnisse innerhalb der Institutionen voraussichtlich verschieben. Des Weiteren verfügt die Türkei über Außengrenzen, die von vielen Bewohnern der jetzigen EU als gefährlich und instabil angesehen werden. So grenzt die Türkei u. a. an den Iran, den Irak und Syrien.

Befürworter halten dem entgegen, dass die Türkei seit 500 Jahren die Geschichte Europas mit beeinflusst habe und sich spätestens seit der Staatsgründung durch Atatürk selbst als europäisch charakterisiere und an westeuropäischen Staaten orientiere. Gegen den Einwand, die Türkei liege geografisch gesehen überwiegend in Asien, wird ins Feld geführt, dass das EU-Mitglied Republik Zypern vollständig in Asien liegt. Die Türkei gehört als Mitglied des Europarats, dem sie 1949 beigetreten ist, politisch-kulturell zu Europa und habe dadurch nach Art. 49 EU-Vertrag das Recht, den Beitritt zur EU zu beantragen.

Dem Argument, die Türkei sei als muslimisches Land kulturell nicht Teil des christlich geprägten Europas, wird entgegengesetzt, dass die Bevölkerungen in dem europäischen Festland zugehörigen Ländern wie Albanien oder Bosnien-Herzegowina zu großen Teilen muslimisch ist. Außerdem definiere sich die EU nicht über die Religion. Der wirtschaftliche und rechtsstaatliche Reformprozess in der Türkei wird als positiv angesehen, obwohl er noch nicht abgeschlossen ist.

Die Beitrittsoption wurde im Sommer 2017 als nicht mehr realistisch bewertet.

5.3 Beitrittskandidaten ohne laufende Verhandlungen

5.3.1 Albanien

Die Bestrebungen, dass Albanien der EU beitritt, reichen in das Jahr 2003, als der Balkanstaat als erster der „potenziellen Beitrittskandidaten“ die Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) aufnahm. Im Mai 2005 äußerte die damalige Regierung Albaniens unter Fatos Nano die Hoffnung, im Jahr 2014 der EU beitreten zu können, da dieses Jahr das 25-jährige Jubiläum des Falls der Berliner Mauer markiert. Das SAA wurde 2006 offiziell unterzeichnet.

Die Ratifizierung des SAA (durch alle EU-Staaten und Albanien) wurde am 1. April 2009 abgeschlossen. Am gleichen Tag wurde Albanien in die NATO aufgenommen. Am 28. April reichte Albanien den formellen EU-Mitgliedschaftsantrag ein. Am 16. September 2009 übergaben die Außenminister der EU den Beitrittsantrag der EU-Kommission in Brüssel. „Die Kommission muss das Gesuch nun prüfen, bevor Albanien offiziell den Status eines Beitrittskandidaten erhalten kann.“

Am 17. Dezember 2009 erhielt Albanien einen Beitrittsfragebogen mit insgesamt 2280 Fragen, der beantwortet am 14. April 2010 von Premier Sali Berisha bei der Europäischen Kommission eingereicht wurde.

Seit dem 24. Juni 2014 ist Albanien offizieller Beitrittskandidat der Europäischen Union. Am 26. Juni 2018 stimmte die EU dem Beginn von Beitrittsverhandlungen zu. Die Gespräche könnten Ende 2019 beginnen.

5.3.2 Nordmazedonien

Nordmazedonien wurde als *Republik Mazedonien* am 17. Dezember 2005 der Status eines Beitrittskandidaten verliehen. Es wird jedoch noch nicht über einen Beitritt verhandelt, auch gibt es noch keinen Starttermin hierfür. Das Land hatte am 22. März 2004 in Dublin seine Aufnahme offiziell beantragt. Seit 19. Dezember 2009 können mazedonische Staatsbürger visumfrei in die EU einreisen.

Ein Hindernis für den EU-Beitritt war der Namensstreit zwischen dem Land und dem EU-Mitglied Griechenland, das den Namen „Mazedonien“ für sich beansprucht. Ein Verhandlungsbeginn im März 2010, der von der schwedischen Ratspräsidentschaft im Dezember 2009 vorgeschlagen wurde, war von allen Mitgliedsländern mit Ausnahme Griechenlands befürwortet worden. Die EU-Außenminister mahnten, den Namensstreit beizulegen. Schließlich konnten sich die Regierungen Griechenlands und Mazedoniens im Juni 2018 einigen. Das Land nimmt den Namen *Republik Nordmazedonien* an und Griechenland blockiert im Gegenzug den Beginn der Beitrittsverhandlungen wie den Beitritt zur NATO nicht mehr.

5.4 Potenzielle Beitrittskandidaten

5.4.1 Bosnien und Herzegowina

Bosnien und Herzegowina hat sein Beitrittsgesuch am 15. Februar 2016 bei der EU gestellt. Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) wurde am 16. Juni 2008 nach dreijähriger Verhandlungsdauer unterzeichnet. Die Ratifizierung des SAA wurde im April 2015 abgeschlossen, sodass es zum 1. Juni 2015 in Kraft treten konnte.

Ende Juni 2012 mahnten die EU-Außenminister Verfassungsänderungen in Bosnien und Herzegowina an, ohne die der Beitrittsantrag erfolglos wäre. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte diese in einem Urteil verlangt, da bestimmte Minderheiten durch die bisherige Verfassung davon ausgeschlossen sind, für öffentliche Ämter zu kandidieren.

Der Vorsitzende des bosnischen Staatspräsidiums, Dragan Čović, reichte am 15. Februar 2016 offiziell den Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union ein.

5.4.2 Kosovo

Der Kosovo hat am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit von Serbien erklärt, was von zahlreichen Staaten, darunter Serbien und einige EU-Staaten, nicht anerkannt wird.

Einem EU-Beitritt stünden zahlreiche Hindernisse entgegen. So wird von den EU-Ländern Rumänien, der Slowakei, Spanien, Griechenland und der Republik Zypern die Unabhängigkeit nicht anerkannt. Ohne die Anerkennung durch alle EU-Länder ist eine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nicht möglich. Seit dem 1. April 2016 ist das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) zwischen der EU und dem Kosovo in Kraft.

Zudem gibt es diplomatische Spannungen außerhalb der EU. So hat Serbiens Parlament beschlossen, dass alle Verträge, die Serbien abschließt, die staatliche Einheit des Landes berücksichtigen müssten. Verhandlungen der EU mit dem Kosovo könnten also weitere Vertragsabschlüsse mit Serbien unmöglich machen. Radikale Kräfte in Serbien bestehen darauf, dass Serbien nur inklusive des Kosovo Mitglied der EU werden könne. Moderate Kräfte des Landes wiederum setzen auf die Möglichkeit, der EU beizutreten und dann als EU-Mitglied den Beitritt des Kosovo zu verhindern. Die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien wurden auch als Verhandlungspunkt in die Beitrittsverhandlungen Serbiens mit der Europäischen Union aufgenommen.

Zu den weiteren Problemen gehören die instabile Parteienlandschaft, die sich vor allem eher auf die Vertretung der ethnischen Gruppen spezialisiert als auf Thematiken, die Korruption und Schattenwirtschaft sowie diverse wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme.